

Marcus Scheiblecker et al.

Österreichs Wirtschaft im Jahr 2011: Erholung verstärkt sich

Im Jahr 2011 expandierte die heimische Wirtschaftsleistung real um über 3%. Nach einem Wirtschaftswachstum von 2,3% im Jahr 2010 verstärkte sich somit die Erholung nach der Krise 2008/09. Der Außenbeitrag lieferte in der ersten Jahreshälfte 2011 wichtige Impulse. Auch die Nachfrage nach Investitionen wurde erheblich gesteigert. Die anhaltende Rohstoffverteuerung ließen die Inflationsrate auf 3,3% und damit auf den höchsten Wert seit 1993 steigen. Die günstige Wirtschaftsentwicklung erlaubte eine kräftige Ausweitung der Beschäftigung.

Die einzelnen Kapitel dieses Berichts werden jeweils von den Autorinnen und Autoren gezeichnet.

Die Weltwirtschaft wuchs 2011 abermals kräftig (knapp +4%), die Erholung nach der schweren Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 hielt damit an. Viele Volkswirtschaften erreichten jedoch nach wie vor nicht das vor der Krise gemessene Produktionsniveau. Geld- und Fiskalpolitik blieben in der Folge vielfach weiterhin expansiv ausgerichtet.

In den USA entwickelte sich die Wirtschaftsleistung 2011 vergleichsweise verhalten. Das BIP stieg im Jahresdurchschnitt um 1,7%, wobei sich die Dynamik im Jahresverlauf verstärkte. Einmal mehr erwies sich der Konsum der privaten Haushalte als wichtigste Triebfeder der Expansion. Er wurde real um 2,2% ausgeweitet und trug damit 1,5 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Auch die Bruttoanlageinvestitionen wurden deutlich gesteigert (real +6,8%), ihr Wachstumsbeitrag erreichte 0,8 Prozentpunkte. Während der Nettoexport keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum lieferte, belasteten der Rückgang der Lagerinvestitionen wie auch die Einschränkung des öffentlichen Konsums das Ergebnis. Das Handelsbilanzdefizit der USA stieg auch 2011. Nachdem es sich im Zuge der Rezession 2008 deutlich verringert hatte, verschlechtert sich der Saldo seit dem Frühjahr 2009 wieder. 2011 erreichte der Fehlbetrag rund 560 Mrd. \$, nach etwa 500 Mrd. \$ im Jahr zuvor.

Das Platzen der Immobilienpreisblase ließ die Wohnbauinvestitionen das sechste Jahr in Folge sinken (2011 real –1,3%), jedoch war auf Basis von saisonbereinigten Daten im Jahresverlauf teilweise wieder eine Zunahme zu beobachten. Die Immobilienpreise waren anhaltend rückläufig. Zum Jahresende lag der Case-Shiller-Index um 4% unter dem Niveau des Vorjahres. Ebenfalls schleppend verlief die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die um Saisoneffekte bereinigte Arbeitslosenquote lag Anfang 2011 bei 9,1% und zum Jahresende immer noch bei 8,5%. Seit ihrem Höchststand von 10% im Oktober 2009 ist sie damit um nur 1,5 Prozentpunkte gesunken. Auch die Beschäftigung profitierte bislang kaum von der Erholung der Wirtschaft. In den Jahren 2008 und 2009 gingen netto 8,6 Mio. Stellen verloren. 2010 und 2011 wurden in Summe 2,9 Mio. Arbeitsplätze geschaffen, das Beschäftigungsniveau vor der Krise wurde damit noch bei weitem nicht erreicht.

Da die Wirtschaft der USA die Folgen der Krise der Jahre 2008/09 auch 2011 noch nicht überwunden hatte, blieben Geld- und Fiskalpolitik über den gesamten Jahresverlauf expansiv ausgerichtet. Die Notenbank beließ den Leitzinssatz das dritte Jahr in Folge bei nahezu 0% und setzte auch ihr Wertpapierankaufsprogramm fort. Die Regierung verlängerte ihre konjunkturstimulierenden Maßnahmen über das Jahresende hinaus (z. B. Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Senkung der Sozialversiche-

Chinas Wirtschaft wuchs auch 2011 kräftig, während das BIP in Japan schrumpfte.

rungssteuer). Das Budgetdefizit sank 2011 nur marginal auf 8,7% des BIP. Die erhebliche Energieverteuerung ließ die Inflationsrate in den USA 2011 deutlich steigen. Nach 1,6% im Jahr 2010 erreichte sie 2011 3,1%.

Die chinesische Wirtschaft wuchs 2011 um 9,2% und damit etwas schwächer als 2010. In der ersten Jahreshälfte zeigten sich Überhitzungserscheinungen in Form einer Beschleunigung der Inflation und eines raschen Anstieges der Immobilienpreise. Als Reaktion darauf schlug die Zentralregierung einen restriktiveren geldpolitischen Kurs ein. Gegen Jahresende ließ die Wirtschaftsdynamik jedoch wieder nach, und die Notenbank sah sich zu einer Lockerung der Geldpolitik veranlasst. Im Durchschnitt des Jahres 2011 stiegen die Verbraucherpreise um 5,5%, nach 3,3% 2010.

Für die japanische Wirtschaft war 2011 eine besonders schwierige Phase. Die Folgen der Erdbebenkatastrophe und der Flutwelle ließen die gesamtwirtschaftliche Produktion im 1. Halbjahr deutlich sinken. Nach real –1,8% im I. Quartal sank das BIP auch im II. Quartal um 0,3%. Die Wiederaufbauarbeiten bewirkten einen merklichen Produktionsanstieg (III. Quartal +1,7%), jedoch war gegen Jahresende erneut ein Rückschlag zu verzeichnen (IV. Quartal –0,2%). Für das gesamte Jahr ergibt sich ein Rückgang des BIP um real 0,7%. Trotz der Energieverteuerung sanken die Verbraucherpreise weiter (–0,3%). Die Deflationsphase dauert damit schon über zehn Jahre.

Finanzmarkturbulenzen belasten Entwicklung im Euro-Raum

Die exportorientierten Volkswirtschaften des Euro-Raumes profitierten auch 2011 von der guten Konjunktur in Übersee, sodass die Erholung anhielt. In zahlreichen anderen Ländern der Währungsunion war nach wie vor keine Besserung der Wirtschaftslage zu verzeichnen.

Die bereits 2010 beobachtete Wachstumskluft zwischen den Ländern im Euro-Raum weitete sich 2011 aus. Während exportorientierte Volkswirtschaften wie Schweden, Finnland, Deutschland und Österreich am Aufschwung der Wirtschaft in Übersee teilhatten und Wachstumsraten des BIP von 3% und darüber erzielten, fehlten in vielen Ländern des Euro-Raumes Konjunkturimpulse. Daher ergab sich auch keine automatische Entlastung der öffentlichen Haushalte über die Einnahmenseite, sodass diese Länder eine Budgetsanierung durch diskretionäre Maßnahmen anstreben müssen. Dies belastete deren Wirtschaftsentwicklung abermals. Im Durchschnitt des Euro-Raumes verlangsamte sich das Wachstum 2011 gegenüber dem Vorjahr von 1,9% auf 1,5%. In den neuen EU-Ländern in Ostmitteleuropa (Beitritt 2007) verstärkte sich hingegen das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt von 2,5% auf 3,2%.

Im Gegensatz zu den USA verlor die Wirtschaft des Euro-Raumes im Jahresverlauf immer mehr an Dynamik. War das BIP im I. Quartal gegenüber der Vorperiode real noch um 0,7% gewachsen, so stagnierte die Wirtschaft im II. und III. Quartal nahezu (+0,1%) und schrumpfte gegen Jahresende sogar (–0,3%). Für den Jahresdurchschnitt ergab sich ein Wirtschaftswachstum von 1,5%.

Sämtliche Hauptkategorien der Nachfrage waren von der Konjunkturschwäche betroffen. Der Konsum der privaten Haushalte expandierte 2011 im Euro-Raum real um nur 0,2%, und der öffentliche Konsum stagnierte. Das Wachstum wurde von den Bruttoinvestitionen (real +1,8%) und vom Außenbeitrag getragen. Gegen Jahresende schrumpften alle Komponenten im Vorperiodenvergleich. Weil jedoch der Import stärker zurückging als der Export, wirkte der Außenbeitrag positiv.

Die schwierige wirtschaftliche Lage verschärfte 2011 im Euro-Raum die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Während die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt um 0,2% ausgeweitet wurde (EU insgesamt +0,3%), stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 10,0% Anfang 2011 auf 10,6% zum Jahresende (EU insgesamt von 9,5% auf 10,0%). Auch hier divergierte die Entwicklung zunehmend zwischen den Euro-Ländern. Im Euro-Raum insgesamt betrug die Arbeitslosenquote 2011 10,2%. Am niedrigsten war sie mit 4,2% in Österreich, am höchsten mit 21,7% in Spanien. In Deutschland, dem größten Euro-Land, lag die Quote 2011 bei 5,9%. Besorgniserregend ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit: Während sich die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen 2011 im Euro-Raum insgesamt gegenüber dem Vorjahr sogar geringfügig verringerte (von 20,9% auf 20,8%), erreichte sie in einigen Ländern alarmierende Werte – in Portugal und Italien lag sie bei rund 30%, in Griechenland bei 44,4% und in Spanien bei 46,4%.

Der bereits 2010 beobachtete Vertrauensschwund der Finanzmärkte in die Bonität einiger Mitgliedstaaten des Euro-Raumes verstärkte sich und griff auf weitere Länder über. In Griechenland trieb die Erwartung eines teilweisen Schuldenausfalls die Ren-

dite für langfristige Staatsanleihen von 11,6% Anfang 2011 auf 36,6% zum Jahresende. In Portugal erhöhte sich der Zinssatz im selben Zeitraum von 6,8% auf 13,1% und in Italien von 4,6% auf 6,5%. In Irland ließ der deutliche Zinsauftrieb ab der Jahresmitte wieder nach. In Spanien blieb das Zinsniveau im Jahresverlauf 2011 indessen relativ konstant. Für Deutschland war in diesem Zeitraum sogar ein deutlicher Rückgang des langfristigen Zinssatzes um rund 1 Prozentpunkt zu beobachten. In einigen anderen Ländern, etwa Frankreich und Österreich, fiel der Rückgang etwas geringer aus (–0,3 Prozentpunkte).

Die Krise im Finanzsektor konnte auch 2011 nicht überwunden werden. Die zweifelhaft gewordenen Forderungen einiger systemrelevanter Kreditinstitute gegenüber Staaten des Euro-Raumes belasteten deren Kreditwürdigkeit. In der Folge verloren die Aktien der betroffenen Institute im Jahresverlauf bis zu 70% ihres Wertes. Eine Kapitalaufstockung auf dem Kapitalmarkt zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung wurde dadurch behindert.

Die anhaltende Rohölverteuerung ließ 2011 auch die Verbraucherpreise in der EU deutlich steigen. Die Inflationsrate erhöhte sich um 1 Prozentpunkt auf einen Jahresdurchschnitt von 3,1% (Euro-Raum von 1,6% auf 2,7%). Auch die Kerninflationsrate stieg, wenngleich in geringerem Ausmaß, von 1,5% auf 2,1% (Euro-Raum von 1,0% auf 1,7%).

Die EZB erhöhte im Herbst 2011 den Leitzinssatz in zwei Schritten um jeweils 25 Basispunkte, sah sich aber in weiterer Folge gezwungen, diese Maßnahme noch vor Jahresende wieder zurückzunehmen. Die Probleme im Bankenbereich im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise erforderten eine anhaltend expansive Geldpolitik. Die EZB stellte daher den Banken im Euro-Raum im Dezember 2011 und im Februar 2012 jeweils rund 500 Mrd. € an zusätzlicher Liquidität für mehrere Jahre zu einem günstigen Zinssatz zur Verfügung.

Für die österreichische Wirtschaft verlief das Jahr 2011 überaus erfolgreich, die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg real um 3,1%. Sämtliche Hauptkomponenten der Nachfrage lieferten positive Beiträge zum Wachstum. Der Export expandierte mit real +6,7% kräftig, jedoch nicht mehr so stark wie im Jahr zuvor. Besonders lebhaft entwickelte sich die internationale Nachfrage nach heimischen Waren (real +7,7%). Aufgrund des Nachlassens der Konjunktur im Ausland verlor der heimische Außenhandel im Verlauf des Jahres mehr und mehr an Schwung. Zum Jahresende war der Export gegenüber der Vorperiode bereits rückläufig.

Österreich: Verstärkte Erholung nach der Krise

Das BIP stieg 2011 in Österreich um 3,1% und damit stärker als im Jahr zuvor. Der durch die Rezession 2008/09 entstandene Produktionsausfall wurde dadurch wieder wettgemacht.

Übersicht 1: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Real

	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,7	– 0,1	+ 1,5	+ 1,1
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,8	– 0,3	+ 2,2	+ 0,6
Staat	+ 4,4	+ 0,2	– 0,2	+ 2,7
Bruttoinvestitionen	– 1,8	– 11,9	+ 3,6	+ 14,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,7	– 8,3	+ 0,1	+ 5,7
Ausrüstungen	– 0,7	– 9,7	+ 4,3	+ 11,3
Bauten	+ 1,0	– 7,6	– 2,9	+ 2,6
Inländische Verwendung	+ 0,6	– 2,9	+ 1,9	+ 3,1
Exporte	+ 1,4	– 14,3	+ 8,3	+ 6,7
Importe	± 0,0	– 13,8	+ 8,0	+ 7,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,4	– 3,8	+ 2,3	+ 3,1

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Ein weiterer wichtiger Wachstumstreiber waren 2011 die Bruttoanlageinvestitionen. Nach einem scharfen Rückgang im Jahr 2009 um real über 8% war die Investitionsnachfrage 2010 noch sehr zurückhaltend (+0,1%). Erst 2011 sprang die Nachfrage an, das Investitionsvolumen stieg um 5,7%. Besonders kräftig zogen die Ausrüstungs-

investitionen an (real +11,3%). Insbesondere in Fahrzeuge wurde deutlich mehr investiert. Hingegen entwickelten sich die Bauinvestitionen verhalten: Nach der empfindlichen Einschränkung 2009 und 2010 wurden sie 2011 um nur 2,6% ausgeweitet. Die Investitionen in Wohnbauten wuchsen mit +3,8% überdurchschnittlich.

Übersicht 2: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real

	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 5,8	- 15,9	- 5,5	+ 4,1
Bergbau	+ 20,4	- 2,8	- 0,3	- 7,9
Herstellung von Waren	+ 0,9	- 15,3	+ 7,4	+ 10,4
Energie-, Wasserversorgung; Abfallentsorgung	- 2,5	+ 3,2	+ 3,8	+ 10,3
Bauwesen	- 1,1	- 7,5	- 3,0	+ 2,7
Handel	- 3,0	+ 0,7	+ 3,1	+ 0,1
Verkehr	+ 1,3	- 7,9	- 1,1	+ 2,9
Beherbergung und Gastronomie	+ 3,2	- 1,5	+ 1,8	- 0,5
Information und Kommunikation	+ 0,2	- 3,6	- 3,7	- 1,5
Kredit- und Versicherungswesen	+ 4,9	+ 9,5	+ 6,9	+ 6,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 3,0	- 0,7	- 0,6	- 0,1
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 5,8	- 5,5	+ 5,0	+ 2,8
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 2,9	- 0,1	+ 0,4	+ 1,2
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,9	- 1,4	+ 1,7	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	+ 1,6	- 4,2	+ 2,3	+ 3,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,4	- 3,8	+ 2,3	+ 3,1

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O bis Q). – ³⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 3: Außenhandel, Zahlungsbilanz

	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+ 2,5	- 20,2	+ 16,7	+ 11,7
Real	+ 0,5	- 16,8	+ 12,8	+ 7,5
Importe, Waren				
Nominell	+ 4,7	- 18,4	+ 16,5	+ 15,0
Real	+ 0,6	- 14,3	+ 10,3	+ 7,5
Terms-of-Trade	- 2,0	+ 0,7	- 2,0	- 2,9
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. €	- 2,04	- 3,83	- 4,28	- 8,59
In % des BIP	- 0,7	- 1,4	- 1,5	- 2,9
Leistungsbilanz				
Mrd. €	+ 13,76	+ 7,49	+ 8,62	+ 5,86
In % des BIP	+ 4,9	+ 2,7	+ 3,0	+ 1,9

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO.

Nachdem der private Konsum 2009 angesichts der Unsicherheit über die künftige Wirtschaftsentwicklung leicht rückläufig gewesen war, weiteten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben 2010 um 2,2% aus. 2011 folgte der Konsum der privaten Haushalte wieder einem flacheren Wachstumspfad (real nur +0,6%). Zwar stiegen die Haushaltseinkommen nominell merklich, jedoch war die Inflationsrate 2011 mit 3,3% die höchste seit 1993. Die Ausweitung des Konsums erforderte daher eine weitere Verringerung der Sparquote.

Aufgrund des Anstieges der Importpreise von Energierohstoffen und der regen Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionsgütern zog 2011 auch der Warenimportwert kräftig an. Die nominelle Wareneinfuhr (laut VGR) erhöhte sich mit knapp +15% ebenso stark wie 2010 (+15,3%) und wesentlich stärker als der Export (+11,9%). Das Warenhandelsdefizit laut Statistik Austria vergrößerte sich daher von 4,3 Mrd. € im Jahr 2010 auf 8,6 Mrd. €.

Auch 2011 expandierten die Warenproduktion und die Arbeitskräfteüberlassung in Österreich überdurchschnittlich. Die Wertschöpfung der Warenproduktion wurde mit über +10% sogar stärker gesteigert als 2010 (+7,4%) und erreichte damit wieder das Produktionsniveau vor der Krise (2009 –15,3%). Die Beschäftigung stieg in der Warenproduktion 2011 kräftig (fast +2%), nachdem sie 2010 noch zurückgegangen war (–1,3%). Hatten die Unternehmen 2010 angesichts der Konjunkturerholung ihre Personalkapazitäten zunächst überwiegend mit Leiharbeitskräften aufgestockt, so konnten viele dieser Stellen 2011 in die Stammbesellschaft übergeführt werden. Die Wertschöpfung der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, zu denen die Arbeitskräfteüberlassung zählt, expandierte 2011 mit knapp +3% etwas schwächer als 2010 (+5,0%).

Warenproduktion sehr dynamisch

Übersicht 4: Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	2011 Mrd. €	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	301,31	+ 5,3
Minus Exporte	170,64	+ 10,5
Plus Importe	161,66	+ 13,7
Inländische Verwendung	292,33	+ 6,7
Konsumausgaben insgesamt	219,73	+ 3,9
Private Haushalte ¹⁾	161,58	+ 3,5
Staat	58,15	+ 4,9
Bruttoinvestitionen	72,38	+ 16,9
Bruttoanlageinvestitionen	63,53	+ 8,4
Ausrüstungen	25,13	+ 13,2
Bauten	33,66	+ 6,0
Vorratsveränderung ²⁾	8,85	
Statistische Differenz	0,22	

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Übersicht 5: Verteilung des Nettonationaleinkommens

Zu laufenden Preisen

	2011 Mrd. €	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	149,67	+ 4,7
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	118,94	+ 5,9
Produktionsabgaben minus Subventionen	32,70	+ 5,8
Bruttoinlandsprodukt	301,31	+ 5,3
Primäreinkommen an die übrige Welt	31,32	+ 9,4
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	30,26	+ 11,6
Bruttonationaleinkommen	300,25	+ 5,5
Minus Abschreibungen	47,00	+ 2,0
Nettonationaleinkommen	253,25	+ 6,1
Laufende Transfers an die übrige Welt	4,90	+ 2,0
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	2,56	+ 17,8
Verfügbares Nettonationaleinkommen	250,91	+ 6,3

Q: Statistik Austria, WIFO.

Der Tourismus entwickelte sich 2011 in Österreich verhalten. Zwar stieg die Zahl der Gästeankünfte aus dem In- und Ausland gegenüber dem Vorjahr um 3,7%, jedoch sank die durchschnittliche Aufenthaltsdauer. In der Folge erhöhte sich die Zahl der Nächtigungen um nur 0,9%. Weil sich die Ausgaben der Gäste gedämpft entwickelten, verringerten sich die Einnahmen im Reiseverkehr nach vorläufiger Rechnung real um 0,6%. Viele Tourismusbetriebe nahmen die in der Wirtschaftskrise 2008/09 ge-

währten Preisnachlässe 2011 zurück, sodass das durchschnittliche Preisniveau kräftig anzog. Dadurch ergab sich ein Zuwachs des nominellen Umsatzes von 3,6%.

Die Inflationsrate erreichte 2011 in Österreich gemessen am Verbraucherpreisindex mit 3,3% den höchsten Wert seit fast 20 Jahren (1993: 3,6%, 2008: 3,2%). Wie 2008 ging die kräftige Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus insbesondere auf die erhebliche Verteuerung von Energieträgern zurück. Zwar gaben die Notierungen für Rohölprodukte ab dem Frühjahr 2011 wieder nach, zum Jahresende lagen sie aber noch weit über dem Vorjahresniveau. Im Jahr 2008 hatte der deutliche Anstieg des Euro-Dollar-Wechselkurses der Preissteigerung der in Dollar gehandelten Rohölprodukte entgegengewirkt. 2011 fiel dieser dämpfende Effekt hingegen geringer aus.

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1
Exportpreise Waren	+ 2,0	- 4,1	+ 3,5	+ 3,9
Importpreise Waren	+ 4,0	- 4,7	+ 5,6	+ 7,0
Weltmarktrohstoffpreise (auf Dollarbasis)	+ 32,7	- 34,7	+ 28,9	+ 28,6
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 1,4	+ 0,3	- 1,8	- 2,6
Waren	- 2,0	+ 0,7	- 2,0	- 2,9
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 5,5	+ 0,8	+ 2,4	+ 4,7
Je Beschäftigungsverhältnis laut VGR	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,7

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Übersicht 7: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Arbeitskräfteangebot				
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,7
Unselbständige ²⁾	+ 1,3	± 0,0	+ 0,5	+ 1,7
Arbeitslosenquote ³⁾	5,9	7,2	6,9	6,7
Arbeitskräftenachfrage				
Aktiv Erwerbstätige ⁴⁾	+ 1,8	- 1,2	+ 0,9	+ 1,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,7	- 1,5	+ 0,8	+ 1,9
Sachgütererzeugung ⁵⁾	+ 1,7	- 5,3	- 1,3	+ 1,9
Ausländische Arbeitskräfte	+ 5,9	- 1,3	+ 4,6	+ 8,3
Geleistete Arbeitszeit pro Kopf (Beschäftigten),				
Sachgütererzeugung	- 0,5	- 3,6	+ 3,0	- 0,1
Beschäftigungsquote ⁶⁾	65,7	64,7	65,0	65,9
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	+ 3,7	+ 4,7	- 0,3	+ 1,2
Sachgütererzeugung	+ 5,2	+ 15,1	- 5,7	- 4,5
Produktivität				
BIP pro Kopf (Erwerbstätige; laut VGR)	- 0,7	- 2,9	+ 1,5	+ 1,4
Sachgütererzeugung je geleistete				
Beschäftigtenstunde	- 0,3	- 7,3	+ 5,6	+ 8,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienster + Selbständige + Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte + Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Arbeitskräfteangebot ohne Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Wirtschaftsklassifikation auf ÖNACE 2008; 2008: WIFO-Schätzung. – ⁶⁾ Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Obwohl die Wirtschaftsdynamik im Laufe des Jahres 2011 immer mehr abflachte, wurde die Beschäftigung kontinuierlich ausgeweitet. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 63.300 bzw. 1,9%. Auch gegen Jahresende blieb das Expansionstempo unverändert hoch. Sowohl in der Warenproduktion als auch im Dienstleistungsbereich wurden neue Stellen geschaffen. Wie in

Aufschwungsphasen üblich, nahm das Arbeitskräfteangebot zu. Dazu trug auch der Wegfall der Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus einigen Ländern Ostmitteleuropas im Mai bei.

Wie in den letzten Jahren reagierte die Arbeitslosigkeit rasch auf die Veränderung der Konjunkturlage. Bereits Mitte 2011 begann die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen zu steigen. Im Jahresdurchschnitt 2011 ergab sich dennoch gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 4.100 Personen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich laut nationaler Berechnungsmethode von 6,9% im Jahr 2010 auf 6,7% im Jahr 2011. Die harmonisierte Arbeitslosenquote lag 2011 bei 4,2% und war damit die niedrigste in der gesamten EU. 2012 ist allerdings mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote zu rechnen.

Marcus Scheiblecker (Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at)
Statistik: Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at),
Roswitha Übl (Roswitha.Uebl@wifo.ac.at)

Die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) war 2011 durch den Gegensatz zwischen Stabilitätsorientierung nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank und der Unterstützung einiger Euro-Staaten geprägt, an deren Zahlungsfähigkeit die Anleger zunehmend zweifelten. Höhepunkte dieser Auseinandersetzung war der Rücktritt von Axel Weber (Februar 2011) und Jürgen Starck (September 2011) aus dem Direktorium der EZB, die sich vehement gegen den Direktankauf von Staatsanleihen durch die EZB gestellt hatten. Die EZB kaufte (Stand 23. März 2012) im Rahmen des Covered Bond Purchase Programme 1 seit 2. Juli 2009 Staatsanleihen um 57 Mrd. € direkt an, im Securities Market Programme folgten seit 14. Mai 2010 Ankäufe um 214 Mrd. € und im Covered Bond Purchase Programme 2 (seit 3. November 2011) sollen weitere 40 Mrd. € angekauft werden. Ziel dieser Operationen war die Beruhigung der Anleihemärkte für Staatspapiere der Länder an der Peripherie des Euro-Raumes. Dadurch sollte der jeweilige Zinsabstand zu deutschen Bundesanleihen vermindert und eine Stabilisierung der Schuldendynamik dieser Ländergruppe gesichert werden.

Diese expansive Strategie wurde im II. Quartal 2011 um eine leicht restriktive Linie ergänzt, die an den günstigen Konjunkturindikatoren der ersten Jahreshälfte 2011 ausgerichtet war. Im April 2011 setzte die EZB eine geldpolitische Wende und steigerte erstmals seit Juli 2008 den Leitzinssatz für ihre Mengentender ausgehend von 1% für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf bis zu 1,5% (Übersicht 8). Die Zuteilung der Mengentender erfolgte weiterhin ohne Beschränkung. Doch schon im November machte die EZB diese Entwicklung unter der neuen Leitung von Mario Draghi mit einer Senkung der Leitzinssätze rückgängig. Begründet wurde diese Korrektur mit der erwarteten Rückkehr der Inflationsrate unter den Zielwert von höchstens 2% im Jahresverlauf 2012 sowie mit dem verlangsamten Geldmengenwachstum. Vermutlich waren jedoch die Turbulenzen auf den Anleihemärkten und der nur langsam voranschreitende Einigungsprozess über die Verlagerung fiskalpolitischer Kompetenzen von den Mitgliedsländern an die Europäische Union ausschlaggebend.

Auf dem europäischen Geldmarkt hielt Anfang 2011 der seit 2010 beobachtete Trend steigender Zinssätze für Taggeld und Dreimonatsgeld an. Der Taggeldsatz (EONIA) erhöhte sich bis zur Jahresmitte um etwa ½ Prozentpunkt. Erhöhte Zweifel über die Rückzahlungsfähigkeit der Finanzintermediäre entstanden vor allem im Gefolge der Staatsschuldenkrise. Der europäische Anleihemarkt war im 1. Halbjahr 2011 durch zunehmende Renditeabstände und Herabstufungen von Länderratings für die Peripherieländer geprägt. Am 6. Dezember 2011 setzte schließlich Standard & Poor's alle 15 Euro-Länder auf "negativen Ausblick" und weitete damit den Kreis der betroffenen Länder auf den gesamten Euro-Raum aus. Ein "negativer Ausblick" zeigt die mögliche Herabstufung des Länderratings innerhalb der nächsten drei Monate an¹⁾.

Staatsschuldenkrise prägt geldpolitische Maßnahmen der EZB

Die EZB versuchte 2011, die divergierenden Ziele einer restriktiven Zinspolitik und einer Stabilisierung des Kreditwesens in den Ländern an der Peripherie des Euro-Raumes zu vereinen.

¹⁾ Siehe dazu auch Url, Th., "Ratingagenturen: Verursacher, Verstärker oder im Sog der Staatsschuldenkrise?", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(12), S. 811-825, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/43197>.

Übersicht 8: Änderungen der Zinssätze des Eurosystems und der OeNB

	Einlage- fazilität	Spitzenre- finanzierungs- fazilität	Hauptrefinanzierungs- geschäft Mengen- tender Zinstender In %	Basiszinssatz	Referenz- zinssatz
14. März 2007	2,75	4,75		3,19	4,75
13. Juni 2007	3,00	5,00		3,19	5,25
9. Juli 2008	3,25	5,25		3,70	5,25
8. Oktober 2008	2,75	4,75		3,70	5,25
9. Oktober 2008	3,25	4,25		3,70	4,50
15. Oktober 2008	3,25	4,25	3,75	3,13	4,50
12. November 2008	2,75	3,75	3,25	2,63	4,00
10. Dezember 2008	2,00	3,00	2,50	1,88	3,25
21. Jänner 2009	1,00	3,00	2,00	1,38	3,25
11. März 2009	0,50	2,50	1,50	0,88	2,75
8. April 2009	0,25	2,25	1,25	0,88	2,75
13. Mai 2009	0,25	1,75	1,00	0,38	2,00
13. April 2011	0,50	2,00	1,25	0,38	2,00
13. Juli 2011	0,75	2,25	1,50	0,88	2,50
9. November 2011	0,50	2,00	1,25	0,88	2,50
14. Dezember 2011	0,25	1,75	1,00	0,38	2,00

Q: EZB, OeNB.

Diese Entwicklung brachte in ganz Europa Kreditinstitute in Bedrängnis, weil für einzelne Institute der damit verbundene Bedarf an Wertberichtigungen und die potentiellen Verlustrisiken aus Derivatengeschäften schwierig einzuschätzen waren. Die steigende Unsicherheit trocknete den Interbankenmarkt aus und hatte vor allem in Südeuropa Liquiditätsengpässe des gesamten Kreditwesens zur Folge. Die EZB begleitete daraufhin ihre Zinssenkungspolitik mit einer Ausweitung der Liquiditätsversorgung europäischer Kreditinstitute. Dazu setzte sie ein innovatives geldpolitisches Instrument ein: Am 8. Dezember 2011 wurden zwei langfristige Refinanzierungsoperationen (LTRO) angekündigt, in denen Kreditinstituten Wertpapierpensionsgeschäfte mit dreijähriger Laufzeit und unbeschränkter Zuteilung zu einem Zinssatz von 1% angeboten wurden. Noch im Dezember 2011 wurden so etwa 500 Mrd. € in das Kreditwesen geschleust. Vor allem Kreditinstitute aus den Peripherieländern versorgten sich zu diesen günstigen Bedingungen mit Liquidität, während sich die Kreditinstitute aus dem Norden Europas auf konventionellem Weg refinanzierten.

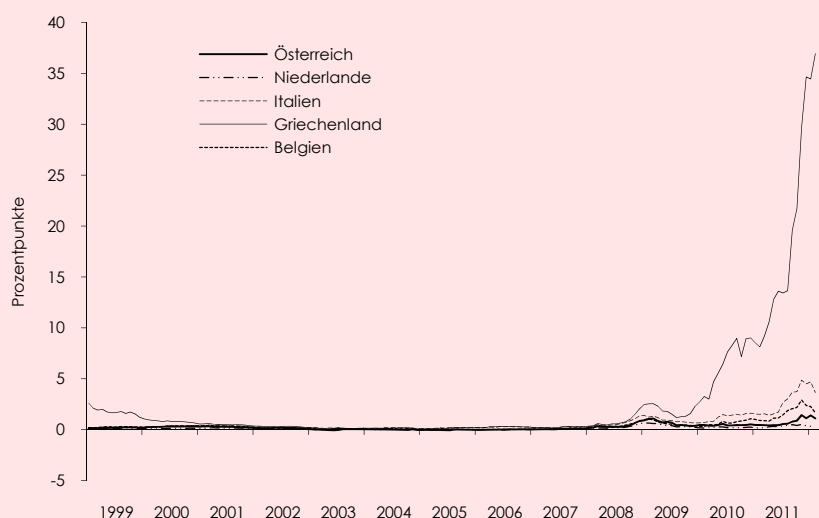
Der Transfer von Liquidität von der EZB in die Peripherieländer ließ deren Target-Verbindlichkeiten ab Mitte 2011 deutlich steigen. Target 2 ist das europäische System für den Zahlungsverkehr in Zentralbankgeld. Über dieses System werden Zentralbankoperationen, Euro-Überweisungen aus Großbetragszahlungssystemen im Interbankenverkehr sowie andere Euro-Zahlungen verrechnet. Als Spiegelbild der Leistungsbilanzdefizite und Kapitalexporte der Peripherieländer nahmen die Target-Forderungen der nördlichen Euro-Länder dramatisch zu. So stiegen etwa die Target-Forderungen der Deutschen Bundesbank von 256 Mrd. € Ende 2010 auf 463 Mrd. € im Dezember 2011; nach der zweiten LTRO-Zuteilung im Februar 2012 betrugen sie sogar 547 Mrd. €. In Österreich verschlechterte sich der Target-Saldo von –8,1 Mrd. € (2010) auf –41,3 Mrd. € (2011). In den ersten drei Monaten des Jahres 2012 kam ein weiterer Nettoabgang von –52,6 Mrd. € hinzu.

Die reichliche Versorgung des Kreditwesens mit Liquidität spiegelte sich vorwiegend in einer beträchtlichen Erhöhung der Bilanzsumme des konsolidierten Eurosystems (31. Dezember 2011 +36% gegenüber Ende 2010); gegenüber dem Vorkrisenniveau (Juni 2007) hat sich die Bilanzsumme mehr als verdoppelt (+146%). Die den Kreditinstituten zur Verfügung stehende Liquidität gelangte jedoch kaum in den Geldkreislauf. Im Vorjahresvergleich stiegen die Geldmengenaggregate M1, M2 und M3 um nur rund 2%, und die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt 2011 mit 2,7% nur geringfügig über dem Zielwert der EZB. Wie die Zerlegung des Preisauftriebes in einzelne Komponenten zeigt, war der Preisdruck zudem überwiegend auf die Energieverteuerung (+11,9%) zurückzuführen.

Zusätzliche Liquidität nicht in den Geldkreislauf gelangt

Der europäische Anleihemarkt war 2011 durch heftige Turbulenzen gekennzeichnet. Während von Peripherieländern emittierte Staatsanleihen teilweise große Kursverluste verzeichneten (Abbildung 1), fiel die Rendite auf langfristige deutsche Bundesanleihen von 3,1% zu Jahresbeginn auf 2% im Dezember (Benchmark). Die hohe Unsicherheit der Investoren über die Zahlungsfähigkeit öffentlicher Schuldner veranlasste Gläubiger zu einem Rückzug aus dem europäischen Markt oder zu einer Umschichtung in festverzinsliche Wertpapiere deutscher Emittenten. In Deutschland konnten im Dezember Geldmarktpapiere des Bundes mit einer Emissionsrendite von 0,001% abgesetzt werden (Handelsblatt, 9. Jänner 2012), sodass für die öffentliche Hand praktisch keine Finanzierungskosten entstanden. Im Gegensatz dazu stieg die Rendite österreichischer Staatsanleihen zunächst, diese Bewegung wurde allerdings wieder korrigiert, und die Benchmark-Rendite lag mit Jahresende bei 3,1%. Das Zinsdifferential zwischen österreichischen und deutschen Benchmark-Anleihen erreichte trotz des Rückganges in der zweiten Jahreshälfte im November mit 1,4 Prozentpunkten den höchsten Wert seit dem Eintritt in die Währungsunion. Diese Entwicklung war vor allem ein Ergebnis des langsamen Entscheidungsprozesses auf europäischer Ebene, mangelnder Aktivitäten zur Beseitigung des öffentlichen Defizits im österreichischen Staatshaushalt und des potentiellen Zuschussbedarfes österreichischer Kreditinstitute durch steigende Kreditausfälle in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Im europäischen Vergleich war das Zinsdifferential Österreichs ähnlich niedrig wie das der Niederlande. Länder mit höheren Staatsschulden mussten hingegen deutlich größere Aufschläge auf den deutschen Referenzsatz zahlen. Griechenland profitierte von den liquiditätssteigernden Aktionen der EZB nicht, die Renditen auf griechische Staatsanleihen nahmen auch gegen Jahresende unvermindert zu.

Abbildung 1: Entwicklung des Zinsabstandes für Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark) zu Deutschland



Q: OeNB.

Die Entwicklung der Geldmarktzinssätze, hoher Liquiditätsbedarf und der Abfluss von Sparguthaben wirkten sich 2011 positiv auf die Einlagenzinssätze aus. Die österreichischen Kreditinstitute boten Privathaushalten im Jahresverlauf 2011 immer attraktivere Zinssätze an. Diese Entwicklung betraf sowohl kurze als auch lange Bindungsfristen. Die Einlagenzinssätze waren zum Jahresende um etwa 0,5 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Die Finanzierungskosten für einen Neukredit entwickelten sich 2011 uneinheitlich: Konsum- und Wohnbaukredite an private Haushalte verteuerten sich in der zweiten Jahreshälfte um bis zu 40 Basispunkte, zum Jahresende entsprachen die Zinssätze aber wieder dem Wert von Anfang 2011. Für die Kreditkosten nichtfinanzieller Unternehmen ergab sich ein widersprüchliches Bild: Während kurzfristige Unternehmenskredite teurer wurden, verbilligten sich langfristige Darlehen um ½ Prozentpunkt. Die Einlagenzinssätze lagen in Österreich um etwa 30 bis 70 Basispunkte, die

Überdurchschnittlicher Kursverfall an der Wiener Börse

Finanzierungskosten für Konsumkredite privater Haushalte um etwa 190 Basispunkte und für Wohnbaukredite um etwa 90 Basispunkte unter dem EU-Durchschnitt.

Während die Preise festverzinslicher Wertpapiere Ende 2011 höher waren als zu Jahresbeginn, schlossen die Aktienmärkte 2011 mit Ausnahme der USA auf niedrigerem Niveau. In Frankfurt und Tokio waren Verluste von über 15% zu verzeichnen; die Wiener Börse erlitt mit –35% einen besonders empfindlichen Abschlag. Dafür war einerseits der große Anteil von Finanztiteln im ATX verantwortlich. Diese Titel wurden stark mit der Staatsschuldenkrise und potentiellen Kreditausfällen im Ausland verbunden. Andererseits bot die Eintrübung der Konjunktur in Europa allgemein ein schwieriges Umfeld. Der Kursverfall hatte gravierende Folgewirkungen für die Umsätze der Wiener Börse, sie lagen mit 61,9 Mrd. € um 18,5% unter dem Vorjahresniveau. Obwohl 2011 erstmals seit einigen Jahren zwei Neueinführungen und einige Kapitalerhöhungen gelangen, sank die Börsikapitalisierung von 40% des BIP auf 30%.

Im Jahr 2011 beeinflussten Wechselkursveränderungen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft kaum. Der Dollar wertete im Jahresdurchschnitt zwar um knapp 5% ab, gleichzeitig gewann der Schweizer Franken – der ebenfalls großes Gewicht im Wechselkursindex hat – um 11% an Wert. Von den im Wechselkursindex vertretenen Währungen werteten vor allem jene von Weißrussland (–85%), der Türkei (–17%), Argentinien und Ägypten (–12%) gegenüber dem Euro ab. Insgesamt blieb der nominelle effektive Wechselkurs Österreichs dadurch im Vorjahresvergleich stabil (+0,1%), real ergab sich wegen der vergleichsweise hohen Inlandsinflation eine Aufwertung um 0,7%.

Neue EU-Institutionen zur Beaufsichtigung des Finanzsektors

Die Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte standen 2011 nach wie vor unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise. Mit Jahresbeginn nahmen die drei zentralen Aufsichtsbehörden der EU für Finanzdienstleistungen ihre Tätigkeit auf: Kreditinstitute werden in Zukunft von der European Banking Authority (EBA) beaufsichtigt, für Wertpapiermärkte ist die European Securities and Markets Authority (ESMA) zuständig und für Versicherungsunternehmen sowie Pensionskassen die European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA). Diese drei Institute kooperieren mit den nationalen Aufsichtsbehörden und haben für die Beaufsichtigung grenzüberschreitend tätiger und systemrelevanter Finanzinstitute besondere Befugnisse. Zudem wurde das European Systemic Risk Board (ESRB) aktiv, das vor allem makroökonomische Ungleichgewichte und Risiken rechtzeitig identifizieren soll. Gemeinsam mit den nationalen Aufsichtsbehörden bilden die vier neuen EU-Institutionen das European System of Financial Supervision (ESFS).

In seiner ersten Empfehlung an die Mitgliedsländer der EU, die nationalen Aufsichtsbehörden und die EBA wies das ESRB im Oktober auf die Risiken von Fremdwährungskrediten hin. Solange Fremdwährungskredite nicht durch Einnahmen in der entsprechenden Fremdwährung gedeckt sind, ist die finanzielle Lage privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen durch Wechselkursänderungen gefährdet. Die nationalen Aufsichtsbehörden wurden aufgefordert, die Kreditwürdigkeit der Schuldner genau überprüfen zu lassen. Kreditinstituten werden gegenüber Fremdwährungsschuldnern besondere Informationspflichten auferlegt, sie müssen Fremdwährungskredite eigens in ihrer internen Risikoanalyse berücksichtigen und mit mehr Eigenkapital hinterlegen. Die nationalen Aufsichtsbehörden wurden aufgefordert, spezielle Regeln zu erlassen, die die Vergabe von Fremdwährungskrediten einschränken. Zusätzlich müssen Kreditinstitute für Fremdwährungskredite nachhaltige Refinanzierungsstrukturen nachweisen. Im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs oder der Niederlassungsfreiheit tätige Kreditinstitute müssen künftig für Fremdwährungskredite die Vorgaben der Aufsichtsbehörde des Gastlandes anwenden.

Die ersten Aktivitäten der EBA konzentrierten sich auf die Koordination des dritten europaweiten Stresstests für 90 systemrelevante Kreditinstitute in Europa. Der Stresstest untersuchte die Reaktion der Eigenkapitalbasis systemrelevanter Kreditinstitute auf einen schweren und über zwei Jahre andauernden wirtschaftlichen Schock. Dabei berücksichtigte die EBA die Kritik an vorhergehenden Tests und spezifizierte größere Schocks bzw. höhere Eintrittswahrscheinlichkeiten für Kredit-, Markt- und ökonomische Risiken (einschließlich einer Verschärfung der Staatsschuldenkrise). Insgesamt ergab das Stress-Szenario im Euro-Raum eine Dämpfung des BIP-Wachstums um

4 Prozentpunkte über zwei Jahre; gleichzeitig wurde die Widerstandskraft der Kreditinstitute am harten Kernkapital gemäß Basel III (Core Tier 1) gemessen. In Österreich nahmen drei systemrelevante Kreditinstitute am Test teil, zwei davon bestanden ihn mit ausreichend hohem Eigenkapital, während die Volksbank AG mit einer Eigenkapitalquote von 4,5% den Schwellenwert von 5% knapp unterschritt. Schon vor dem Test hatte die Volksbank AG mit den österreichischen Aufsichtsbehörden Restrukturierungsmaßnahmen vereinbart, die eine Anhebung der Eigenkapitalquote zum Ziel hatten. Nach Veröffentlichung der Testergebnisse entbrannte eine Diskussion über die fehlende Anerkennung privaten Partizipationskapitals als Kernkapital durch die europäische Aufsicht. Anlässlich des Euro-Gipfels vom 26. Oktober 2011 wurde neben dem Schuldenschnitt für Privatgläubiger zur Verringerung der öffentlichen Verschuldung in Griechenland auch ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Wiederherstellung des Vertrauens auf den Finanzmärkten beschlossen. Dieses Paket schreibt für staatliche Garantien von Bankemissionen EU-weit einheitliche Bedingungen vor; die Erfüllung der laut Basel III erhöhten Eigenkapitalquote von 9% soll vorgezogen werden, Dividenden und Bonuszahlungen sollen nur eingeschränkt ausgeschüttet werden können, und Kreditinstitute sollen im Insolvenzfall vorrangig private Kapitalquellen beanspruchen, insbesondere wird die Umwandlung von Schuldtiteln in Eigenkapitalinstrumente erwähnt. Die EBA berechnete für die 70 größten europäischen Kreditinstitute einen zusätzlichen Kapitalbedarf von 106 Mrd. €; davon entfielen 2,9 Mrd. € auf österreichische Institute. In einer Neuberechnung gegen Jahresende berücksichtigte die EBA die im III. Quartal veröffentlichten Verluste der Kreditinstitute und erhöhte die Schätzung des zusätzlichen Kapitalbedarfs auf 3,9 Mrd. €.

Ende November reagierte die österreichische Aufsicht auf die Empfehlungen des ESRB mit einem Maßnahmenpaket zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle österreichischer Geschäftsbanken in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Die Bankengruppen müssen die neuen Eigenkapitalvorschriften gemäß Basel III ohne Übergangsfrist bereits ab 1. Jänner 2013 vollständig erfüllen, wobei das private Partizipationskapital angerechnet wird. Ab 1. Jänner 2016 muss ein zusätzlicher, vom Risiko abhängiger Kernkapitalpuffer von bis zu 3% eingehalten werden. Zur Stärkung der Refinanzierungsstruktur darf die lokale Neuvergabe von Krediten 110% der lokalen Neueinlagen nicht überschreiten. Damit definierte die Aufsicht eine dynamische Kredit-Einlagen-Quote, die nur am Neugeschäft ausgerichtet ist. Zusätzlich müssen die Bankengruppen Abwicklungspläne vorlegen, die im Insolvenzfall eine rasche Abtrennung des volkswirtschaftlich schützenswerten Teils der Bankengruppe ermöglichen. Dieser Teil wird mit öffentlicher Unterstützung aufgefangen, während der Rest der Bankengruppe auf Kapitalzuführungen der Aktionäre angewiesen ist.

Die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute erhöhte sich 2011 wieder. Damit wurde die zwei Jahre andauernde Konsolidierungsphase überwunden. Positive Signale kamen vom österreichischen Interbankenmarkt, sowohl die inländischen Zwischenbankforderungen als auch die Verbindlichkeiten nahmen deutlich zu (Übersicht 9), obwohl seit Anfang 2011 keine neuen Bundesgarantien für Bankemissionen vergeben wurden. Von den bis 31. Dezember 2010 insgesamt garantierten Emissionen von 22,4 Mrd. € wurden bis zum Jahresende 2011 bereits 7,3 Mrd. € getilgt. Das gegenseitige Vertrauen der inländischen Kreditinstitute normalisierte sich 2011 wieder. Eine ähnliche Verbesserung der Vertrauensbasis war im Ausland zu beobachten. Das österreichische Bankensystem konnte sich dort wieder vermehrt finanzieren; die Auslandspassiva lagen dennoch deutlich unter dem Höchststand des Jahres 2008. Auf der Passivseite verschob sich die Struktur tendenziell von langfristigen Finanzierungsinstrumenten (Termin-, Spareinlagen bzw. Inlandsemissionen) zu täglich fälligen Sichteinlagen. Kursverluste auf dem Aktienmarkt und die allgemein hohe Volatilität auf den Finanzmärkten hielten Privathaushalte und Unternehmen von langfristigen Veranlagungen ab und erzeugten eine Flucht in hochliquide Veranlagungsformen mit geringem Verlustpotential. Die Eigenmittel wurden im Vorjahresvergleich um knapp 1% abgebaut. Zum Jahresende 2011 betrugen die öffentlichen Beteiligungen an Kreditinstituten in Form von Partizipationskapital und sonstigen Maßnahmen gemäß FinStaG insgesamt 8,8 Mrd. €.

Anzeichen für Belebung des inländischen Interbankenmarktes

Übersicht 9: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

	2000	2005	2010	2011	2000	2005	2010	2011	2008	2009	2010	2011
	Mrd. €				Anteile an der Bilanzsumme in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Aktiva												
Inländische Zwischenbankforderungen	88,7	105,6	170,6	182,1	15,8	14,6	17,4	18,0	+ 64,4	- 7,6	- 13,8	+ 6,7
Inländische Wertpapiere	53,0	60,1	85,2	82,6	9,4	8,3	8,7	8,1	+ 30,8	+ 11,3	- 1,7	- 3,0
Direktkredite	224,9	263,3	311,1	319,3	40,0	36,3	31,8	31,5	+ 7,4	- 1,3	+ 2,9	+ 2,6
An den öffentlichen Sektor	28,7	29,4	27,2	30,0	5,1	4,1	2,8	3,0	- 4,7	+ 4,2	+ 4,0	+ 10,2
An Unternehmen	112,3	109,3	133,3	136,9	20,0	15,1	13,6	13,5	+ 9,5	- 2,5	+ 2,4	+ 2,7
An private Haushalte	75,0	104,9	128,4	131,7	13,3	14,5	13,1	13,0	+ 5,5	- 0,1	+ 5,9	+ 2,6
Euro-Kredite	185,4	210,1	253,8	263,4	33,0	29,0	25,9	26,0	+ 5,2	- 0,3	+ 1,5	+ 3,8
Fremdwährungskredite	39,5	53,2	57,3	55,9	7,0	7,3	5,9	5,5	+ 19,0	- 5,6	+ 9,6	- 2,5
Auslandsaktiva	157,8	245,9	319,0	320,9	28,0	33,9	32,6	31,6	+ 7,3	- 10,3	- 5,5	+ 0,6
Passiva												
Inländische Zwischenbankverpflichtungen	101,0	120,1	178,3	192,5	18,0	16,6	18,2	19,0	+ 69,4	- 13,8	- 16,1	+ 8,0
Sichteinlagen	34,5	58,1	87,0	94,2	6,1	8,0	8,9	9,3	+ 7,1	+ 15,2	+ 2,9	+ 8,4
Termineinlagen	18,3	22,1	34,2	34,5	3,3	3,0	3,5	3,4	+ 13,1	- 25,2	+ 5,6	+ 0,8
Spareinlagen	119,7	136,9	156,2	157,0	21,3	18,9	16,0	15,5	+ 6,3	+ 2,3	- 1,7	+ 0,5
Fremdwährungseinlagen	3,3	3,7	4,2	4,0	0,6	0,5	0,4	0,4	- 28,5	- 12,3	+ 24,7	- 5,5
Eigene Inlandsemissionen	64,7	84,1	158,3	153,0	11,5	11,6	16,2	15,1	+ 30,4	+ 2,4	- 2,1	- 3,4
Auslandspassiva	174,8	234,8	238,4	251,1	31,1	32,4	24,4	24,8	- 1,4	- 7,5	- 4,4	+ 5,3
Bilanzsumme	562,7	725,7	978,6	1.014,3	100,0	100,0	100,0	100,0	+ 18,8	- 3,7	- 4,9	+ 3,7
Q: OeNB.												

Q: OeNB.

Abbildung 2: Eigenkapitalquote der Kreditinstitute im internationalen Vergleich
Juni 2011


Q: EZB. Hartes Kernkapital der inländischen Kreditinstitute entsprechend der Basel-III-Definition (Tier 1 Capital) in % der risikogewichteten Aktiva.

Die inländischen Kreditinstitute erzielten Mitte 2011 eine harte Kernkapitalquote entsprechend der Basel-III-Definition von 10,4% der risikogewichteten Veranlagungen; einschließlich der ausländischen Kreditinstitute war diese Quote mit 10,3% nur knapp niedriger (Abbildung 2). Im europäischen Vergleich liegen die inländischen Kreditinstitute damit im unteren Drittel – ähnlich den britischen, spanischen oder schwedischen Instituten. Die höchste Kernkapitalquote verzeichneten Kreditinstitute in Tschechien, Luxemburg und Estland. Interessanterweise sind die ostmitteleuropäischen Institute vergleichsweise gut kapitalisiert.

Auf der Aktivseite der Bankbilanz verringerten die Kreditinstitute 2011 bereits zum zweiten Mal ihren Bestand an Wertpapieren. Der aushaftende Betrag an Fremdwährungskrediten wurde trotz der starken Aufwertung des Schweizer Frankens etwas abgebaut. Bereinigt um Wechselkurseffekte sanken die Fremdwährungsausleihungen

deutlich. Dieser Rückgang wurde durch den Anstieg des Euro-Kreditvolumens mehr als ausgeglichen. Getragen wurde die Ausweitung der Darlehen durch die Schuldenaufnahme des öffentlichen Sektors. Hingegen bauten nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte ihre Schulden nur zurückhaltend auf. In einer Befragung durch die OeNB gaben Großunternehmen im Dezember niedrige Investitionsausgaben und ihre hohe Innenfinanzierungskraft als Gründe der schwachen Kreditnachfrage an. Der Finanzierungsbedarf der Privathaushalte dürfte wegen der gedämpften Wohnungsnachfrage trotz günstiger Finanzierungskosten niedrig sein. Die Kreditinstitute verschärfte die Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft in der zweiten Jahreshälfte leicht, für private Haushalte blieben die Bedingungen allerdings unverändert. Insgesamt waren 2011 kaum Hinweise auf eine Kreditklemme zu beobachten.

Diese Daten über die Ausweitung der Darlehen durch österreichische Kreditinstitute stehen im Widerspruch zu den Ergebnissen des Scoreboards der Europäischen Kommission²⁾. Gemäß dem Scoreboard überschritt der Indikator über die Verschuldung des privaten Sektors in Österreich 2011 den Schwellenwert. Eine detaillierte Analyse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung zeigt jedoch, dass dafür vorwiegend Darlehen innerhalb von Unternehmensgruppen bestimmend waren, die erst seit 2006 in der Finanzierungsrechnung erfasst sind.

Die Ertragslage der Kreditinstitute wurde durch die Niedrigzinspolitik der EZB gestützt. Günstige Refinanzierungsbedingungen bei der Zentralbank bildeten die Grundlage für die Steigerung des Nettozinsertrages. Alle anderen Komponenten der Betriebserträge waren im Vorjahresvergleich rückläufig. Die schwierigen Bedingungen auf dem Wertpapiermarkt drückten die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen und beeinträchtigten auch die Provisionserträge. Zwar stiegen die Betriebsaufwendungen mit +1,5% nur mäßig, dennoch entstand vor allem durch Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen ein Abschreibungsbedarf von 3,3 Mrd. €, der sich schließlich in einer Verminderung des EGT um 64% auf 1,7 Mrd. € niederschlug. Die Zunahme der Steuerbelastung des Kreditwesens durch die Einführung der Bankenabgabe hatte entsprechend negative Auswirkungen auf den erwarteten Jahresüberschuss (1,2 Mrd. €, -71,2% gegenüber dem Vorjahr). Der Return on Equity schrumpfte auf 1,7%. Im Kreditwesen waren in Österreich 2011 etwa 79.700 Personen beschäftigt, das entsprach 68.400 Vollzeitäquivalenten. Mit +1,4% gegenüber dem Vorjahr trug auch dieser Sektor zur allgemein hohen Beschäftigungsdynamik bei.

Thomas Url (Thomas.Url@wifo.ac.at)

Statistik: Ursula Glauninger (Ursula.Glauninger@wifo.ac.at)

Nach der deutlichen Erholung im Jahr 2010 verlangsamte sich das Wachstum der Warenexporte 2011. Maßgebend war dafür eine Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen, insbesondere die Abschwächung der Nachfrage aus dem Euro-Raum, Österreichs wichtigstem Exportmarkt, welcher durch die Schuldenkrise belastet war. Auch das Nachlassen des Welthandels (2011 +5,6%, nach +14,9% im Jahr 2010) verringerte die Wachstumsimpulse für den österreichischen Warenexport. Gemäß den vorläufigen Werten von Statistik Austria lag der Wert der österreichischen Ausfuhr mit 122,2 Mrd. € um 11,7% über dem Vorjahresergebnis und deutlich über dem Niveau der Vorkrisenjahre 2007 und 2008. Real erhöhten sich die Warenexporte 2011 um 7,5%. Die Warenimporte stiegen 2011 real ebenfalls um 7,5%, nominell um 15,1%. Die Importpreise erhöhten sich – insbesondere aufgrund der Energieverteuerung – wesentlich stärker als die Exportpreise, somit ergaben sich 2011 erneut Terms-of-Trade-Verluste. Die österreichische Warenaußenhandelsbilanz verschlechterte sich 2011 um über 4 Mrd. € auf ein Defizit von 8,6 Mrd. €³⁾.

²⁾ European Commission, Alert Mechanism Report, COM(2012) 68, Brüssel, 2012.

³⁾ Weitere Details zur Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels: FIW Kurzbericht Nr. 7 und FIW Spezial Nr. 4 (<http://www.fiw.ac.at/index.php?id=3>).

EU-Scoreboard deutet hohen Verschuldungsgrad des Privatsektors an

Eigenkapitalrendite 2011 merklich geschrumpft

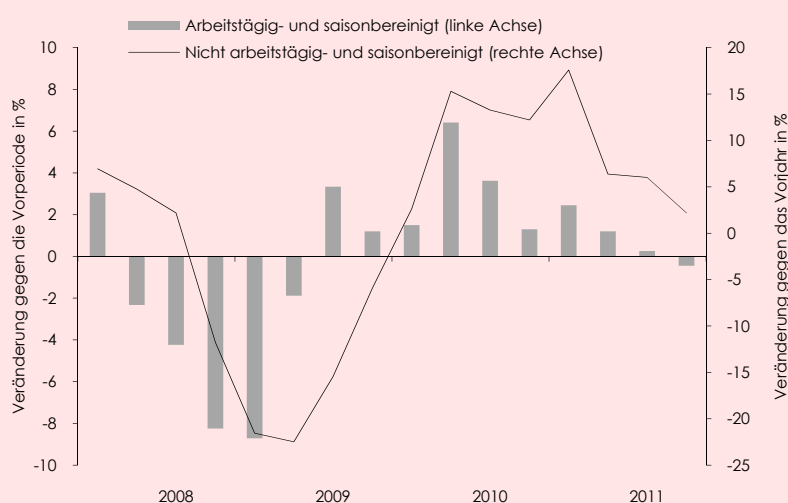
Abschwächung der Exportdynamik

Übersicht 10: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export				Import				Saldo		Terms-of-Trade ¹⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Werte	Real	Preise ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Werte	Real	Preise ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Werte	Veränderung gegen das Vorjahr	
	Mrd. €				Mrd. €				Mrd. €	Mrd. €	
2010	109,4	+16,7	+12,8	+ 3,5	113,7	+16,5	+10,3	+ 5,6	- 4,3	- 0,4	- 2,0
2011	122,2	+11,7	+ 7,5	+ 3,9	130,8	+15,1	+ 7,5	+ 7,0	- 8,6	- 4,3	- 2,9
2011, I. Quartal	29,9	+23,9	+18,1	+ 4,9	32,0	+26,3	+17,5	+ 7,5	- 2,1	- 0,9	- 2,4
II. Quartal	30,9	+12,3	+ 7,8	+ 4,2	32,5	+15,2	+ 7,0	+ 7,6	- 1,6	- 0,9	- 3,2
III. Quartal	30,5	+ 8,4	+ 4,5	+ 3,7	33,1	+13,2	+ 6,3	+ 6,5	- 2,6	- 1,5	- 2,6
IV. Quartal	30,9	+ 4,3	+ 1,2	+ 3,0	33,2	+ 7,5	+ 0,7	+ 6,7	- 2,3	- 1,0	- 3,4

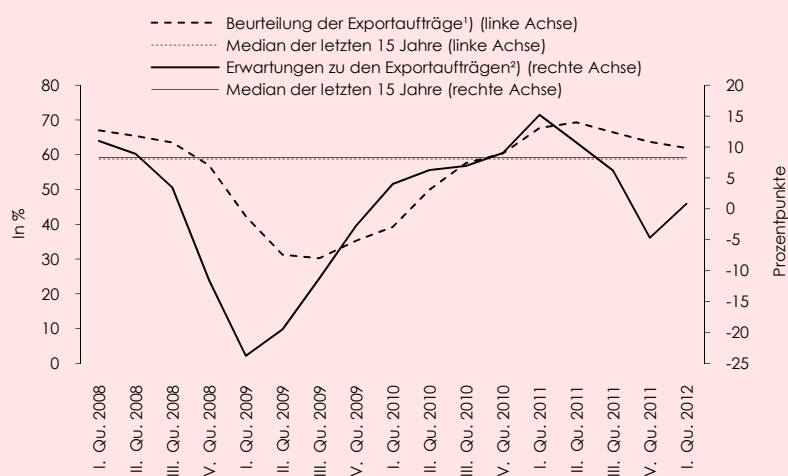
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Preise laut VGR.

Abbildung 3: Aktuelle Entwicklung der realen Warenexporte laut VGR



Q: WIFO-Berechnungen basierend auf Werten von Statistik Austria.

Abbildung 4: Beurteilung der Exportaufträge und Erwartungen der österreichischen Industrie



Q: WIFO-Konjunkturtest. – ¹⁾ Anteil der Unternehmen, die ihre Exportaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen. – ²⁾ Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten einen Anstieg der Exportaufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den nächsten 3 Monaten einen Rückgang der Exportaufträge erwarten.

Die Warenexportquote nahm 2011 erneut zu. Sie lag mit 40,5% des Bruttoinlandsproduktes leicht über dem Niveau des Jahres 2006, aber unter dem bisherigen Höchstwert aus dem Vorkrisenjahr 2007 (41,9%).

Parallel zum Konjunkturverlauf im Euro-Raum verlor der österreichische Warenexport 2011 an Schwung. Die zu Jahresbeginn noch sehr kräftige Dynamik (I. Quartal +23,9%) ließ im Laufe des Jahres nach, im IV. Quartal 2011 wurde ein Zuwachs der nominellen Warenausfuhr von nur mehr 4,3% verzeichnet.

Diese unterjährige Entwicklung spiegelt die Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen wider und zeigt sich auch in den realen Exportwerten laut VGR (Abbildung 3). Nach dem kräftigen realen Zuwachs im I. Quartal (+2,5% gegenüber dem Vorquartal) und einer weiteren Verlangsamung der Dynamik im II. und III. Quartal wies der reale Export im IV. Quartal sogar einen Rückgang von 0,4% auf.

Diese rückläufige Tendenz zeigt auch der WIFO-Konjunkturtest: Der Saldo zwischen dem Anteil der Unternehmen, welche einen Anstieg bzw. einen Rückgang der Exportaufträge erwarteten, sank ab dem II. Quartal ständig und unterschritt auch den langfristigen Durchschnitt (Median der letzten 15 Jahre). Der Anteil jener Unternehmen, welche ihre Exportaufträge als ausreichend oder mehr als ausreichend beurteilten, verringerte sich ebenfalls ab Mitte 2011. Gemäß den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2012 ist jedoch Anfang 2012 eine Verbesserung der Erwartungen der Auslandsauftragsbestände zu erkennen.

Übersicht 11: Entwicklung des Außenhandels nach Ländern und Regionen 2011

	Export		Import		Mrd. €	Saldo
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung in Mrd. €
Intra-EU 27	69,7	+ 10,4	71,3	+ 13,2	– 8,0	– 2,8
Intra-EU 15	53,6	+ 9,7	57,9	+ 11,7	– 10,2	– 2,1
Deutschland	31,1	+ 10,2	38,2	+ 11,2	– 11,8	– 1,5
Italien	7,6	+ 8,6	6,5	+ 10,6	0,8	– 0,1
Frankreich	4,1	+ 10,2	2,9	+ 16,5	1,3	– 0,1
12 neue EU-Länder	16,1	+ 12,9	13,4	+ 20,5	2,2	– 0,7
MOEL 5 ¹⁾	13,6	+ 13,1	12,1	+ 20,5	0,9	– 0,8
Tschechien	3,9	+ 15,1	3,7	+ 16,9	– 0,1	– 0,1
Ungarn	3,1	+ 12,4	2,8	+ 16,0	0,1	– 0,1
Polen	2,8	+ 24,5	1,9	+ 27,8	1,0	+ 0,1
Baltikum	0,3	+ 28,5	0,1	+ 14,5	0,2	+ 0,1
Bulgarien, Rumänien	2,0	+ 9,1	1,2	+ 19,1	1,0	± 0,0
Extra-EU 27	30,3	+ 14,7	28,7	+ 19,8	– 0,5	– 1,5
Extra-EU 15	46,4	+ 14,1	42,1	+ 20,0	1,6	– 2,2
EFTA	5,7	+ 14,8	6,0	+ 16,8	– 0,9	– 0,2
Schweiz	4,9	+ 15,1	5,4	+ 18,6	– 1,1	– 0,3
Andere MOEL ²⁾ , Türkei	6,4	+ 11,1	6,3	+ 34,0	– 0,4	– 1,3
Westbalkanländer ³⁾	1,9	+ 5,7	1,1	+ 22,3	0,9	– 0,1
GUS	3,6	+ 12,4	4,4	+ 40,7	– 1,5	– 1,2
Russland	2,4	+ 16,0	2,6	+ 45,8	– 0,4	– 0,7
Nordafrika ⁴⁾	0,5	– 12,8	0,5	– 31,8	– 0,1	+ 0,2
NAFTA	6,2	+ 24,5	3,3	+ 13,6	3,2	+ 1,0
USA	5,2	+ 29,0	2,9	+ 15,5	2,6	+ 0,9
Südamerika	1,4	+ 3,6	0,9	+ 9,9	0,5	± 0,0
Brasilien	0,8	+ 14,8	0,5	+ 18,6	0,4	± 0,0
Asien	6,3	+ 15,0	7,8	+ 11,8	– 2,5	– 0,1
Japan	1,1	+ 26,5	1,5	+ 10,1	– 0,7	+ 0,1
China	2,4	+ 4,0	4,9	+ 17,7	– 3,5	– 0,8
Indien	0,7	+ 24,9	0,4	+ 15,6	0,3	+ 0,1
6 dynamische Volkswirtschaften in Asien ⁵⁾	2,2	+ 20,7	1,6	+ 10,8	0,6	+ 0,3
Euro-Raum (17 Länder)	53,0	+ 9,2	58,7	+ 12,3	– 12,0	– 3,0
OPEC	1,7	+ 4,9	1,8	+ 40,9	– 0,3	– 0,6
BRIC ⁶⁾	6,3	+ 11,8	8,4	+ 25,1	– 3,3	– 1,4
Schwarzmeerregion ⁷⁾	1,8	+ 11,1	1,6	+ 14,3	0,1	± 0,0
Insgesamt	100,0	+ 11,7	100,0	+ 15,0	– 8,6	– 4,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Westbalkan, GUS. – ³⁾ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – ⁴⁾ Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia. – ⁶⁾ Brasilien, Russland, Indien, China. – ⁷⁾ Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine, Türkei.

Die Eintrübung der Konjunktur in Europa, insbesondere im Euro-Raum spiegelte sich 2011 in niedrigeren Zuwachsraten. Die Exporte in den Euro-Raum überstiegen das Vorjahresniveau um nur mehr 9,2%, jene in die südlichen Länder des Euro-Raumes sogar nur 5,6%. Die Ausfuhr in die besonders von der Schuldenkrise betroffenen Länder Griechenland (-14,7%) und Portugal (-5,9%) war bereits stark rückläufig. Die Bedeutung dieser beiden Länder für die gesamte österreichische Ausfuhr ist jedoch gering (Exportanteil Griechenland 0,4%, Portugal unter 0,3%). Die größten Nachfrageimpulse kamen 2011 einerseits aus den USA (+29,0%) und andererseits aus Asien. Hier entwickelten sich die Exporte nach Japan, Indien und in die sechs dynamischen Volkswirtschaften in Asien besonders dynamisch. Der stark unterdurchschnittliche Zuwachs der Ausfuhr nach China ergab sich aufgrund des Rückgangs im II. und III. Quartal 2011 gegenüber einem außergewöhnlich hohen Vorjahresniveau. Die Exporte in die 12 neuen EU-Länder entwickelten sich 2011 heterogen: Während die Ausfuhr ins Baltikum und nach Polen kräftig und jene nach Tschechien und Ungarn leicht überdurchschnittlich gesteigert wurde, fielen die Ergebnisse in Slowenien (+3,2%) und in der Slowakei (+6,3%) mäßig aus.

Den größten Wachstumsbeitrag lieferte weiterhin der Export nach Deutschland (trotz unterdurchschnittlicher Wachstumsrate, aber aufgrund der Marktgröße) und in die USA. Ein beachtlicher Wachstumsbeitrag – hier vor allem aufgrund der Dynamik – ergab sich im Warenexport nach Asien. Trotz der nachlassenden Nachfrage auf dem italienischen Markt – Italiens Wirtschaft schrumpfte bereits im III. und IV. Quartal – trug aufgrund des hohen Exportanteils von fast 8% auch die Ausfuhr nach Italien im Jahresdurchschnitt erheblich zum Exportwachstum bei (fast +0,7 Prozentpunkte). Wachstumsimpulse kamen weiters aus Polen, Tschechien, Frankreich und Ungarn.

Die Verlangsamung des Wachstums der Weltwirtschaft und das Nachlassen der Konjunkturdynamik in wichtigen Partnerländern Österreichs verringerten das Marktwachstum Österreichs von 11,4% im Jahr 2010 auf voraussichtlich 7,5% 2011. Die Lohnstückkosten sanken in der österreichischen Sachgütererzeugung 2011 um 4,5%; damit entwickelte sich die Lohnstückkostenposition in Österreich etwas günstiger als in Deutschland. In der Gesamtwirtschaft verschlechterte hingegen der Lohnstückkostenanstieg um 1,2% die Position im Vergleich zum wichtigsten Handelspartner Deutschland. Gemessen am real-effektiven Wechselkurs (Sachgütererzeugung und Gesamtwirtschaft +0,7%) waren leichte Einbußen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen, der nominell-effektive Wechselkurs signalisierte hingegen kaum eine Aufwertung (Industriewaren +0,0%, Gesamtwirtschaft +0,1%).

Nominell ergab sich anhand der Daten bis einschließlich September 2011 ein Rückgang des Weltmarktanteils der Exporte um 1,1%, im Jahr 2010 waren Einbußen von 10,2% zu verzeichnen gewesen. Die nominelle Marktanteilsentwicklung auf Dollarbasis kann jedoch durch Wechselkursentwicklungen verzerrt sein, da eine Euro-Aufwertung eine höhere Bewertung der österreichischen Exporte auf Dollarbasis in internationalen Statistiken bedeutet. Die mit einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit einhergehenden Mengenveränderungen treten jedoch meist mit Verzögerung ein. Diese Verzerrung durch Wechselkurseffekte lässt sich weitgehend ausschalten, indem man nur die Anteile am Export des Euro-Raumes betrachtet (Übersicht 12). Demnach gewannen die österreichischen Exporteure sowohl 2010 also auch 2011 Marktanteile. Gemessen am Weltexportmarktanteil (vorläufige Daten bis September 2011) verbesserte sich die Position insbesondere in den USA und in Indien, während sie sich in den fünf dynamischen Volkswirtschaften in Asien sowie in China verschlechterte (Übersicht 12). Einbußen waren auch in der Schweiz, in den Westbalkanländern und der GUS sowie in der Gruppe der 12 neuen EU-Länder zu verzeichnen; innerhalb dieser Region war die Entwicklung jedoch heterogen (etwa Zugewinne in Polen und Ungarn).

Kurz nach dem EU-Beitritt hatte ein längerfristiger Trend zur Handelsbilanzverbesserung eingesetzt; er dürfte seit dem Jahr 2007 gestoppt sein: Nach den Krisenjahren 2008 und 2009 war auch 2011 eine starke Verschlechterung der Handelsbilanz zu beobachten. 2011 betrug das Defizit 8,6 Mrd. € und war damit fast doppelt so hoch wie im Vorjahr. Der Großteil der Verschlechterung um 4,3 Mrd. € war dem Außenhandel innerhalb Europas zuzuschreiben. Allein auf den Warenaußenhandel mit der

Leichte Einbußen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit

Handelsbilanz deutlich verschlechtert

EU 15 entfiel eine Zunahme des Passivums um über 2 Mrd. €. Das Defizit im Warenhandel mit Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner Österreichs, stieg vom bereits hohen Niveau im Jahr 2010 (–10,3 Mrd. €) um 1,5 Mrd. €. Aber auch im Warenverkehr mit den 12 neuen EU-Ländern, mit der Region GUS-Europa und mit der EFTA verschlechterte sich der Saldo.

Übersicht 12: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

	Anteile am Export der Welt			Anteile am Export des Euro-Raums (17 Länder)		
	2010	2010	2011	2010	2010	2011
	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Jänner bis September	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Jänner bis September
Intra-EU 27	2,08	– 2,8	– 0,4	4,16	+ 1,4	+ 1,0
Intra-EU 15	1,80	– 2,5	+ 0,3	3,63	+ 1,9	+ 1,6
Deutschland	4,69	– 2,0	– 1,5	9,79	+ 1,4	+ 0,5
Italien	2,48	– 7,7	+ 2,3	5,37	– 1,9	+ 1,8
Frankreich	1,01	+ 6,4	+ 0,8	1,70	+ 9,1	+ 1,5
12 neue EU-Länder	4,13	– 6,1	– 5,6	7,80	– 2,4	– 3,9
MOEL 5 ¹⁾	4,71	– 5,1	– 4,0	8,30	– 1,4	– 3,0
Tschechien	5,16	– 3,3	– 7,1	8,13	+ 0,0	– 5,6
Ungarn	5,89	– 9,0	+ 2,0	10,89	– 5,8	+ 0,3
Polen	2,29	– 7,2	+ 6,3	3,97	– 3,5	+ 6,9
Baltikum	0,81	+ 0,8	– 4,1	2,49	– 0,0	+ 5,5
Bulgarien, Rumänien	3,93	– 13,2	– 9,8	7,98	– 9,2	– 9,5
Extra-EU 27	0,41	– 17,5	– 1,4	3,12	– 2,7	– 0,2
Extra-EU 15	0,64	– 14,7	– 1,6	4,09	– 1,2	– 0,9
EFTA	2,67	– 6,3	– 9,5	5,18	– 6,2	– 13,5
Schweiz	3,37	– 4,6	– 10,7	5,86	– 4,8	– 15,6
Andere MOEL ²⁾ , Türkei	1,74	– 13,1	– 6,1	5,02	– 3,9	– 5,4
Westbalkanländer ³⁾	5,82	– 9,1	– 4,3	11,05	+ 0,2	– 3,6
GUS	1,58	– 7,8	– 3,8	5,14	+ 1,8	– 4,0
Russland	1,73	– 14,0	– 2,6	4,71	+ 0,7	– 2,2
Nordafrika ⁴⁾	0,51	– 14,0	– 13,5	1,23	– 7,4	– 11,5
NAFTA	0,27	– 20,4	+ 11,2	2,56	– 2,4	+ 12,7
USA	0,29	– 21,0	+ 15,7	2,52	– 2,1	+ 16,5
Südamerika	0,33	– 10,6	– 6,9	2,73	– 1,7	– 3,4
Brasilien	0,58	– 16,8	– 1,1	3,27	– 6,6	+ 5,9
Asien	0,25	– 18,3	+ 0,5	2,82	– 2,0	+ 3,9
Japan	0,19	– 13,1	+ 4,3	2,92	+ 8,3	+ 12,5
China	0,26	– 10,4	– 5,4	2,95	+ 6,7	– 5,5
Indien	0,26	– 22,4	+ 18,6	2,47	– 6,9	+ 15,2
5 dynamische Volkswirtschaften in Asien ⁵⁾	0,18	– 9,3	– 0,4	2,86	+ 5,6	+ 2,9
Euro-Raum (17 Länder)	2,11	– 2,2	– 0,5	4,22	+ 2,1	+ 1,0
OPEC	0,45	– 25,4	– 6,9	2,09	– 14,0	+ 3,9
BRIC ⁶⁾	0,45	– 14,6	+ 1,0	3,47	+ 1,0	– 0,1
Schwarzmeerregion ⁷⁾	1,08	– 6,3	– 9,1	3,30	+ 0,1	– 8,2
Insgesamt	1,00	– 10,2	– 1,1	3,82	+ 0,4	+ 0,6

Q: IWF, DOT (Daten für EU-Länder am Eurostat-Konzept angelehnt); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Westbalkan, GUS. – ³⁾ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – ⁴⁾ Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Thailand, Malaysia; für Taiwan keine Daten verfügbar. – ⁶⁾ Brasilien, Russland, Indien, China. – ⁷⁾ Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Moldawien, Ukraine, Türkei.

Eine Ursache dieses erneuten Anstiegs des Warenverkehrsdefizits war die Verschlechterung der Terms-of-Trade durch die starke Energieverteuerung. Wie die Aufspaltung der Handelsbilanzveränderung 2011 in einen Mengen- und einen Preiseffekt zeigt, spielten Preiseffekte eine signifikante Rolle. Sie gehen vorwiegend von den Importen aus. So belastete die Preishausse auf den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten die Energierechnung 2011 erneut deutlich. Der österreichische Erdölimportpreis – die wichtigste Komponente im Energieimport – war 2011 auf Dollarbasis mit 112,5 \$ je Barrel um 40,1% höher als im Vorjahr. Auf Euro-Basis kostete Erdöl aufgrund der Euro-Aufwertung im Import um 33,9% mehr als im Vorjahr. Die importierte Menge stieg ebenfalls (+8,7%), sodass der Erdölimport in Summe um 45,5% über dem Vorjahresniveau lag. Aufgrund seiner Rohstoffarmut ist Österreich auf Brennstoff- und Energieimporte angewiesen, 2011 betrug der Importwert 15,7 Mrd. € (12%

aller österreichischen Warenimporte, 5,2% des BIP). Aufgrund der Steigerung des Importwertes um 28,8% verschlechterte sich die Handelsbilanz dieser Position (Brennstoffe und Energie) um über 2,8 Mrd. € auf ein Defizit von über 11 Mrd. €.

Abbildung 5: Österreichs Handelsbilanz

Mrd. €



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 13: Österreichs Energieimporte

		2008	2009	2010	2011	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %
			Absolut			
Erdöl						
Menge	1.000 t	7.946	7.428	6.770	7.357	+ 8,7
Wert	Mrd. €	4,1	2,4	3,0	4,4	+ 45,5
Preis	€ je t	517,5	329,0	450,3	603,0	+ 33,9
Erdöl und -produkte						
Menge	1.000 t	14.899	14.159	14.547	14.548	± 0,0
Wert	Mrd. €	9,1	5,8	7,7	9,7	+ 25,9
Preis	€ je t	608,7	409,9	530,4	668,0	+ 25,9
Erdgas						
Menge	1.000 TJ	389	408	474	506,1	+ 6,8
Wert	Mrd. €	2,9	2,2	2,9	3,8	+ 31,4
Preis	1.000 € je TJ	7,5	5,4	6,0	7,4	+ 23,1
Brennstoffe, Energie						
Wert	Mrd. €	14,3	9,8	12,2	15,7	+ 28,8
	in % des BIP	5,1	3,6	4,3	5,2	.
Anteile am Gesamtimport in %		12,0	10,1	10,7	12,0	.
Importpreis Erdöl						
\$ je Barrel		102,9	61,7	80,3	112,5	+ 40,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Wenngleich der Großteil der Handelsbilanzverschlechterung dem Bereich Brennstoffe und Energie zuzurechnen ist, trugen auch die Positionen Rohstoffe (insbesondere NE-Metalle –699 Mio. €, metallurgische Erze –516 Mio. €) und Transportmittel (Straßenfahrzeuge –532 Mio. €, andere Beförderungsmittel –387 Mio. €) deutlich dazu bei. Aufgrund der ungewöhnlich hohen Goldimporte (+34,0%) bei leicht rückläufigem Export von nicht monetärem Gold ergab sich in dieser Position 2011 ebenfalls eine Verschlechterung der Handelsbilanz um 612 Mio. €.

Übersicht 14: Entwicklung des Außenhandels nach Warengruppen 2011

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung in Mrd. €
Nahrungsmittel	7,2	+ 17,1	6,7	+ 11,0	- 0,1	+ 0,4
Rohstoffe	3,3	+ 8,1	5,1	+ 15,7	- 2,7	- 0,6
Holz	1,2	+ 1,9	1,0	+ 9,8	0,2	- 0,1
Brennstoffe	3,4	+ 17,8	12,0	+ 28,8	- 11,5	- 2,9
Chemische Erzeugnisse	12,8	+ 10,1	12,4	+ 11,9	- 0,6	- 0,3
Bearbeitete Waren	23,3	+ 13,3	16,4	+ 18,8	7,1	- 0,0
Papier	3,3	+ 7,6	1,5	+ 7,6	2,1	+ 0,2
Textilien	1,3	+ 7,3	1,3	+ 10,4	- 0,1	- 0,1
Eisen, Stahl	6,0	+ 21,1	3,2	+ 24,4	3,2	+ 0,5
Maschinen, Fahrzeuge	37,7	+ 11,3	31,7	+ 12,3	4,5	+ 0,1
Autozulieferindustrie	7,0	+ 14,5	4,4	+ 21,0	2,8	+ 0,1
Pkw	3,1	+ 24,1	5,3	+ 16,7	- 3,2	- 0,3
Konsumnahe Fertigwaren	11,5	+ 8,4	13,8	+ 9,5	- 4,1	- 0,5
Insgesamt	100,0	+ 11,7	100,0	+ 15,1	- 8,6	- 4,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Susanne Sieber (Susanne.Sieber@wifo.ac.at)Statistik: Gabriele Wellan (Gabriele.Wellan@wifo.ac.at)

Im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2011 verschlechterte sich die internationale Konjunkturlage beträchtlich; insbesondere spitzte sich die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum zu⁴). Aufgrund der relativ kräftigen Dynamik in der ersten Jahreshälfte war im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt 2011 mit +1,7% aber noch ein hohes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Da der Tourismus auf Konjunkturschwankungen im Allgemeinen verzögert reagiert, zeigt sich die Konjunktüreintrübung in Europa noch nicht in den internationalen Tourismusdaten des Jahres 2011. Im Jahresdurchschnitt dürften die internationalen Touristenankünfte in Europa mit etwa +6% gegenüber dem Vorjahr relativ kräftig gestiegen sein⁵). Gegenüber dem Jahr 2010 hat sich die Wachstumsrate damit verdoppelt.

Die Dynamik des europäischen internationalen Tourismus war wesentlich stärker als im weltweiten Durchschnitt (+4,4%). Weltweit erreichten die internationalen Touristenankünfte 2011 ein Volumen von 980 Mio., in Europa von 503 Mio. (laut UNWTO).

Unter den im Welttourismus wichtigen Regionen stiegen die internationalen Touristenankünfte am stärksten in Europa (+6,0%) vor Asien (einschließlich des pazifischen Raumes, +5,6%) sowie Amerika und der Karibik (+4,2%). In Afrika stagnierten die internationalen Touristenankünfte, im Nahen Osten sanken sie um 7,9%.

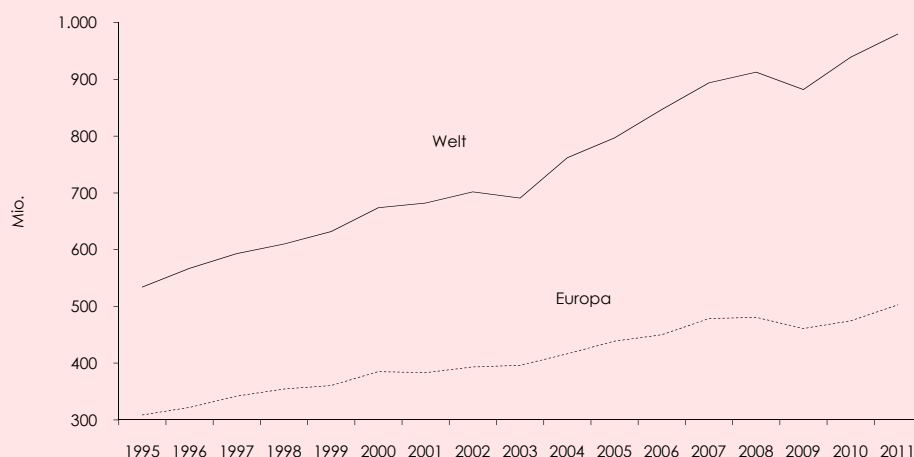
Im österreichischen Tourismus belebte sich die Nachfrage im Zuge des Konjunkturaufschwunges nach der Rezession 2009 schwächer als die anderen wirtschaftlichen Aktivitäten wie Konsum, Ausrüstungsinvestitionen und Warenexporte, sodass die Entwicklung der Tourismuswirtschaft gegenüber der Gesamtwirtschaft zurückblieb. Nach dem kräftigen Rückgang der Gesamtumsätze im Jahr 2009 (real -6,1%) war 2010 trotz der Konjunkturerholung eine weitere leichte Abnahme zu verzeichnen (real -0,4%). Auch 2011 blieben die Umsätze – entgegen der internationalen Entwicklung – etwas unter dem Vorjahresergebnis (-½%). Die realen Umsätze lagen damit weiter geringfügig unter dem Niveau im Rezessionsjahr 2009. Die Einnahmen im internationalen Reiseverkehr (Tourismusexporte) sanken 2011 real um rund ¼%, während in der EU insgesamt ein Anstieg um real etwa 5% verzeichnet wurde.

⁴) OECD, Economic Outlook, Paris, November 2011.

⁵) World Tourism Organization (UNWTO), World Tourism Barometer, 2012, Advance Release, Madrid, Jänner 2012.

Tourismus verliert weiterhin Marktanteile

Abbildung 6: Entwicklung der internationalen Touristenankünfte weltweit und in Europa



Q: World Tourism Organization (UNWTO).

Übersicht 15: Übernachtungen in Österreich nach der Herkunft

	2009	2010 In 1.000	2011	2010/11 Veränderung in % p. a.	Ø 2009/2011
Insgesamt	124.307	124.881	125.964	+ 0,9	+ 0,7
Inland	34.443	35.024	35.277	+ 0,7	+ 1,2
Ausland	89.864	89.857	90.687	+ 0,9	+ 0,5
EU 27 ¹⁾	79.706	78.767	78.211	- 0,7	- 0,9
EU 15 ¹⁾	72.873	71.838	70.874	- 1,3	- 1,4
Deutschland	48.857	48.156	47.390	- 1,6	- 1,5
Niederlande	9.452	9.071	8.899	- 1,9	- 3,0
Großbritannien	3.264	3.253	3.105	- 4,6	- 2,5
Italien	3.016	3.021	3.014	- 0,2	- 0,0
Belgien und Luxemburg	2.805	2.749	2.867	+ 4,3	+ 1,1
Frankreich	1.739	1.786	1.835	+ 2,7	+ 2,7
Dänemark	1.501	1.515	1.464	- 3,3	- 1,2
Schweden	690	755	747	- 1,1	+ 4,0
Spanien	617	666	741	+ 11,3	+ 9,6
Finnland	279	280	304	+ 8,3	+ 4,3
Griechenland	255	222	183	- 17,2	- 15,2
Irland	308	269	235	- 12,6	- 12,6
Portugal	90	94	90	- 4,3	+ 0,0
12 neue EU-Länder	6.833	6.930	7.337	+ 5,9	+ 3,6
Ungarn	1.499	1.510	1.598	+ 5,8	+ 3,2
Tschechien	1.955	1.972	2.079	+ 5,4	+ 3,1
Polen	1.386	1.423	1.519	+ 6,7	+ 4,7
Slowenien	310	317	355	+ 11,9	+ 7,0
Slowakei	424	465	499	+ 7,4	+ 8,5
Estland	61	68	59	- 13,3	- 1,4
Lettland	59	55	63	+ 14,0	+ 3,1
Litauen	105	93	97	+ 3,9	- 3,9
Zypern	28	30	25	- 18,1	- 6,6
Malta	17	22	22	+ 0,3	+ 12,9
Bulgarien	146	151	169	+ 12,1	+ 7,6
Rumänien	841	823	854	+ 3,7	+ 0,7
Schweiz und Liechtenstein	3.642	3.797	4.277	+ 12,6	+ 8,4
Übersee	2.010	2.200	2.231	+ 1,4	+ 5,4
USA	1.110	1.243	1.203	- 3,2	+ 4,1
Japan	407	412	438	+ 6,2	+ 3,7
Australien und Neuseeland	285	315	343	+ 9,0	+ 9,7
Kanada	207	229	247	+ 7,8	+ 9,1
China	222	267	370	+ 38,2	+ 29,0
Indien	97	110	159	+ 43,7	+ 28,0
Russland	969	1.195	1.501	+ 25,6	+ 24,5

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Österreich.

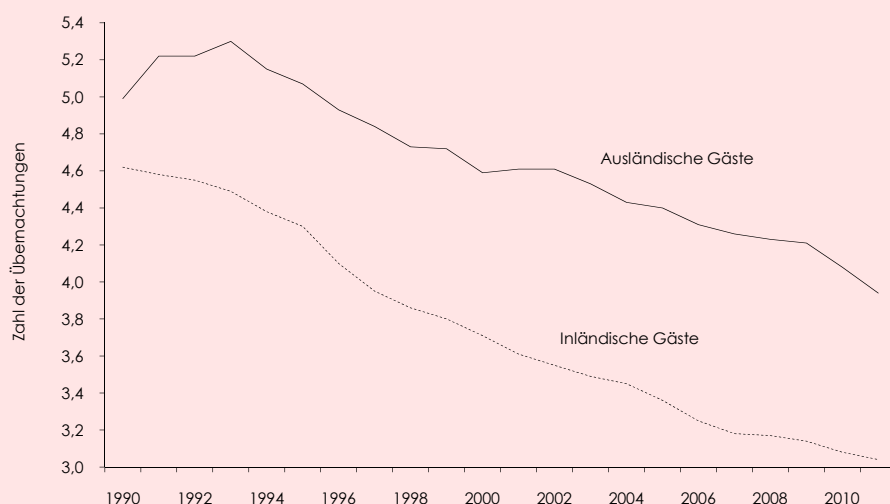
Auch die Nächtigungsentwicklung verlief ungünstig: So lag das Nächtigungsvolumen 2011 zwar um 1,3% über dem Niveau im Rezessionsjahr 2009, die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr blieb aber mit knapp 1% weit unter dem EU-Durchschnitt (laut Eurostat +4%) sowie unter dem Wirtschaftswachstum in Österreich und im Ausland⁶⁾. Österreich gehörte damit zu den EU-Ländern mit der schwächsten Nächtigungsentwicklung⁷⁾.

Im Kalenderjahr 2011 nahm die Nächtigungsnachfrage der inländischen Gäste um 0,7% zu, jene der ausländischen Gäste stieg mit +0,9% geringfügig stärker. Von den für Österreich wichtigen Herkunftsmärkten entwickelten sich die Übernachtungszahlen der Gäste aus Russland (+25,6%), der Schweiz (+12,6%), Polen (+6,7%), Ungarn (+5,8%), Tschechien (+5,4%), Belgien (+4,3%), Rumänien (+3,7%) und Frankreich (+2,7%) überdurchschnittlich. Ein Rückgang ergab sich für Großbritannien (-4,6%), Dänemark (-3,3%), die USA (-3,2%), die Niederlande (-1,9%), Deutschland (-1,6%) und Schweden (-1,1%). Die Nächtigungen der Reisenden aus Italien stagnierten.

Das Jahr 2011 war durch einen weiteren deutlichen Rückgang der Aufenthaltsdauer gekennzeichnet (Abbildung 7). Mit Ausnahme der Entwicklung im Burgenland und in Oberösterreich war die Tendenz in allen Bundesländern rückläufig.

Zwischen tourismusintensiven und tourismusextensiven Bundesländern sowie zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zeigten sich 2011 erhebliche Entwicklungsunterschiede. So verzeichneten die tourismusextensiven Bundesländer Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und Wien (nicht jedoch das Burgenland) relativ kräftige Zuwachsraten, während die Nächtigungen in den tourismusintensiven Bundesländern Tirol, Vorarlberg und Salzburg (nicht jedoch in Kärnten) stagnierten oder rückläufig waren. Die deutlichen Wachstumsdifferenzen zwischen den Landeshauptstädten und den ländlichen Gebieten verringerten sich zwar 2011, das Wachstum war aber in den Städten noch immer um rund 4 bis 5 Prozentpunkte höher als in den ländlichen Regionen (gegenüber etwa rund 9 Prozentpunkten im Jahr 2010). Insbesondere in Wien, Graz, Salzburg, Linz und Klagenfurt wuchs der Tourismus kräftig.

Abbildung 7: Entwicklung der Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen in Österreich



Q: Statistik Austria.

⁶⁾ European Travel Commission (ETC), "European Tourism 2011 – Trends & Prospects", Quarterly Report, 2011, (Q4), S. 3.

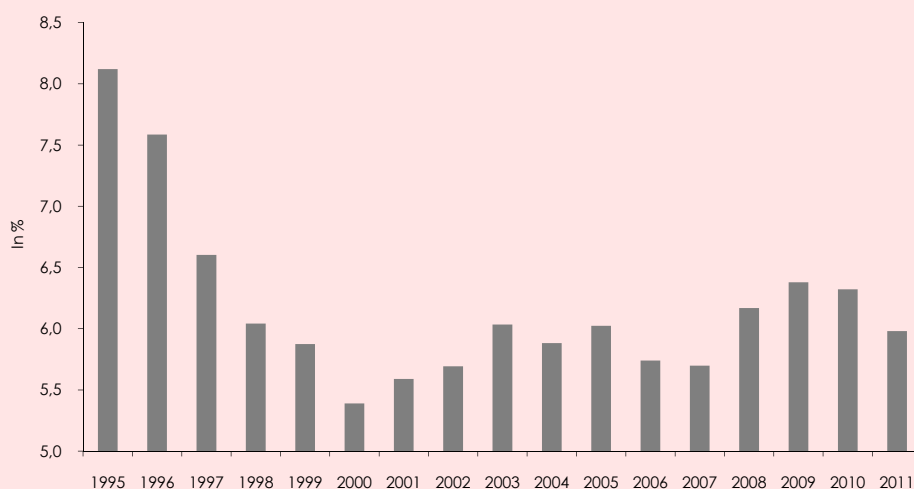
⁷⁾ travel tribune, "Der Nachrichtendienst für die Tourismuswirtschaft", 2012, (6).

Ähnlich wie 2010 entwickelten sich die Nächtigungen in der Sommersaison 2011 (mit einer mäßigen Steigerung) günstiger als in der Wintersaison 2010/11. Der geringfügige Rückgang gegenüber dem Vorjahr in der Wintersaison war auf die Verringerung der Nachfrage ausländischer Gäste zurückzuführen. Auch die nominellen Umsätze folgten weitgehend diesem Saisonmuster. In der Wintersaison übertrafen sie das Vorjahresniveau jedoch leicht, in der Sommersaison nahmen sie etwas deutlicher zu.

Im internationalen Vergleich verlor der österreichische Tourismus 2011 gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 15 Marktanteile. Nach geringfügigen Zugewinnen im Jahr 2009 waren 2010 mäßige Einbußen zu verzeichnen, die sich 2011 deutlich verstärkten (Abbildung 8). 2011 lag der österreichische Marktanteil mit rund 6% um nur mehr 0,6 Prozentpunkte über dem bisherigen Tiefstwert im Jahr 2000.

Abbildung 8: Österreichs Marktanteil am internationalen Tourismus

Gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 15



Q: IWF, OeNB, UNWTO, WIFO, wiiw. Ohne internationalen Personentransport.

Tourismus bleibt wichtige gesamtwirtschaftliche Wertschöpfungskomponente

Einschließlich aller direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte erwirtschaftete der Tourismus 2010 laut dem aktuellen Tourismus-Satellitenkonto 21,50 Mrd. € (+2,9%) und trug damit 7,5% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP) bei⁸⁾. 2011 dürfte diese Kenngröße mit 7,4% leicht darunter gelegen sein. Aus dem nichttouristischen Freizeitkonsum der Österreicher und Österreicherinnen am Wohnort ergaben sich weitere direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 20,94 Mrd. € (+4,5%, 7,3% der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung). Auch dieser Indikator dürfte 2011 etwas niedriger gewesen sein (7,2%).

Die Gesamtbetrachtung der inlandswirksamen Aufwendungen für den nichttouristischen Freizeitkonsum am Wohnort und den touristischen Konsum zeigt die hohe Bedeutung der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich:

- Die direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte erreichten 2010 insgesamt 42,44 Mrd. € (+3,7% gegenüber dem Vorjahr).
- Damit blieb der Beitrag der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft zum BIP 2010 mit 14,8% weitgehend unverändert.
- 2011 war das geschätzte Gewicht des Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung etwas niedriger als im Jahr davor.

⁸⁾ Laimer, P., Ostertag-Sydler, J., Smeral, E., Ein Tourismus-Satellitenkonto für Österreich. Methodik, Ergebnisse und Prognosen für die Jahre 2000 bis 2012, Studie von Statistik Austria und WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, Wien, 2012.

Unter Berücksichtigung aller von der Tourismusnachfrage ausgelösten direkten und indirekten Effekte ergab sich für das Jahr 2010 ein Beschäftigungsvolumen von rund 344.300 Vollzeitäquivalenten. Der Beitrag des Sektors zur Gesamtbeschäftigung (Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten) betrug demnach wie im Vorjahr 9,9%.

Für eine erweiterte Sicht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Beschäftigungseffekte der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft muss auch der nichttouristische Freizeitkonsum am Wohnort mit einbezogen werden. Die Berechnungen ergaben direkte und indirekte Beschäftigungseffekte des nichttouristischen Freizeitkonsums von etwa 287.300 Vollzeitäquivalenten (8,2% der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung).

Insgesamt waren der Tourismus- und Freizeitwirtschaft im Jahr 2010 direkt und indirekt rund 631.600 Vollarbeitsplätze zuzurechnen; der Sektor generiert somit knapp ein Fünftel der Vollarbeitsplätze in Österreich.

Egon Smeral (Egon.Smeral@wifo.ac.at)

Statistik: Susanne Markytan (Susanne.Markytan@wifo.ac.at)

Tourismus als bedeutender Beschäftigungsgenerator

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 schien 2010 überwunden zu sein, doch kam kein selbsttragender Aufschwung in Gang. Vielmehr entstand eine Krise des Vertrauens in die öffentlichen Finanzen, deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung im Laufe des Jahres 2011 immer mehr sichtbar wurden.

Da die privaten Haushalte ihre Konsumpläne an Einkommensänderungen sinnvoller Weise erst anpassen, wenn sie diese als dauerhaft erachten, entwickelt sich die Konsumquote (Konsumausgaben in Prozent des Einkommens) normalerweise antizyklisch. Sie steigt in Phasen schwacher Konjunktur, weil die Haushalte ihre Ausgaben nicht so deutlich einschränken, wie es der Einkommensentwicklung entspräche, und sinkt in Phasen guter Konjunktur, weil sich die vorübergehend starken Einkommenszuwächse nicht voll in Verbrauchsausgaben niederschlagen. Dadurch stabilisiert der private Konsum die Wirtschaftsentwicklung im Konjunkturverlauf. In wirtschaftlich schwierigen Phasen kommt den privaten Konsumausgaben daher besondere Bedeutung zu.

Ein Einbruch wie die Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 kann jedoch ein Vorsichtssparen der privaten Haushalte auslösen. Um sich gegen künftige Einkommensverluste abzusichern, insbesondere wenn der Verlust des Arbeitsplatzes droht, können die Haushalte mit vermehrtem Sparen reagieren, sodass der Abschwung zusätzlich verschärft wird. Nach einer Studie des Internationalen Währungsfonds⁹⁾ erhöhte sich die Sparquote¹⁰⁾ in früheren schweren Finanzmarktkrisen innerhalb von zwei Jahren durchschnittlich um 5 Prozentpunkte.

Ein solcher Rückgang der Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte kann nicht zuletzt durch Gegensteuern der öffentlichen Hand verhindert werden. Die aktive konjunkturpolitische Gegensteuerung im In- und Ausland konnte in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte beeinflussen und trug so erheblich zur Vermeidung von Unsicherheit bei. In Österreich wurden – im Gegensatz zu den meisten EU-Ländern – die Konsumausgaben stabilisiert und Vorsichtssparen hintangehalten. Die Konsumquote stieg von 88,6% im Jahr 2008 auf 92,2% im Jahr 2010. Waren 2008 88,6% des Einkommens der privaten Haushalte in private Verbrauchsausgaben geflossen, so waren es 2010 92,2%. Durch diesen außerordentlich starken Anstieg der Konsumquote wurde die Wirtschaftsentwicklung in Österreich in der Krise gestützt.

Konsum wichtige Stütze der Wirtschaftsentwicklung

⁹⁾ Siehe dazu Leoni, Th., Marterbauer, M., Tockner, L., "Die stabilisierende Wirkung der Sozialpolitik in der Finanzmarktkrise", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(3), S. 187-198, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/41406>.

¹⁰⁾ Das Sparen besteht laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus dem nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens und den im laufenden Jahr erworbenen betrieblichen Pensionsansprüchen. Die volkswirtschaftliche Sparquote als Pendant zur Konsumquote setzt dieses so definierte Sparen in Relation zum verfügbaren Einkommen.

Sparquote weiter gesunken – Stabiles Konsumwachstum

Im Durchschnitt des Jahres 2011 expandierte die österreichische Wirtschaft relativ kräftig. Der Investitionszyklus war im Jahr 2010 in Gang gekommen, verlor aber bereits Mitte 2011 wieder an Kraft. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden durch die hohe Inflation gedämpft: Trotz raschen Beschäftigungswachstums nahmen die real verfügbaren Haushaltseinkommen kaum zu (2011 +0,2%).

Die privaten Haushalte gaben in Österreich im Jahr 2011 gut 161 Mrd. € für Zwecke des privaten Konsums aus, um 3,5% mehr als ein Jahr davor (Übersicht 16). Deflatiert mit dem Deflator des privaten Konsums ergibt sich eine reale Konsumsteigerung von 0,6%. Dieses Konsumwachstum konnte aufgrund der schwachen Realeinkommensentwicklung nur durch einen weiteren Anstieg der Sparquote bzw. Rückgang der Sparquote erreicht werden. Nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria verringerte sich die Sparquote im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2011 deutlich, nachdem sie schon in den Vorjahren merklich gesunken war. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu den oben genannten Ergebnissen einer Studie des Internationalen Währungsfonds. Der starke Anstieg der Konsumquote bzw. Rückgang der Sparquote ist neben beschäftigungssichernden Maßnahmen, die der Arbeitslosigkeit entgegenwirkten, auch in Zusammenhang mit der Zusammensetzung des Haushaltseinkommens zu sehen: Seit Ausbruch der Krise wird das Wachstum der gesamten Haushaltseinkommen nicht mehr in erster Linie von den Vermögens- und Selbständigeneinkommen sowie Betriebsüberschüssen, sondern von den Arbeitnehmerentgelten getragen, der Kategorie mit der höchsten Konsumneigung¹⁾.

Übersicht 16: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1997/2002	+ 3,1	+ 1,9	+ 3,0	+ 1,9	+ 0,0
Ø 2002/2007	+ 3,8	+ 1,7	+ 4,7	+ 2,5	- 0,8
2008	+ 3,0	+ 0,8	+ 3,0	+ 0,9	- 0,0
2009	+ 0,3	- 0,3	- 1,1	- 1,7	+ 1,5
2010	+ 4,3	+ 2,2	+ 1,7	- 0,3	+ 2,5
2011	+ 3,5	+ 0,6	+ 3,1	+ 0,2	+ 0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

2011 wuchs der private Konsum in Österreich stärker als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,2%), jedoch schwächer als in Deutschland (+1,5%), wo die Ausgaben der privaten Haushalte 2011 deutlich zunahmen, nachdem sie in den letzten Jahren nur mäßig gestiegen waren.

In Österreich expandierte der Konsum im Jahresverlauf ziemlich stetig. Er übertraf im 1. Halbjahr das Vorjahresniveau um 0,9%, im zweiten um 0,3%. Konjunktur- und trendbedingt nahm die Nachfrage der privaten Haushalte pro Quartal um 0,2% zu.

Die geringe Sparneigung der privaten Haushalte zeigt sich auch in der Entwicklung des Geldvermögens, das 2011 durch einen empfindlichen Rückgang auf den Aktienmärkten beeinflusst wurde.

Nach Daten der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der OeNB investierten die privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) von Jänner bis September 2011 7,8 Mrd. € in Finanzanlagen, um nur 0,6 Mrd. € mehr als im Vergleichszeitraum 2010 (Übersicht 17). Die Veranlagungsstruktur veränderte sich gegenüber dem Vorjahr (Abbildung 9): Die privaten Anleger investierten wesentlich mehr als 2010 in Bankeinlagen und nahmen nach Angaben der OeNB bei den meisten Einlagenprodukten sogar eine negative Realverzinsung in Kauf. Deutlich geringeres Interesse hatten sie an Wertpapieren; dafür waren vor al-

¹⁾ Fenz, G., Fritzer, F., Gnan, E., Holler, J., Köhler-Töglhofer, W., Mooslechner, P., Reiss, L., Schneider, M., Stiglbauer, A., "Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2011 bis 2013", Geldpolitik & Wirtschaft, 2011, (Q4/11).

lem die beträchtlichen Aktienkursverluste im III. Quartal bestimmend sowie eine schwache Nachfrage nach neuen Produkten aufgrund einer allgemeinen Verunsicherung. Das gesamte Wertpapierportefeuille entsprach nach Angaben der OeNB zum aktuellen Marktwert von Ende September nur dem Niveau vom März 2010. Ebenfalls geringer als in den ersten drei Quartalen 2010 war die Zunahme der privaten Ansprüche aus Lebensversicherungen und gegenüber betrieblichen und überbetrieblichen Pensionskassen.

Übersicht 17: Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

	2009	2010	2009	2010	2011
			Mio. €	I. bis III. Quartal	
Geldvermögensbildung	15.279	12.094	14.009	7.199	7.835
Bargeld und Einlagen	8.897	2.032	8.841	1.156	3.816
Wertpapiere	- 237	915	- 484	315	1.573
Börsennotierte Aktien	661	1.231	630	201	267
Investmentzertifikate	948	2.901	126	1.461	- 1.323
Versicherungssparprodukte	4.481	4.264	4.215	3.501	2.491
Lebensversicherungen	2.856	2.969	2.664	2.330	1.220
Finanzierung	737	1.426	188	959	2.457
Nach der Laufzeit					
Kurzfristige Kredite	- 388	533	- 129	178	- 1.023
Langfristige Kredite	1.450	660	672	864	3.314
Nach dem Zweck					
Wohnbaukredite	1.888	2.274	1.102	1.541	2.475
Konsumkredite	- 842	- 912	- 186	- 390	- 644
Sonstige Kredite	16	- 169	- 372	- 109	461
Finanzierungssaldo	14.542	10.668	13.822	6.239	5.380

Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Abbildung 9: Struktur der Veranlagungen des privaten Haushaltssektors

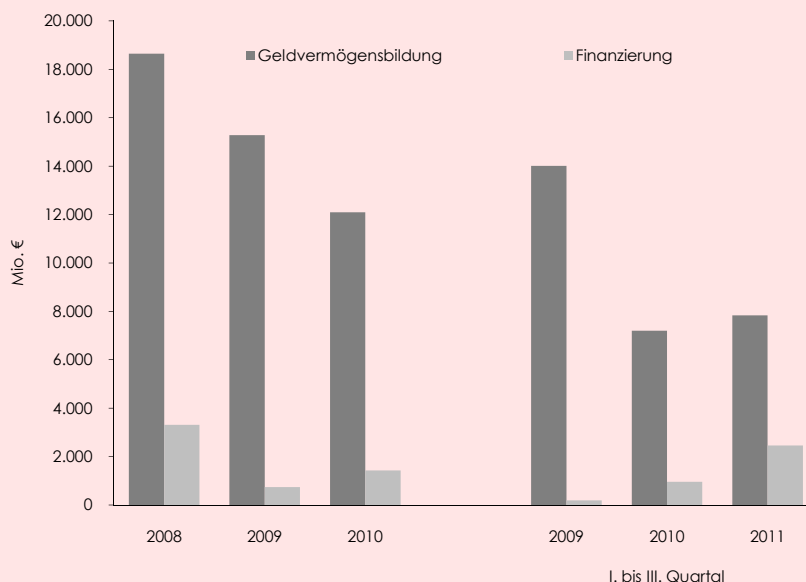
Transaktionen



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Dagegen erhöhte sich die Neuverschuldung der privaten Haushalte 2011 wieder, nach einer sehr schwachen Kreditausweitung in den Jahren 2009 und 2010 (Abbildung 10). Die Nettoposition aus Geldvermögen abzüglich der Verbindlichkeiten lag Ende September 2011 mit 302,7 Mrd. € nur auf dem Niveau vom September 2010, was die oben aufgezeigte geringe Sparneigung der privaten Haushalte im Jahr 2011 widerspiegelt.

Abbildung 10: Vermögensaufbau und Verschuldung des privaten Haushaltssektors
Transaktionen



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Lebhafte Pkw-Nachfrage bei Eintrübung der Konsumentenstimmung

Überdurchschnittlich wuchs 2011 die relativ konjunkturresistente Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (Pkw, Möbel, elektrotechnische Erzeugnisse usw.; Übersicht 18). Der hohe Preis je Kaufeinheit dieser Güter erfordert in der Regel eine Anspar- und/oder Verschuldungsphase, sodass die Nachfrage relativ stark auf Einkommensschwankungen sowie auf Stimmungsänderungen reagiert.

Übersicht 18: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 1997/2002	Ø 2002/2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 0,5	+ 1,5	- 1,9	+ 0,1	+ 2,1	+ 3,0
Tabakwaren, alkoholische Getränke	+ 1,5	+ 0,7	- 0,9	- 0,3	+ 0,7	- 3,4
Bekleidung, Schuhe	+ 0,4	+ 1,8	- 1,1	- 1,9	+ 7,5	- 3,5
Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 1,6	+ 1,3	+ 3,0	- 1,4	+ 1,2	+ 1,1
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	+ 1,0	+ 2,7	+ 0,1	- 2,2	+ 2,8	+ 0,4
Gesundheitspflege	+ 2,0	+ 0,7	- 1,2	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,6
Verkehr	+ 0,9	+ 0,2	- 1,0	- 0,6	+ 4,6	+ 2,7
Nachrichtenübermittlung	+ 17,1	+ 5,3	+ 5,7	- 3,2	- 4,5	- 1,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 4,4	+ 4,1	+ 4,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,0
Bildungswesen	- 1,6	+ 1,1	+ 1,4	- 9,1	+ 3,1	+ 0,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 2,9	+ 2,7	- 0,7	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,8
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,2	- 1,6	+ 1,4	+ 0,0
Ausgaben von Gebietsansässigen im Ausland	- 0,2	- 0,6	- 3,0	+ 2,3	- 1,7	- 5,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 4,6	- 0,1
Privater Konsum insgesamt	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,8	- 0,3	+ 2,2	+ 0,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,7	+ 4,0	+ 3,8	+ 0,9	+ 5,8	+ 0,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die günstige Entwicklung dieser Kategorie war vor allem auf die kräftige Zunahme der Ausgaben für Pkw zurückzuführen (+2,3%), während die Nachfrage nach den anderen dauerhaften Konsumgütern real stagnierte. Nicht zuletzt die Verschlechterung des Konsumklimas dämpfte im 2. Halbjahr 2011 die Nachfrage nach Pkw. Nach einer von der Europäischen Kommission geförderten Erhebung von GfK Austria (Gesellschaft für Konsumforschung) ging der saisonbereinigte Vertrauensindex¹²⁾ in der zweiten Jahreshälfte 2011 um 13% zurück (Abbildung 11).

Abbildung 11: Entwicklung des saisonbereinigten Vertrauensindex



Q: Eurostat. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur künftigen finanziellen Situation des Haushalts, zur Möglichkeit Geld zu sparen, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit (mit umgekehrtem Vorzeichen). Saisonbereinigung mit dem von Eurostat entwickelten Programm Dainties.

Die Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter (Güter des täglichen Bedarfs) entwickeln sich im Konjunkturverlauf eher gleichmäßig und prägen die konjunkturstabilisierende Wirkung des Konsums; sie nahmen 2011 real um 0,6% zu.

Der österreichische Handel verzeichnete im Jahr 2011 einen recht unterschiedlichen Umsatzverlauf. Dem hohen realen Zuwachs im Kfz-Handel standen eine mäßige Steigerung im Großhandel (ohne Kfz) und ein Rückgang im Einzelhandel (ohne Kfz) gegenüber (Übersicht 19).

Aufgrund der enormen Steigerung der Kfz-Neuzulassungen verzeichnete der Kfz-Handel einen äußerst günstigen Geschäftsgang. Er setzte 2011 27,8 Mrd. € um, nominell um 8,1% und real um 7,2% mehr als ein Jahr zuvor. Noch mehr als die privaten Haushalte trug die Investitionsnachfrage der Unternehmen zu diesem Ergebnis bei. Die gute Liquiditätslage wurde in diesem Bereich offenbar genutzt, um den Fuhrpark zu erneuern.

Der Geschäftsgang des Einzelhandels wird bestimmt von den einzelhandelsrelevanten Ausgaben der Bevölkerung im Inland¹³⁾ und jenen der ausländischen Gäste in Österreich. Beide Komponenten entwickelten sich 2011 mäßig. Die kräftige Nachfrage nach Pkw ließ jedoch gewisse negative Effekte auf die Expansion der anderen Einzelhandelsbranchen erwarten. Der Einzelhandel (ohne Kfz) setzte 2011 57,1 Mrd. €

Überaus günstiger Geschäftsgang im Kfz-Handel

¹²⁾ Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten zu den Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit (mit umgekehrtem Vorzeichen) sowie zum Sparen in den nächsten 12 Monaten.

¹³⁾ Im Gegensatz dazu enthalten die Konsumausgaben der Bevölkerung deren Ausgaben im In- und Ausland.

um, nominell um 2,5% mehr, real jedoch um 1,1% weniger als 2010. Einem realen Zuwachs im Einzelhandel mit EDV-Geräten stand ein Rückgang im Handel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen gegenüber.

Übersicht 19: Entwicklung der Umsätze im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Nominell</i>				
2009	- 5,5	- 3,0	- 9,5	+ 1,1
2010	+ 7,6	+ 4,4	+ 10,4	+ 4,1
2011	+ 4,7	+ 8,1	+ 4,9	+ 2,5
1. Halbjahr	+ 7,8	+ 10,7	+ 9,5	+ 3,0
2. Halbjahr	+ 1,8	+ 5,8	+ 0,7	+ 2,0
I. Quartal	+ 9,1	+ 13,6	+ 12,0	+ 1,9
II. Quartal	+ 6,5	+ 8,2	+ 7,4	+ 4,0
III. Quartal	+ 2,3	+ 5,2	+ 1,8	+ 1,9
IV. Quartal	+ 1,3	+ 6,4	- 0,3	+ 2,0
<i>Real</i>				
2009	- 1,8	- 4,4	- 2,7	+ 1,4
2010	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,5	+ 2,3
2011	+ 1,1	+ 7,2	+ 0,9	- 1,1
1. Halbjahr	+ 2,9	+ 9,8	+ 3,1	- 0,7
2. Halbjahr	- 0,5	+ 4,6	- 1,2	- 1,6
I. Quartal	+ 3,8	+ 13,0	+ 4,5	- 1,7
II. Quartal	+ 2,1	+ 7,2	+ 1,8	+ 0,2
III. Quartal	- 0,8	+ 4,1	- 1,5	- 1,6
IV. Quartal	- 0,4	+ 5,1	- 1,0	- 1,5

Q: Statistik Austria.

Der Großhandel setzte 2011 113,5 Mrd. € um, nominell um 4,9% und real um 0,9% mehr als 2010. Aufgrund der in der ersten Jahreshälfte noch lebhaften Investitionsnachfrage wurde der Handel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör ausgeweitet, ebenso jener mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, während der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren empfindliche Einbußen erlitt.

Übersicht 20: Preise und Beschäftigung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Preise (Ø 2005 = 100)</i>				
2009	- 4,0	+ 1,4	- 7,0	- 0,3
2010	+ 3,6	+ 0,4	+ 5,5	+ 1,7
2011	+ 3,6	+ 0,9	+ 4,1	+ 3,7
1. Halbjahr	+ 4,8	+ 0,7	+ 6,3	+ 3,7
2. Halbjahr	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,0	+ 3,7
I. Quartal	+ 5,2	+ 0,5	+ 7,2	+ 3,7
II. Quartal	+ 4,3	+ 0,9	+ 5,4	+ 3,8
III. Quartal	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,3	+ 3,7
IV. Quartal	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 3,6
<i>Beschäftigung</i>				
2009	- 1,2	- 1,7	- 1,9	- 0,6
2010	+ 0,6	+ 1,1	- 0,1	+ 0,8
2011	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3
1. Halbjahr	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6
2. Halbjahr	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,0
I. Quartal	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,4
II. Quartal	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,8
III. Quartal	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2
IV. Quartal	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,8

Q: Statistik Austria.

Insgesamt setzte der Handel 2011 nominell um 4,7% und real um 1,1% mehr um als ein Jahr zuvor. Die Beschäftigung nahm im Handel 2011 um 1,3% zu, leicht überdurchschnittlich im Einzelhandel (ohne Kfz). Die Produktivität gemessen als realer Umsatz je Arbeitskraft dürfte 2011 stabil geblieben sein, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die Beschäftigungsausweitung im Einzelhandel (ohne Kfz) überwiegend auf Teilzeitbasis erfolgte.

Die Preise stiegen im Handel 2011 um 3,6%, überdurchschnittlich im Großhandel (+4,1%, insbesondere wegen Verteuerung von landwirtschaftlichen Grundstoffen), unterdurchschnittlich im Kfz-Handel (+0,9%).

Michael Wüger (Michael.Wueger@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

Die Inflationsrate erreichte im Jahresdurchschnitt 2011 auf Basis des Verbraucherpreisindex 3,3% (2009 +0,5%, 2010 +1,9%). Von knapp 2½% zu Jahresbeginn verstärkte sich der Preisauftrieb auf gut 3½% im Herbst und verlangsamte sich bis Februar 2012 auf 2,6%. Diese Entwicklung geht in erster Linie auf die Verteuerung von Mineralölprodukten zurück (+18,1%, Inflationsbeitrag 0,8 Prozentpunkte). Daneben trugen verarbeitete Nahrungsmittel (+4,7%) mit 0,5 Prozentpunkten, Tourismusdienstleistungen (Restaurants, Hotels, Flugreisen; +4,4%) mit 0,5 Prozentpunkten und Wohnungskosten (Ausgaben für Mieten und Wohnnebenkosten, Wohnungsinstandhaltung; +2,3%) mit 0,3 Prozentpunkten wesentlich zum Preisauftrieb bei (Übersicht 21, Abbildungen 12 bis 14). Dies schlägt sich auch in einem deutlichen Anstieg der Kerninflation (definiert als Gesamtinflation ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie, gemäß VPI) gegenüber dem Vorjahr von 1,2% auf 2,5% nieder.

Inflationsverlauf durch Mineralölprodukte und Tourismusdienstleistungen geprägt

Übersicht 21: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3
Kerninflationsrate des VPI ¹⁾	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,5
Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH)	+ 2,6	+ 3,4	+ 0,9	+ 2,0	+ 3,4
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 5,0	+ 6,1	- 0,2	+ 0,6	+ 3,8
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 2,8	+ 7,9	- 3,4	+ 3,4	+ 6,7
Gebühren und Tarife	+ 2,6	+ 2,7	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,7
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 4,1	+ 6,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 4,2
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,2	+ 5,0	+ 1,2	+ 2,0	+ 4,1
Bekleidung und Schuhe	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,1	+ 3,0
Wohnung, Wasser, Energie	+ 4,6	+ 2,7	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,2
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,6
Gesundheitspflege	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,0
Verkehr	+ 0,4	+ 5,3	- 4,3	+ 3,4	+ 5,6
Nachrichtenübermittlung	- 3,3	- 4,3	- 1,0	+ 1,9	+ 0,9
Freizeit und Kultur	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8	+ 2,0
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 1,2	- 11,6	- 4,7	+ 4,0
Restaurants und Hotels	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 3,5
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,8	+ 3,2
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 3,9	+ 4,3	+ 0,5	+ 2,0	+ 3,5
Verarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 3,8	+ 7,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 4,7
Energie	+ 4,2	+ 10,2	- 9,5	+ 7,6	+ 11,0
Industriegüter	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,6
Dienstleistungen	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,7

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

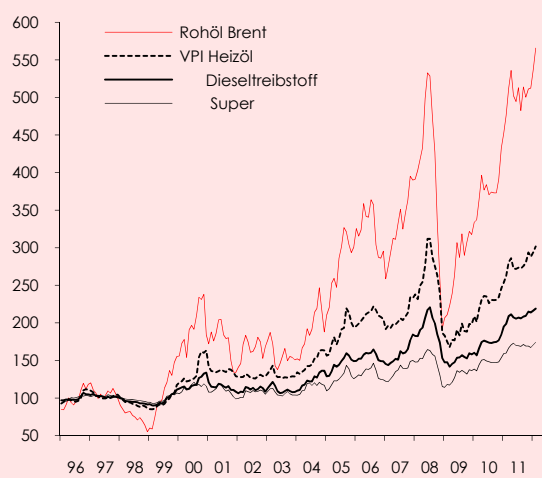
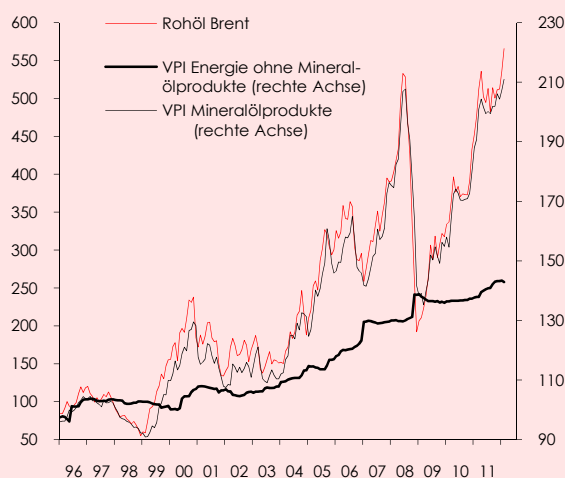
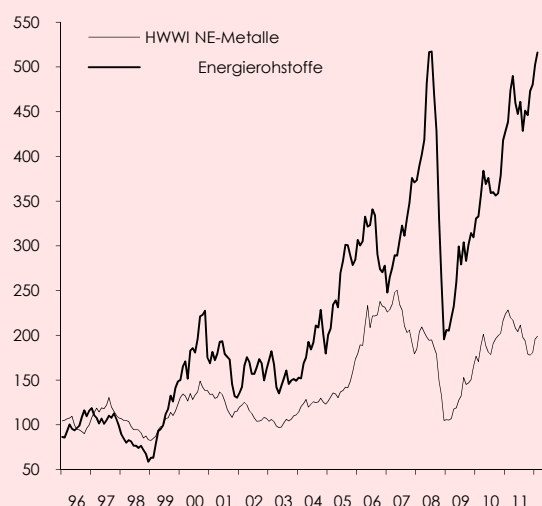
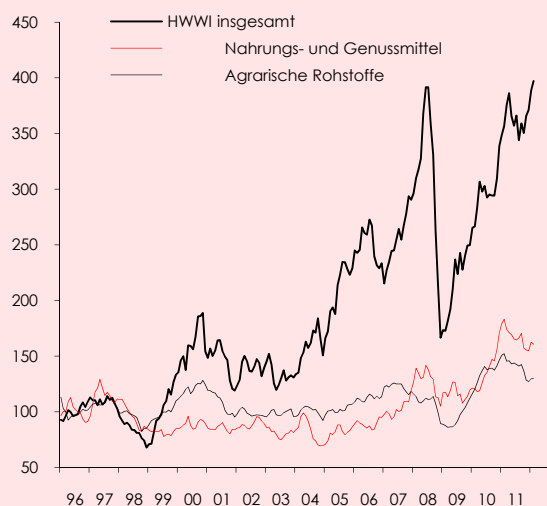
Die Inflationsrate betrug im Jahr 2011 3,3%. Ihr Anstieg um 1,4 Prozentpunkte gegenüber 2010 war vor allem auf die Verteuerung von Mineralölprodukten zurückzuführen. Daneben trugen auch die Preise von verarbeiteten Nahrungsmitteln, die Wohnkosten und die Preise von Tourismusdienstleistungen maßgeblich zur Beschleunigung des Preisauftriebes bei.

Im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte wurde 2011 die Anhebung einiger indirekter Steuern wirksam: Die Erhöhung der Mineralölsteuer auf Treibstoffe und der Tabaksteuer (beide ab 1. Jänner 2011) trugen im Jahresdurchschnitt knapp 0,2 Prozentpunkte bzw. 0,1 Prozentpunkte zur Inflationsrate bei. Die Anhebung der Normverbrauchsabgabe (ab 1. März 2011) und die Einführung der Flugticketabgabe (ab 1. April 2011) lieferten einen geringfügigen Beitrag von 0,05 Prozentpunkten. Insgesamt schätzt das WIFO, dass der Preisauftrieb 2011 durch die Steuererhöhungen um etwa 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte beschleunigt wurde.

Am stärksten (gereiht nach ihrem Inflationsbeitrag) verteuerten sich im Jahr 2011 die folgenden Indexpositionen: Dieseltreibstoff (Preise +20,4%, Beitrag zur Inflationsrate +0,42 Prozentpunkte), Superbenzin (+14,3%, +0,22 Prozentpunkte), Flugpauschalreisen (+9,6%, +0,19 Prozentpunkte), flüssige Brennstoffe (+21,4%, +0,17 Prozentpunkte), Wohnungsmieten (+3,3%, +0,14 Prozentpunkte), Zigaretten (+5,2%, +0,10 Prozentpunkte), Bohnenkaffee (+23%, +0,08 Prozentpunkte) und Gas (8,7%, +0,07 Prozentpunkte). Am deutlichsten inflationsdämpfend wirkten: Notebooks (Preise -10,6%, Beitrag zur Inflationsrate -0,03 Prozentpunkte), neue Personenkraftwagen (-0,7%, -0,03 Prozentpunkte), Kosten für Eigentumswohnungen (-5,3%, -0,02 Prozentpunkte), Zement (-4,4%, -0,02 Prozentpunkte), Gesprächsentgelt für Handy (-2,7%, -0,02 Prozentpunkte), Gartenpflanzen (-5,8%, -0,02 Prozentpunkte), Mobiltelefongeräte (-11%, -0,01 Prozentpunkte) und Wohn-Accessoires (-14,4%, -0,01 Prozentpunkte).

Abbildung 12: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise

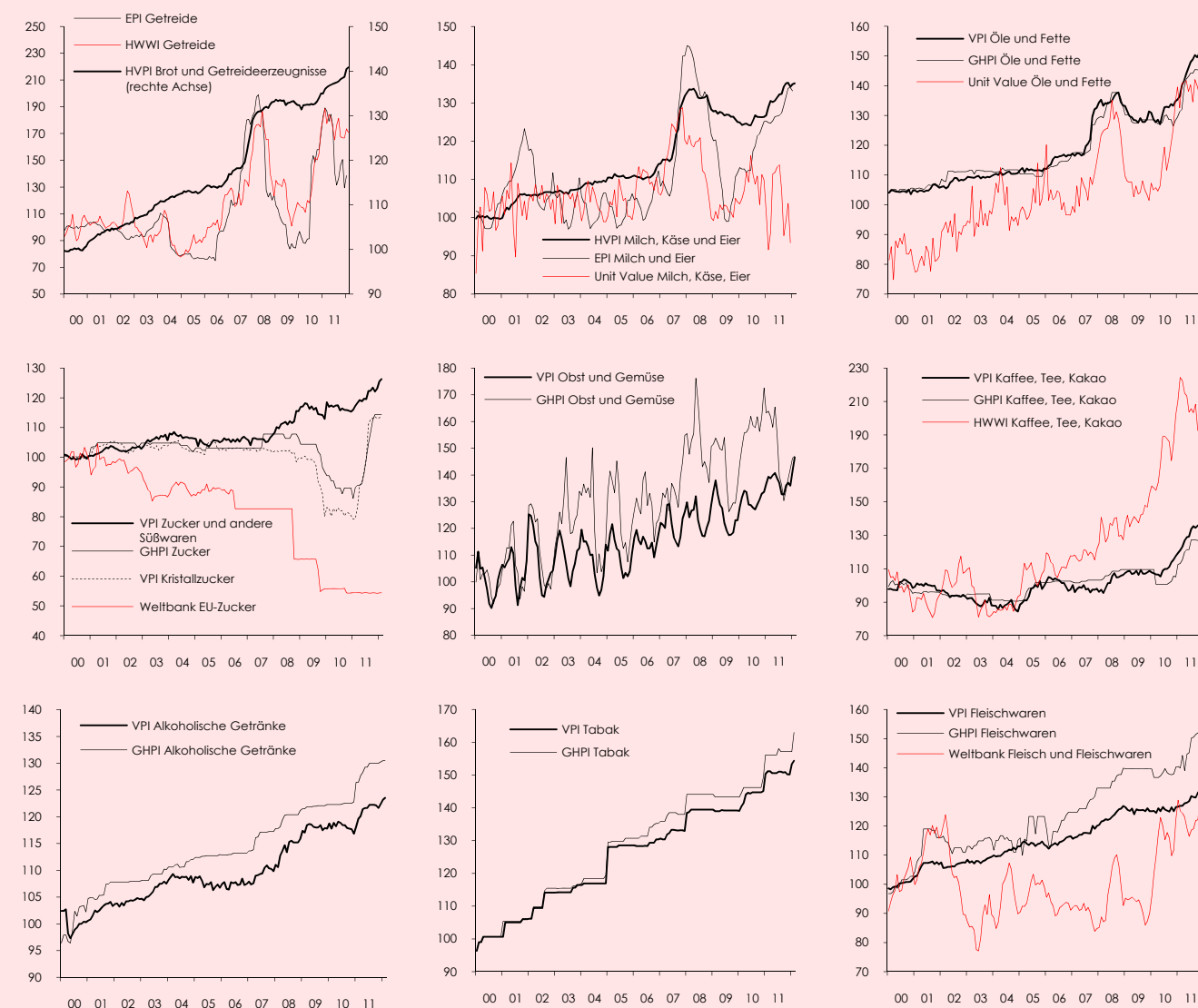
1996 = 100, auf Euro-Basis



Q: HWWI, Statistik Austria. HWWI . . . Weltmarktpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

Abbildung 13: Preisindizes für ausgewählte Nahrungsmittel in Österreich

2000 = 100, auf Euro-Basis



Q: Eurostat, HWWI, Statistik Austria, Weltbank. VPI ... Verbraucherpreisindex, HVPI ... harmonisierter Verbraucherpreisindex, EPI ... Erzeugerpreisindex, GHPI ... Großhandelspreisindex, HWWI ... Weltmarktpreisindex.

Übersicht 22: Entwicklung der Rohstoff- und Großhandelspreise

	1991/1996	1996/2001	2001/2006	2006/2011	2007	2008	2009	2010	2011
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %					Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>									
Auf Dollarbasis	+ 1,6	+ 0,7	+ 19,0	+ 10,0	+ 12,3	+ 32,7	- 34,7	+ 28,9	+ 28,6
Auf Euro-Basis	+ 1,0	+ 8,0	+ 11,2	+ 7,7	+ 2,5	+ 22,5	- 30,7	+ 36,4	+ 22,4
Ohne Energierohstoffe	+ 2,4	+ 1,3	+ 6,6	+ 5,6	+ 6,5	- 1,3	- 19,1	+ 37,4	+ 12,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 6,4	- 3,2	+ 0,9	+ 13,5	+ 15,5	+ 24,6	- 8,7	+ 16,8	+ 22,8
Industrierohstoffe	+ 0,8	+ 3,3	+ 8,4	+ 3,2	+ 4,3	- 8,5	- 23,0	+ 46,6	+ 8,7
Agrarische Rohstoffe	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,7	+ 4,8	+ 9,0	- 11,0	- 12,6	+ 41,8	+ 5,1
NE-Metalle	+ 1,1	+ 4,5	+ 11,5	- 1,1	+ 2,6	- 18,7	- 26,7	+ 45,3	+ 6,5
Energierohstoffe	+ 0,4	+ 11,1	+ 12,6	+ 8,3	+ 1,4	+ 29,3	- 33,2	+ 36,1	+ 25,0
Rohöl	+ 0,5	+ 11,5	+ 13,2	+ 7,9	+ 0,7	+ 26,9	- 32,8	+ 35,7	+ 25,5
<i>Index der Großhandelspreise</i>									
Konsumgüter	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,7	+ 4,1	+ 6,4	- 7,5	+ 5,0	+ 8,3
Investitionsgüter	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,2	+ 4,8	- 1,4	+ 2,1	+ 10,0
Intermediärgüter	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 1,2	- 3,4	- 2,6	- 1,7	+ 1,2	- 3,1
Intermediärgüter	+ 4,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 4,2	+ 8,5	+ 10,7	- 13,8	+ 8,8	+ 10,3

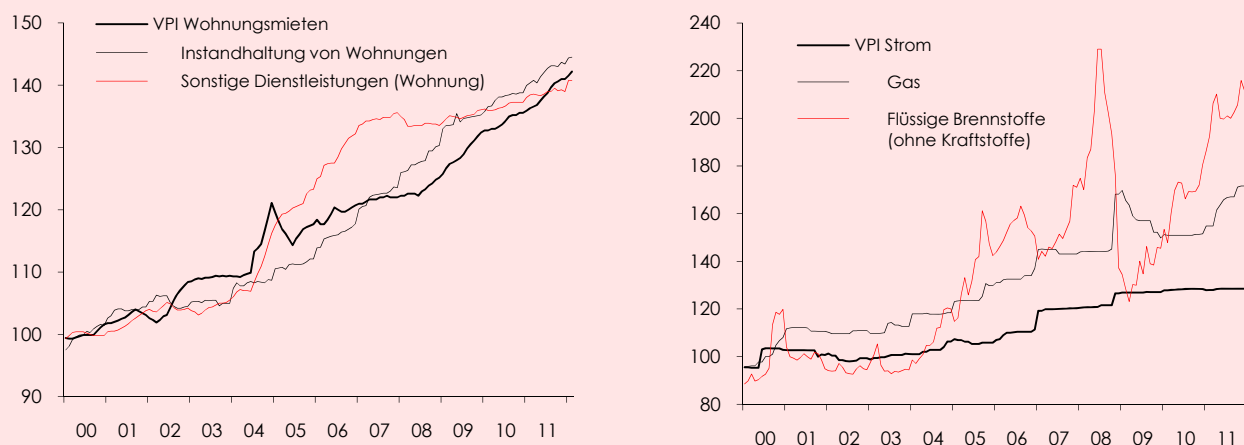
Q: HWWI, Statistik Austria.

Die öffentlichen Tarife und Gebühren wurden 2011 mit +1,7% etwas schwächer angehoben als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (+2,0%).

Der Preisindex für Pensionistenhaushalte stieg im Jahresdurchschnitt um 3,4% (2010 +2,0%), um 0,1 Prozentpunkt stärker als der VPI.

Abbildung 14: Verbraucherpreisindizes für Wohnungsaufwand und Haushaltsenergie

2000 = 100, auf Euro-Basis



Q: Statistik Austria.

Übersicht 23: Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2007		2008		2009		2010		2011	
	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 3,6	+ 2,7
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,8	+ 1,7
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 2,1	.	+ 3,1	.	+ 0,5	.	+ 1,7	.	.	.
COICOP-Gliederung										
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 4,2	+ 2,7	+ 6,4	+ 5,5	+ 0,3	- 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 4,4	+ 2,5
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,3	+ 3,4	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 4,0	+ 2,0	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,5
Bekleidung und Schuhe	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 3,0	+ 0,5
Wohnung, Wasser, Energie	+ 4,3	+ 2,7	+ 2,5	+ 5,2	+ 1,5	+ 0,0	+ 2,8	+ 2,0	+ 3,6	+ 4,9
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,1
Gesundheitspflege	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,8	+ 2,0	+ 1,6
Verkehr	+ 0,4	+ 2,4	+ 5,9	+ 4,5	- 4,8	- 2,8	+ 3,4	+ 4,7	+ 6,1	+ 5,5
Nachrichtenübermittlung	+ 4,5	- 1,9	- 8,6	- 2,2	- 1,2	- 1,0	+ 1,4	- 0,8	+ 0,7	- 1,3
Freizeit und Kultur	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,2	+ 2,1	+ 0,3
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 7,8	+ 1,3	+ 4,3	- 9,6	+ 0,9	- 4,2	+ 1,7	+ 4,1	+ 1,4
Restaurants und Hotels	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,7	+ 1,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,6	+ 2,4	+ 3,4	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,5
Sondergliederung										
Unbearbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 3,9	+ 3,0	+ 4,4	+ 3,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,8
Bearbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 3,8	+ 2,8	+ 6,9	+ 6,1	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	+ 4,7	+ 3,2
Energie	+ 4,0	+ 2,6	+ 10,7	+ 10,3	- 10,4	- 8,1	+ 7,6	+ 7,4	+ 11,3	+ 11,9
Industriegüter	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,7	+ 0,8
Dienstleistungen	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 1,8

Q: Eurostat. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Gemäß dem HWWI-Index auf Euro-Basis zogen die Weltmarktpreise von Rohstoffen im Jahr 2011 um 22,4% an (2010 +36,4%; Übersicht 22). Vor dem Hintergrund der Belebung der Weltwirtschaft und der politischen Unruhen in Nordafrika und im Mittleren Osten zu Jahresbeginn 2011 verteuerte sich Rohöl der Sorte Brent von 91 \$ im Dezember 2010 auf 124 \$ je Barrel im April 2011. Im weiteren Jahresverlauf entspannte sich die Situation etwas (Dezember 2011: 108 \$); im Zuge des Konflikts der internatio-

nenalen Staatengemeinschaft mit dem Iran über sein Atomprogramm (u. a. Öl-Embargo der EU) zu Jahresbeginn 2012 stieg der Rohölpreis jedoch über 125 \$. Auf Euro-Basis lag der Preis für Brent im März 2012 bereits über dem Höchstwert des Jahres 2008 (Abbildungen 12 und 13). Die Weltmarktnotierungen von Nahrungs- und Genussmitteln stiegen 2011 auf Euro-Basis neuerlich kräftig (+22,8%, 2010 +16,8%). Hier spielte in erster Linie das anhaltende Wachstum der weltweiten Nachfrage eine Rolle.

Die Entwicklung der internationalen Energiepreise schlug sich im Großhandelspreisindex vor allem über die merkliche Verteuerung von Intermediärgütern nieder (+10,3%, 2010 +8,8%). Insgesamt stiegen die Großhandelspreise 2011 um 8,3% (2010 +5%).

Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der für die EU-Länder nach weitgehend einheitlicher Methode erhoben wird, betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2011 3,6% und die Kerninflation (ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel) 2,8% (Übersicht 23).

Übersicht 24: Inflationsunterschiede 2011 zwischen Österreich, dem Durchschnitt des Euro-Raumes und Deutschland laut harmonisiertem Verbraucherpreisindex

	Inflationsrate			Gewicht			Geschätzter Beitrag zur Inflationsrate			Differenz des geschätzten Beitrages	
	Euro-Raum	Deutschland	Österreich	Euro-Raum	Deutschland	Österreich	Euro-Raum	Deutschland	Österreich	Österreich-Euro-Raum	Österreich-Deutschland
	In %	In %	In %	Anteile in %	Anteile in %	Anteile in %	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,6							+ 0,88	+ 1,12
Kerninflation ¹⁾	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,8							+ 1,02	+ 1,20
<i>COICOP-Gruppen</i>											
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 2,5	+ 2,9	+ 4,4	153	121	120	0,4	0,4	0,5	+ 0,14	+ 0,18
Alkoholische Getränke, Tabak und Narkotikum	+ 3,5	+ 1,3	+ 4,1	40	45	32	0,1	0,1	0,1	- 0,01	+ 0,07
Bekleidung und Schuhe	+ 0,4	+ 2,0	+ 3,0	67	53	63	0,0	0,1	0,2	+ 0,16	+ 0,08
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	+ 4,9	+ 4,1	+ 3,6	158	233	147	0,8	1,0	0,5	- 0,25	- 0,43
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,5	68	60	80	0,1	0,0	0,1	+ 0,05	+ 0,09
Gesundheit	+ 1,6	+ 0,8	+ 2,0	42	43	53	0,1	0,0	0,1	+ 0,04	+ 0,07
Verkehr	+ 5,5	+ 4,3	+ 6,1	156	154	149	0,9	0,7	0,9	+ 0,06	+ 0,26
Nachrichtenübermittlung	- 1,3	- 2,7	+ 0,7	32	28	21	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,05	+ 0,09
Freizeit und Kultur	+ 0,3	+ 1,1	+ 2,1	95	119	128	0,0	0,1	0,3	+ 0,24	+ 0,14
Bildungswesen	+ 1,5	+ 0,1	+ 4,1	12	10	13	0,0	0,0	0,1	+ 0,03	+ 0,05
Hotels, Cafés und Restaurants	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,7	92	51	123	0,2	0,1	0,5	+ 0,28	+ 0,38
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,5	+ 1,7	+ 3,5	85	83	71	0,2	0,1	0,2	+ 0,03	+ 0,11
<i>Sondergliederung</i>											
Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak	+ 2,7	+ 2,5	+ 4,4	193	166	152	0,5	0,4	0,7	+ 0,14	+ 0,25
Unbearbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,7	74	53	49	0,1	0,1	0,2	+ 0,05	+ 0,11
Bearbeitete Lebensmittel einschließlich Alkohol und Tabak	+ 3,3	+ 3,0	+ 4,7	119	113	103	0,4	0,3	0,5	+ 0,09	+ 0,14
Energie	+ 11,9	+ 10,0	+ 11,3	104	123	89	1,2	1,2	1,0	- 0,23	- 0,23
Mineralölprodukte	+ 15,3	+ 13,8	+ 18,2	56	57	50	0,9	0,8	0,9	+ 0,05	+ 0,12
Elektrizität, Gas, feste Brennstoffe und Wärmeenergie	+ 7,9	+ 6,8	+ 2,8	47	66	39	0,4	0,4	0,1	- 0,27	- 0,34
Industrielle nichtenergetische Güter	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,7	289	273	301	0,2	0,3	0,5	+ 0,30	+ 0,26
Gebrauchsgüter	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,9	95	91	112	0,0	0,0	0,1	+ 0,08	+ 0,09
Verbrauchsgüter	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	83	86	82	0,1	0,1	0,2	+ 0,05	+ 0,06
Halbgebrauchsgüter	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,5	112	95	107	0,1	0,1	0,3	+ 0,19	+ 0,13
Dienstleistungen (Gesamtindex ohne Waren)	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,1	414	438	458	0,8	0,6	1,4	+ 0,65	+ 0,82
Nachrichten	- 1,3	- 2,7	+ 0,7	32	28	21	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,05	+ 0,09
Wohnung	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,4	101	141	92	0,2	0,2	0,2	+ 0,04	+ 0,03
Verschiedenes	+ 2,1	+ 1,4	+ 2,5	70	73	75	0,1	0,1	0,2	+ 0,04	+ 0,08
Freizeit einschließlich Reparaturen	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,7	116	76	155	0,2	0,1	0,4	+ 0,19	+ 0,30
Pauschalreisen, Beherbergung	+ 2,2	+ 2,4	+ 6,5	31	48	49	0,1	0,1	0,3	+ 0,25	+ 0,21
Verkehr	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,3	65	72	65	0,2	0,1	0,2	+ 0,03	+ 0,07

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren.

Der Preisauftrieb war 2011 in Österreich deutlich lebhafter als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+2,7%). Der Inflationsunterschied zum Euro-Raum erreichte mit 0,9 Prozentpunkten den höchsten Wert seit Veröffentlichung dieser Statistik. Er ist maßgeblich auf den gemäß HVPI weit überdurchschnittlichen Inflationsbeitrag der Tourismusdienstleistungen in Österreich zurückzuführen.

Zum Inflationsdifferential von +0,9 Prozentpunkten gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes (dem höchsten Wert, seit der HVPI durch Eurostat erstellt wird) trugen die Dienstleistungspreise insgesamt 0,65 Prozentpunkte bei. In erster Linie waren dafür höhere Preissteigerungen von Tourismusdienstleistungen (Restaurants und Cafés Österreich +3,2%, Euro-Raum +1,9%, Beherbergung +3,9% bzw. +1,6%, Pauschalreisen +6,8% bzw. +2,9%) und das um mehr als ein Drittel größere Gewicht dieser Kategorien maßgebend, das Inflationsdifferential gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes betrug in dieser Kategorie +0,4 Prozentpunkte. Die Preise industrieller Güter (ohne Energie) trugen 0,3 Prozentpunkte, jene von Nahrungsmitteln 0,14 Prozentpunkte zum Inflationsdifferential bei. Die Energiepreise dämpften das Inflationsdifferential zum Euro-Raum um 0,2 Prozentpunkte, die Strompreise stagnierten 2011 in Österreich (+0,1%), im Durchschnitt des Euro-Raumes stiegen sie jedoch um 7,5%.

Laut HVPI betrug die Inflationsrate 2011 im Durchschnitt des Euro-Raumes 2,7% (2010: 1,6%). In den einzelnen Ländern war die Preisdynamik sehr differenziert: In Irland stiegen die Verbraucherpreise rezessionsbedingt um nur 1,2%, in Estland betrug die Inflationsrate 5,1%. Mit 3,6% war der Preisanstieg in Österreich der vierthöchste innerhalb des Euro-Raumes. Die Inflationsdispersion (gemessen an der BIP-gewichteten Standardabweichung der Inflationsraten im Euro-Raum) lag 2011 unter dem mehrjährigen Durchschnitt.

Josef Baumgartner (Josef.Baumgartner@wifo.ac.at)
Statistik: Ursula Glauninger (Ursula.Glauninger@wifo.ac.at)

Herbstlohnrunde bringt für 2011 mäßige Lohnsteigerungen

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter im Jahr 2011 wurde maßgeblich von den Lohnabschlüssen aus dem Herbst 2010 bestimmt. Damals befand sich die österreichische Wirtschaft im Aufschwung nach dem Einbruch im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Ab Mitte 2010 hatte vor allem die Industriekonjunktur, die von der lebhaften Nachfrage nach Exportgütern profitierte, deutlich an Dynamik gewonnen. Gleichzeitig war das wirtschaftliche Umfeld nach wie vor durch anhaltende Unsicherheit gekennzeichnet, auch die hohen Staatsdefizite und der absehbare Konsolidierungsbedarf trübten das Konjunkturbild. Die Inflation hatte wieder steigende Tendenz, nachdem sie sich im Vorjahr spürbar verlangsamt hatte: Nach einem Anstieg des Verbraucherpreisindex um 0,5% im Jahr 2009 prognostizierte das WIFO im Herbst für 2010 eine Jahresinflationsrate von 1,8% und für 2011 von 2,1%.

Vor diesem Hintergrund vereinbarten die Tarifpartner in der Metallindustrie eine Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter um 2,5%. Die Ist-Löhne und -Gehälter wurden etwas schwächer angehoben (+2,3%). Damit fiel die nominelle Lohnanpassung um rund 1 Prozentpunkt stärker aus als im Vorjahr. Nach einer Unterbrechung im Krisenjahr 2009 sah der Abschluss erneut eine zusätzliche erfolgsabhängige Einmalzahlung vor (bei positivem Betriebserfolg 50 € bis 150 €). Die Lohnrunde der Metallindustrie, die unmittelbar etwa 165.000 Beschäftigte betrifft, hat traditionell eine starke Signalwirkung für die Lohnentwicklung in der gesamten Wirtschaft, insbesondere für jene Branchen, deren Kollektivverträge im Herbst verhandelt werden.

Die Herbstlohnrunde 2010 bildete in dieser Hinsicht keine Ausnahme, denn auch in den anderen Branchen wurden nominell höhere Lohnabschlüsse erzielt als im Jahr davor. Im Handel einigten sich die Tarifparteien auf eine Anhebung der Mindestlöhne um 2,2% (mindestens jedoch um 30 €). Die Mindestgehälter der Handelsangestellten wurden je nach Gehaltsgruppe um 2,0% bis 2,3% erhöht. Das Mindestgehalt in der Branche wurde damit auf 1.300 € festgesetzt, das entsprach einer Kernforderung der Arbeitnehmerseite. Zusätzlich wurde für Lehrlinge ein Prämiensystem von 100 € bei gutem und 150 € bei ausgezeichnetem Lehrabschluss eingeführt. Während für die Ist-Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen eine Fortschreibung des absoluten Überzahlungsbetrages (Parallelverschiebung) vereinbart wurde, enthielt der neue Kollektivvertrag keine Abmachung zur Anhebung der Ist-Gehälter der Angestellten, die den Großteil der 550.000 Beschäftigten dieser Branche ausmachen.

Übersicht 25: Lohnrunde 2011

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss Mindestlöhne Erhöhung in %	Ist-Löhne
<i>Bedienstete</i>			
Öffentlicher Dienst	Jänner 2011	+ 1,03 ¹⁾	
<i>Arbeiter und Arbeiterinnen</i>			
Metallindustrie	November 2010	+ 2,5 ²⁾	+ 2,3 ³⁾
Metallgewerbe	Jänner 2011	+ 2,45	+ 2,2
Gesundheits- und Sozialberufe	Februar 2011	+ 2,0	+ 1,85
Handel	Jänner 2011	+ 2,2 ⁴⁾	⁵⁾
Mineralölindustrie	Februar 2011	+ 2,7 ⁶⁾	+ 2,5
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar 2011	+2,65 bis +2,7	+ 2,5
Graphisches Gewerbe	April 2011	+ 2,2	⁵⁾
Stein- und keramische Industrie	Mai 2011	+ 2,83	+ 2,68
Bauhilfs- und -nebgewerbe	Mai 2011	+ 2,9	⁵⁾
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai 2011	+ 2,95	⁵⁾
Chemische Industrie	Mai 2011	+ 3,15	+ 3,05 ⁷⁾
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai 2011	+2,8 bis +3,2 ⁸⁾	+ 2,8
Holz- und kunststoffverarbeitendes Gewerbe	Mai 2011	+2,45 bis +2,65	
Hotel- und Gastgewerbe	Mai 2011	+ 2,05	
Textilindustrie	April 2011	+ 2,75	+2,1 bis +2,55 ⁹⁾
Glasbe- und -verarbeitung	Juni 2011	+ 3,05	+ 2,85 ¹⁰⁾
Papierindustrie und Pappenindustrie	Mai 2011	+ 3,1	+ 2,7 ¹¹⁾
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	März 2011	+ 2,4 ¹²⁾	⁵⁾
Holz- und Sägeindustrie	Mai 2011	+ 2,9	+ 2,7
		Mindestgehälter	Ist-Gehälter
<i>Angestellte</i>			
Stein- und keramische Industrie	November 2010	+ 2,1	+ 1,9
Metallindustrie	November 2010	+ 2,5 ²⁾	+ 2,3 ³⁾
Metallgewerbe	Jänner 2011	+ 2,45	+ 2,2
Gesundheits- und Sozialberufe	Februar 2011	+ 2,0	+ 1,85
Handel	Jänner 2011	+2,0 bis +2,3 ¹³⁾	
Mineralölindustrie	Februar 2011	+ 2,7 ⁶⁾	+ 2,5
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar 2011	+2,6 bis +2,7	+ 2,5
Finance	April 2011	+ 2,3	
Graphisches Gewerbe	April 2011	+ 2,2	⁵⁾
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai 2011	bis +2,5	
Chemische Industrie	Mai 2011	+ 3,15	+ 3,05 ⁷⁾
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai 2011	+2,8 bis +3,2 ⁸⁾	+ 2,8
Hotel- und Gastgewerbe	Mai 2011	+ 2,05	
Textilindustrie	April 2011	+ 2,75	+2,1 bis +2,55 ⁹⁾
Glasindustrie	Juni 2011	+ 3,05	+ 2,85 ¹⁰⁾
Papierindustrie	Mai 2011	+ 3,1	+ 2,7 ¹¹⁾
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	März 2011	+ 2,4 ¹²⁾	+ 2,2
Holz- und Sägeindustrie	Mai 2011	+ 2,9	+ 2,7

Q: Gewerkschaften. – ¹⁾ Erhöhung der Gehälter um 0,85%, mindestens jedoch +25,50 €. – ²⁾ Einmalzahlung bei positivem Betriebserfolg. – ³⁾ Mindestens jedoch +24 €. – ⁴⁾ Mindestens jedoch +30 €. – ⁵⁾ Parallelverschiebung. – ⁶⁾ Überstundenregelung bei All-In-Verträgen. – ⁷⁾ Mindestens jedoch +56 €. – ⁸⁾ Verteilungsoption und Einmalzahlungsoption. – ⁹⁾ Ist-Löhne und -Gehälter bis 2.100 € pro Monat +2,55%, von 2.101 € bis 4.200 € +2,3%, ab 4.201 € +2,1%. – ¹⁰⁾ Mindestens jedoch +45 €. – ¹¹⁾ Mindestens jedoch +56 € (Papierindustrie) bzw. +45 € (Pappenindustrie). – ¹²⁾ Einmalzahlungen von 50 € bei positivem EBIT, das über dem Niveau von 2009 liegt. – ¹³⁾ Kollektivvertragsgehälter bis 1.500 € +2,3%, zwischen 1.501 € und 1.800 € +2,1%, ab 1.801 € +2,0%.

Anfang 2011 traten auch zahlreiche andere Kollektivvertragsabschlüsse in Kraft. Im Metallgewerbe mit rund 110.000 Beschäftigten hatten sich die Tarifpartner stark am Abschluss der Metallindustrie orientiert und im Herbst eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter um 2,45% und der Ist-Entgelte um 2,2% vereinbart. In vielen Dienstleistungsbereichen lagen die Abschlüsse etwas darunter. Der Abschluss der Gesundheits- und Sozialberufe, der im Februar 2011 wirksam wurde, sah eine Steigerung der Mindestlöhne und Mindestgehälter um 2,0% vor, die Ist-Löhne und -Gehälter wurden um 1,85% erhöht. Auch für die privaten Bildungseinrichtungen, für den Forschungsbereich und für die IT-Branche einigten sich die Sozialpartner auf Erhöhungen um oder leicht über 2%, die somit unter der von der Metallindustrie vorgegebenen Marke blieben. Im Energiesektor lagen die Abschlüsse dagegen am oberen Ende des Spektrums: Die Mineralölindustrie und die Elektrizitätsversorgungsunternehmen einigten sich auf eine Anhebung der Kollektivvertragsbezüge um 2,65% bis 2,7% sowie der Ist-Bezüge um 2,5%. Im öffentlichen Dienst fiel die Lohnrunde für 2011 angesichts des anstehenden Budgetkonsolidierungsbedarfs deutlich schwächer aus

Höhere Abschlüsse in der Frühjahrslohnrunde

als im privatwirtschaftlichen Sektor. Der stark gestaffelte Anstieg betrug für niedrige Monatseinkommen bis zu 2,1%, für die höchsten Einkommen 0,85%. Die durchschnittliche Erhöhung lag damit knapp über 1%.

In den ersten Monaten 2011 verstärkte sich der Aufschwung, gleichzeitig beschleunigte sich die Inflation aufgrund der Rohstoff- und Energieverteuerung erheblich. Diese Entwicklungen schlugen sich in den Abschlüssen nieder, die im Frühjahr und Sommer verhandelt wurden. Die Mindestentgelte der Angestellten im Finanzbereich wurden im März um durchschnittlich 2,3% angehoben, jene der Versicherungsangestellten um 2,5% (Innendienst) bzw. 2,6% (Außendienst). In der Textilindustrie stiegen die Mindestlöhne um 2,75%, in der Holzindustrie um 2,9% (mit 1. Mai). Im Mai trat außerdem eine Erhöhung der Kollektivvertragsbezüge für die Beschäftigten der Papierindustrie um 3,1% und für die 45.000 Beschäftigten der Chemieindustrie um 3,15% in Kraft. Die Mindestlöhne und -gehälter der rund 50.000 Beschäftigten in der Elektro- und Elektronikindustrie wurden gestaffelt um 2,8% bis 3,2% erhöht. Die Ergebnisse der Frühjahrslohnrunde 2011 waren zum Teil bereits durch mehrjährige Abschlüsse festgelegt worden: Im Hotel- und Gastgewerbe hatten die Sozialpartner 2010 einen zweijährigen Abschluss verhandelt, wonach die Kollektivvertragslöhne und -gehälter im Mai 2011 um 2,05% angehoben wurden. Die Vertreter der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bauindustrie und im Baugewerbe hatten sich auf einen an die Entwicklung des VPI gebundenen dreijährigen Abschluss geeinigt. Demnach wurden am 1. Mai 2011 die Mindestlöhne um 2,95% angehoben. Das entsprach dem Verbraucherpreisanstieg in der Referenzperiode (März bis Februar) und einem Zuschlag von 0,85 Prozentpunkten. Für 2012 ist eine Anhebung um 0,9 Prozentpunkte über der Inflationsrate vorgesehen. Diese Vereinbarung gilt auch für das Bauhilfs- und Baunebengewerbe.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerbezüge in den einzelnen Branchen spiegelt sich auch in den aggregierten Daten des Tariflohnindex. Die Mindestlöhne stiegen 2011 im Durchschnitt über alle Branchen um 2,0%, d. h. um rund ½ Prozentpunkt stärker als im Vorjahr (Übersicht 26). Die Dynamik der Bezüge im öffentlichen Dienst blieb gegenüber 2010 unverändert (+1,1%), obwohl die Inflationsrate um 1½ Prozentpunkte höher war. Am stärksten stieg der Tariflohnindex in der Industrie, sowohl die Löhne als auch die Gehälter erhöhten sich um 2,6%. Im Gewerbe und im Handel fiel die Steigerung mit +2,3% bzw. +2,2% deutlich niedriger aus. Die Steigerung der Mindestbezüge der Beschäftigten von Banken und Versicherungen sowie in der Land- und Forstwirtschaft (jeweils +2,1%), im Verkehrssektor und im Tourismus (+2,0%) blieb etwas unter dem Durchschnitt aller privatwirtschaftlichen Bereiche (+2,2%). Am schwächsten erhöhten sich die Kollektivvertragsgehälter der Angestellten im Bereich der Freien Berufe (+1,5%); in diesem Bereich ist der kollektive Lohnfindungsprozess nicht sehr ausgeprägt, nicht alle Kollektivverträge werden jährlich erneuert oder angepasst.

Übersicht 26: Tariflohnindex 2006

	Arbeiter und Arbeiterinnen		Angestellte		Beschäftigte insgesamt	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011
Tariflohnindex insgesamt					+ 1,5 ¹⁾	+ 2,0
Ohne öffentlichen Dienst					+ 1,6	+ 2,2
Gewerbe	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,7 ¹⁾	+ 2,3 ¹⁾
Baugewerbe	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,3
Industrie	+ 1,7	+ 2,6	+ 1,7 ¹⁾	+ 2,6 ¹⁾	+ 1,7	+ 2,6 ¹⁾
Handel	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,6	+ 2,2
Transport und Verkehr	+ 1,2	+ 2,3 ¹⁾	+ 1,22 ²⁾	+ 1,9	+ 1,3 ²⁾	+ 2,0
Tourismus und Freizeitwirtschaft	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,4 ¹⁾ 2)	+ 2,1	+ 1,8 ¹⁾ 2)	+ 2,0
Banken und Versicherungen	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,1
Freie Berufe	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5
Land- und Forstwirtschaft	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,4 ¹⁾	+ 2,1 ¹⁾
Öffentlicher Dienst					+ 1,1	+ 1,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Durch Rundungen geringfügige Abweichungen gegenüber den Indexwerten laut Statistik Austria. – ²⁾ Revisionen von Statistik Austria seit April 2011.

Die Zahl der aktiv Beschäftigten lag 2011 mit 3,323 Mio. um knapp 40.000 über dem Niveau im Vorkrisenjahr 2008. Aufgrund des Beschäftigungswachstums von 1,9% und der oben diskutierten Lohnabschlüsse erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme (brutto) 2011 auf 121,2 Mrd. €, mit +4,7% um 0,6 Prozentpunkte stärker als das nominelle Bruttoinlandsprodukt.

Die nominellen Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter (brutto) entwickelten sich mit +2,7% besser als in den Vorjahren. Dabei stiegen die Leistungseinkommen pro Kopf um 0,7 Prozentpunkte stärker als der Tariflohnindex für die Gesamtwirtschaft. Die Lohn-drift war somit erstmals seit 2008 wieder positiv.

Der Verlauf der realen Einkommen wird von der Preisentwicklung bestimmt. Gemessen wird der Preisauftrieb entweder mit dem Verbraucherpreisindex (VPI) oder dem Deflator des privaten Konsums. Der Konsumpreisdeflator berücksichtigt die Verbrauchsmengen des Berichtsjahres, der VPI hingegen jene des Basisjahres. Veränderungen der Konsumstruktur bildet der Konsumpreisdeflator deshalb besser ab. Der Vorteil des VPI besteht darin, dass er auch imputierte Mieten (hypothetische Mieten für selbstbewohnte Immobilien) berücksichtigt. Die Differenz zwischen den Indizes beträgt 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte, bei deutlicher Veränderung der Mietpreise fällt die Preisentwicklung laut VPI und laut Konsumpreisdeflator weiter auseinander.

Unter Anwendung beider Indizes ergibt sich für 2011 keine reale Steigerung von Löhnen und Gehältern (brutto und netto): Die Bruttorealeinkommen sanken um 0,2% (Konsumpreisdeflator) bzw. 0,5% (VPI), die Nettoeinkommen (nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge) um 0,5% bzw. 0,8%. Die Realeinkommen waren damit 2011 sowohl brutto als auch netto das zweite Jahr in Folge rückläufig. Die Abschlüsse für das Jahr 2012 lassen erstmals wieder reale Zuwächse der Löhne und Gehälter erwarten.

Die exportorientierte Sachgüterproduktion wurde 2011 kräftig ausgeweitet, die Beschäftigten verzeichneten einen überdurchschnittlichen Anstieg der Verdienste. Der Bruttoverdienst stieg um 2,9% auf ein durchschnittliches Monatseinkommen von 3.286,80 €. In der Industrie erzielten die Beschäftigten ein Monatseinkommen von durchschnittlich 3.572,70 €. Der WIFO-Konjunkturtest liefert Detailinformationen zur Arbeitszeit und erlaubt somit eine Einschätzung der Stundenverdienste der Beschäftigten in der Sachgütererzeugung und in der Industrie (Fachverbandsgliederung). Im Gegensatz zu den Vorjahren entwickelten sich die geleistete und die bezahlte Arbeitszeit pro Kopf im Jahr 2011 wieder gleichförmig. Die Stundenverdienste erhöhten sich in der Sachgütererzeugung um 2,7% auf 20,10 € und in der Industrie um 2,9% auf 21,70 €.

2011 neuerlich kein Realeinkommenszuwachs

Übersicht 27: Löhne und Einkommen

	2009	2010	2011	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			In €
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto ¹⁾	+ 0,8	+ 2,4	+ 4,7	
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾				
Brutto nominell	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,7	
Brutto real (deflationiert mit dem VPI)	+ 1,1	- 0,6	- 0,5	
Brutto real (deflationiert mit dem Konsumdeflator) ²⁾	+ 1,0	- 0,8	- 0,2	
Netto nominell	+ 3,4	+ 1,0	+ 2,4	
Netto real (deflationiert mit dem VPI)	+ 2,9	- 0,8	- 0,8	
Netto real (deflationiert mit dem Konsumdeflator) ²⁾	+ 2,8	- 1,1	- 0,5	
Bruttoverdienst der Beschäftigten pro Kopf				
Sachgüterproduktion (ÖNACE)				
Pro Monat	+ 0,6	+ 2,5	+ 2,9 ³⁾	3.287 ³⁾
Pro Stunde	+ 2,4	+ 1,6	+ 2,7 ³⁾	20,1 ³⁾
Industrie (Fachverbandsgliederung)				
Pro Monat	+ 0,9	+ 2,4	+ 3,0 ³⁾	3.573 ³⁾
Pro Stunde	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,9 ³⁾	21,7 ³⁾

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik. – ¹⁾ VGR-Revision (ab 1988). – ²⁾ Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – ³⁾ Jänner bis November.

Reallohnneinkommen steigen 2012

Die Entwicklung der Verdienste ist 2012 vom hohen Verbraucherpreisanstieg geprägt. 2011 betrug die Inflationsrate 3,3%. Gemeinsam mit der kräftigen Produktionssteigerung und dem deutlichen realen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 3,1% lassen die vorliegenden Abschlüsse 2012 eine Reallohnsteigerung erwarten. Die traditionell wichtige Herbstlohnrunde der Metallindustrie brachte für die rund 165.000 Beschäftigten Ist-Lohnabschlüsse von +4,0% bis +4,4%. Auch die folgenden Abschlüsse sehen Lohnerhöhungen zwischen 3,5% und 4% vor. Gemäß dem ersten Abschluss der Frühjahrslohnrunde in der Industrie steigen die Ist-Löhne der 12.700 Beschäftigten der Textilindustrie mit 1. April 2012 um 3,3% bis 4%. Obwohl die Entwicklung der Bezüge im öffentlichen Dienst mit durchschnittlich 2,95% geringer ausfallen wird als in der Gesamtwirtschaft, sollten auch hier leichte Reallohnzuwächse möglich sein.

Thomas Leoni (Thomas.Leoni@wifo.ac.at),
Christine Mayrhuber (Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at)
Statistik: Doris Gabriel (Doris.Gabriel@wifo.ac.at)

Weiterhin starker Beschäftigungsanstieg, Arbeitslosigkeit sinkt bis Jahresmitte

Die Konjunkturlage ermöglichte 2011 eine ähnlich starke Ausweitung der Beschäftigung wie zuletzt im Hochkonjunkturjahr 2007. Der Beschäftigungszuwachs war jedoch nur mit einer geringfügigen Verringerung der Arbeitslosigkeit verbunden. Hintergrund dafür ist die deutliche Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes.

Die Konjunkturlage ermöglichte 2011 einen ähnlich starken Beschäftigungsanstieg wie zuletzt im Hochkonjunkturjahr 2007. Im Jahresdurchschnitt 2011 stieg die Zahl der aktiven unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse um 63.312 oder 1,9% auf 3.323.325. Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich um 4.080 oder 1,6%. Die Schulungsteilnahmen Arbeitsloser wurden merklich eingeschränkt (-9.959 oder -13,6%). Die Erwerbsquote der aktiv Erwerbstätigen erhöhte sich um 0,7 Prozentpunkte auf 70,2%, die Beschäftigungsquote nahm um fast 1 Prozentpunkt auf 65,9% zu.

Aufgrund ihrer Konzentration auf die exportorientierten Wirtschaftsbereiche war die Männerbeschäftigung von der Beschäftigungsausweitung bevorzugt (+36.919 oder +2,1% auf 1.812.437), insbesondere Anfang 2011. Aber auch die dienstleistungsorientierte Frauenbeschäftigung gewann verzögert an Dynamik und wuchs in der zweiten Jahreshälfte ähnlich stark wie die der Männer. Im gesamten Jahresverlauf erhöhte sich die Frauenbeschäftigung um 26.393 oder 1,8% auf 1.510.888. Der Frauenanteil an der Aktivbeschäftigung betrug unverändert 45,5%.

Die Zahl der Personen mit Kindergeldbezug aus einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis sank im Jahresdurchschnitt 2011 neuerlich (-1.833 oder -2,0% auf 91.220). Dies ist in Zusammenhang mit der Inanspruchnahme kürzerer Bezugsvarianten zu sehen, die ab 1. Jänner 2008 möglich wurden.

Die Zahl der Selbständigen erhöhte sich im Jahresverlauf 2011 laut WIFO-Berechnungen¹⁴⁾ um 7.200 oder 1,7% auf 433.600. Wie in den letzten Jahren beruht diese Entwicklung überwiegend auf dem Anstieg der Zahl selbständig erwerbstätiger Frauen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und war überwiegend eine Folge der anhaltenden Expansion der selbständigen Tätigkeit von Frauen aus den neuen EU-Ländern, die persönliche Dienstleistungen erbringen.

Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte entwickelte sich bereits Anfang 2011 sehr dynamisch (I. Quartal +30.374 oder +7,0% gegenüber dem Vorjahr). Mit 1. Mai 2011 erhielten nach Ablauf der Übergangsfristen Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern (Beitritt 2004) unbeschränkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsausweitung verstärkte sich in der Folge abermals deutlich. Im Jahresdurchschnitt waren um 37.658 Personen mehr unselbständig beschäftigt als im Vorjahr (+8,3%). Rund 20.000 davon waren Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern, die nach der Arbeitsmarktöffnung erstmals in Österreich arbeiteten. Insbesondere Personen aus der Slowakei und Ungarn kamen verstärkt nach Österreich (neue EU-

Selbständigenzahl steigt weiter

Ende der Übergangsfristen für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern

¹⁴⁾ Die Berechnung der Selbständigenzahlen durch das WIFO enthält alle Personen, die gemäß Erwerbskarrierenmonitoring der Arbeitsmarktdatenbank von AMS und Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ausschließlich als Selbständige in bzw. außerhalb der Land- und Forstwirtschaft tätig sind (Selbständige mit einer zusätzlichen unselbständigen Beschäftigung bleiben unberücksichtigt). Darüber hinaus wird die Zahl der Rechtsanwälte bzw. Rechtsanwältinnen, Notare bzw. Notarinnen und Ziviltechniker bzw. Ziviltechnikerinnen in Österreich laut den Länderkammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten, dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag und der Österreichischen Notariatskammer berücksichtigt.

Länder von 2004 insgesamt +19.474 oder +28,2%). Aber auch Personen aus den Ländern, die der EU 2007 beigetreten waren, fanden in Österreich vermehrt Beschäftigung (+3.178 oder +15,5%). Mäßig entwickelte sich dagegen die Zahl der Arbeitskräfte aus der EU 15 (ohne Österreich, einschließlich EFTA und Schweiz; +6.796 oder +6,6%) und aus Drittländern (+8.209 oder +3,2%).

Übersicht 28: Der Arbeitsmarkt im Überblick

	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2010/11	
					Absolut	In %
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	3.388.617	3.339.051	3.360.238	3.421.748	+ 61.510	+ 1,8
Männer	1.824.712	1.776.508	1.786.206	1.822.970	+ 36.764	+ 2,1
Frauen	1.563.905	1.562.543	1.574.032	1.598.778	+ 24.746	+ 1,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	3.283.003	3.234.488	3.260.013	3.323.325	+ 63.312	+ 1,9
Männer	1.814.047	1.766.186	1.775.518	1.812.437	+ 36.919	+ 2,1
Frauen	1.468.956	1.468.301	1.484.495	1.510.888	+ 26.393	+ 1,8
Unselbständig aktiv beschäftigte inländische Arbeitskräfte	2.845.948	2.802.936	2.808.737	2.834.391	+ 25.654	+ 0,9
Männer	1.551.393	1.511.328	1.509.498	1.522.793	+ 13.295	+ 0,9
Frauen	1.294.555	1.291.607	1.299.239	1.311.598	+ 12.358	+ 1,0
Unselbständig aktiv beschäftigte ausländische Arbeitskräfte	437.055	431.552	451.276	488.934	+ 37.658	+ 8,3
Männer	262.654	254.858	266.020	289.644	+ 23.624	+ 8,9
Frauen	174.401	176.694	185.256	199.290	+ 14.034	+ 7,6
Selbständige und Mithelfende ³⁾	416.100	420.600	426.400	433.600	+ 7.200	+ 1,7
Männer	261.900	260.200	261.100	262.700	+ 1.600	+ 0,6
Frauen	154.200	160.400	165.300	170.900	+ 5.600	+ 3,4
Aktiv Erwerbstätige	3.699.103	3.655.088	3.686.413	3.756.925	+ 70.512	+ 1,9
Männer	2.075.947	2.026.386	2.036.618	2.075.137	+ 38.519	+ 1,9
Frauen	1.623.156	1.628.701	1.649.795	1.681.788	+ 31.993	+ 1,9
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	212.253	260.309	250.782	246.702	- 4.080	- 1,6
Männer	118.811	153.583	145.106	139.095	- 6.011	- 4,1
Frauen	93.442	106.726	105.676	107.607	+ 1.931	+ 1,8
Personen in Schulungen ⁴⁾	50.509	64.063	73.190	63.231	- 9.959	- 13,6
Männer	23.804	31.689	36.641	30.833	- 5.808	- 15,9
Frauen	26.705	32.374	36.549	32.398	- 4.151	- 11,4
Erwerbspersonen ⁵⁾	3.911.356	3.915.397	3.937.195	4.003.627	+ 66.432	+ 1,7
Männer	2.194.758	2.179.969	2.181.724	2.214.232	+ 32.508	+ 1,5
Frauen	1.716.598	1.735.427	1.755.471	1.789.395	+ 33.924	+ 1,9
Bevölkerung 15 bis 64 Jahre ⁶⁾	5.629.109	5.646.432	5.668.068	5.700.846	+ 32.778	+ 0,6
Männer	2.818.007	2.825.697	2.835.997	2.851.554	+ 15.557	+ 0,5
Frauen	2.811.102	2.820.735	2.832.071	2.849.292	+ 17.221	+ 0,6
Beim Arbeitsmarktservice gemeldete sofort verfügbare offene Stellen	37.498	27.165	31.009	32.310	+ 1.301	+ 4,2
In %						
Erwerbsquote ⁵⁾	69,5	69,3	69,5	70,2		
Männer	77,9	77,1	76,9	77,7		
Frauen	61,1	61,5	62,0	62,8		
Beschäftigungsquote ⁷⁾	65,7	64,7	65,0	65,9		
Männer	73,7	71,7	71,8	72,8		
Frauen	57,7	57,7	58,3	59,0		
Arbeitslosenquote						
Laut AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	5,9	7,2	6,9	6,7		
Männer	6,1	8	7,5	7,1		
Frauen	5,6	6,4	6,3	6,3		
Laut Eurostat	3,8	4,8	4,4	4,2		
Männer	3,6	5,0	4,6	4,0		
Frauen	4,1	4,6	4,2	4,3		

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Unselbständige laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ohne Präsenzdienst, ohne Personen mit Bezug von Karenzgeld bzw. Kinderbetreuungsgeld, und arbeitslose Schulungsteilnehmer im Beschäftigungsstand; WIFO-Berechnungen. – ³⁾ WIFO-Berechnungen. – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁵⁾ Aktiv Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose. – ⁶⁾ Bevölkerung zur Jahresmitte laut Statistik Austria; 2011 vorläufig. – ⁷⁾ Aktive Erwerbstätige.

Insgesamt entfielen 14,7% der gesamten Aktivbeschäftigung auf ausländische Arbeitskräfte. Aus den neuen EU-Ländern von 2004 kamen 18,1% (+2,8 Prozentpunkte) aller ausländischen Arbeitskräfte, aus den neuen EU-Ländern von 2007 4,8%

Beschäftigungszuwachs in fast allen Wirtschafts- bereichen

(+0,3 Prozentpunkte). Einschließlich der EU 15 (ohne Österreich, einschließlich EFTA und Schweiz) entfielen 2011 bereits 45,5% der gesamten Ausländerbeschäftigung auf Personen aus EU und EWR (einschließlich Schweiz).

Im Jahresdurchschnitt 2011 sank die Beschäftigung nur im Bergbau, im Verkehrssektor und im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen¹⁵⁾, in allen anderen Wirtschaftsbereichen war dagegen ein Anstieg zu verzeichnen. Überdurchschnittlich ausgeweitet wurde die Beschäftigung im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und hier hauptsächlich im Arbeitskräfteverleih, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft, in der Wasserversorgung, im Handel, Tourismus, im Bereich Information und Kommunikation, im Gesundheitswesen und im Kunstbereich. Einen hohen Zuwachs verzeichnete nach den empfindlichen krisenbedingten Einbußen auch der produzierende Bereich, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte. Überdurchschnittliche Steigerungsraten waren in der Herstellung von Kraftwagen und -teilen, von Gummi- und Kunststoffwaren, von elektrischer Ausrüstung und Geräten sowie von Metallerzeugnissen, chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen zu verzeichnen.

Übersicht 29: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2010/11	
							Absolut	In %
Insgesamt	390.695	412.578	437.055	431.552	451.276	488.934	+ 37.658	+ 8,3
Männer	234.937	247.447	262.654	254.858	266.020	289.644	+ 23.624	+ 8,9
Frauen	155.758	165.131	174.401	176.694	185.256	199.290	+ 14.034	+ 7,6
Herkunft								
14 EU-Länder, EFTA, Schweiz	73.282	82.962	94.150	96.851	103.743	110.540	+ 6.796	+ 6,6
Neue EU-Länder								
Beitritt 2004	49.202	54.427	61.055	63.442	69.019	88.493	+ 19.474	+ 28,2
Beitritt 2007	13.814	15.450	17.809	18.405	20.458	23.636	+ 3.178	+ 15,5
Übriges Ausland	254.397	259.740	264.041	252.854	258.056	266.265	+ 8.209	+ 3,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Die Dynamik der Beschäftigungsnachfrage in der Sachgütererzeugung kam besonders dem Arbeitskräfteverleih zugute. Laut Arbeitskräfteüberlassungsstatistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz waren zum Stichtag 31. Juli 2011 74.783 Arbeitskräfte überlassen, um 8.729 oder 13,2% mehr als ein Jahr zuvor. Davon wurden 29.504 oder 39,5% in der Industrie eingesetzt (+6.115 oder +26,1%), 36,1% im Gewerbe, Handwerk und in den Dienstleistungen. Der Männeranteil an den Leiharbeitskräften war mit rund 77% unverändert hoch.

In den Jahren 2009 und 2010 passten die Unternehmen ihre Arbeitskapazitäten an den Konjunkturerinbruch in hohem Maße über eine Verringerung der Arbeitszeit an. Dies äußerte sich u. a. in einem markanten Anstieg der Teilzeitbeschäftigung und in der weiteren Zunahme der Zahl geringfügiger Arbeitsverhältnisse. 2011 nahm die Teilzeitbeschäftigung zwar ebenfalls zu, aber wesentlich weniger dynamisch als in den Jahren zuvor und in absoluten Zahlen viel schwächer als die Vollzeitbeschäftigung. Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung erhöhte sich die Teilzeitbeschäftigung zwischen 2010 und 2011 nur mäßig (+7.800 oder +1,0% auf 757.300). Wie im Vorjahr waren 85,8% der Teilzeitarbeitskräfte Frauen. Die ebenso frauendominierte geringfügige unselbständige Beschäftigung wuchs dagegen laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ähnlich kräftig wie 2010 (+11.278 oder +3,8%). Der Frauenanteil lag bei 64,5% (-0,5 Prozentpunkte gegenüber 2010). Nur die Zahl der freien Dienstverträge, die ebenfalls mehrheitlich auf Frauen entfallen, war abermals deutlich rückläufig (-1.887 oder -8,7%).

¹⁵⁾ Der Beschäftigungsrückgang in der Energieversorgung ist auf eine Umbuchung der KFA Wien zugunsten der Wirtschaftsklasse "Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" zurückzuführen.

Vollzeitbeschäftigung wächst rascher als Teilzeitarbeit

Übersicht 30: Unselbständige Beschäftigung nach Branchen im Jahr 2011

ÖNACE-2008-Abschnitte

	2010	2011	Veränderung 2010/11 Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	18.796	20.712	+ 1.916	+ 10,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5.802	5.741	- 61	- 1,1
Herstellung von Waren	563.121	573.564	+ 10.443	+ 1,9
Energieversorgung	26.813	25.649	- 1.164	- 4,3
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	14.017	14.352	+ 335	+ 2,4
Bauwesen	241.668	245.370	+ 3.702	+ 1,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	507.511	518.182	+ 10.671	+ 2,1
Verkehr und Lagerei	183.355	183.046	- 309	- 0,2
Beherbergung und Gastronomie	180.964	184.550	+ 3.586	+ 2,0
Information und Kommunikation	70.494	73.755	+ 3.261	+ 4,6
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	117.955	117.448	- 507	- 0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	39.394	39.601	+ 207	+ 0,5
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	144.747	153.275	+ 8.528	+ 5,9
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	170.472	183.503	+ 13.031	+ 7,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	528.665	529.970	+ 1.305	+ 0,2
Erziehung und Unterricht	92.360	93.927	+ 1.567	+ 1,7
Gesundheits- und Sozialwesen	229.094	233.996	+ 4.902	+ 2,1
Kunst, Unterhaltung und Erholung	32.319	33.391	+ 1.072	+ 3,3
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	86.415	87.855	+ 1.440	+ 1,7
Hauspersonal in privaten Haushalten, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	3.162	3.166	+ 4	+ 0,1
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	648	660	+ 12	+ 1,9
Wirtschaftsklasse unbekannt	2.242	1.613	- 629	- 28,1
Aktiv unselbständig Beschäftigte	3.260.013	3.323.325	+ 63.312	+ 1,9
Präsenzieller	7.172	7.203	+ 31	+ 0,4
Personen mit Bezug von Karenzgeld bzw. Kinderbetreuungsgeld	93.053	91.220	- 1.833	- 2,0
Unselbständig Beschäftigte	3.360.238	3.421.748	+ 61.510	+ 1,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Übersicht 31: Atypische Beschäftigungsformen

	2008	2009	2010	2011
Personalverleih				
Männer	54.639	43.893	51.079	57.919
Frauen	13.442	13.337	14.975	16.864
Insgesamt	68.081	57.230	66.054	74.783
Freie Dienstverträge				
Männer	12.157	11.194	10.228	9.503
Frauen	13.209	12.543	11.544	10.381
Insgesamt	25.366	23.737	21.771	19.884
Geringfügige Beschäftigung				
Männer	89.795	97.479	103.640	109.113
Frauen	183.299	187.809	192.823	198.627
Insgesamt	273.093	285.288	296.463	307.741
Teilzeitbeschäftigung ¹⁾				
Männer	95.400	107.200	106.600	107.700
Frauen	602.600	628.500	642.900	649.600
Insgesamt	698.000	735.700	749.500	757.300

Q: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria. – ¹⁾ Unselbständig Erwerbstätige (Labour-Force-Konzept), Wochenarbeitszeit 12 bis 35 Stunden.

In den ersten vier Monaten 2011 verringerte sich die Arbeitslosigkeit rasch (I. Quartal –16.149 oder –5,4%), im August kam dieser Rückgang aber zum Stillstand. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosigkeit daher nur geringfügig unter dem Vorjahresniveau (–4.080 oder –1,6%). Ein stärkerer Abbau wäre aufgrund der beträchtlichen Beschäftigungsausweitung zu erwarten gewesen, doch wirkte dem eine merkliche Zunahme des Arbeitskräfteangebotes entgegen, die insbesondere institutionelle Ursa-

**Arbeitslosigkeit trotz
beträchtlicher Beschäfti-
gungsausweitung nur
wenig gesunken**

chen hatte (Auslaufen der Übergangsfristen für den Arbeitsmarktzugang für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern von 2004, Verringerung der Schulungstätigkeit des AMS, Zurechnung von arbeitsfähigen Personen, die bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen, zum AMS-Bestand an registrierten Arbeitslosen).

Die Schulungsmaßnahmen des AMS werden seit dem IV. Quartal 2010 eingeschränkt; insgesamt wurden im Jahresdurchschnitt 2011 um 9.959 oder 13,6% weniger Schulungsteilnahmen verzeichnet als im Vorjahr. Die Summe aus registrierten Arbeitslosen und Personen in AMS-Kursmaßnahmen verringerte sich somit um 14.039 oder 4,3%. Dieser Wert unterschätzt allerdings den tatsächlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen laut bisheriger Berechnung, denn 2011 dämpfte die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (September 2010) den Rückgang der Arbeitslosigkeit um rund 5.200 und den der Schulungsteilnahmen um 1.000.

Die Arbeitslosigkeit von Männern war von der Angebotsausweitung viel weniger betroffen als jene der Frauen, sie war 2011 mit Ausnahme der Monate September bis November durchwegs rückläufig, insbesondere in den ersten vier Monaten des Jahres. Insgesamt sank die Männerarbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2011 um 6.011 oder 4,1%. Dagegen stieg die Frauenarbeitslosigkeit fast im gesamten Jahresverlauf zumindest geringfügig (außer im Jänner und April), insbesondere in der zweiten Jahreshälfte. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen Frauen um 1.931 oder 1,8%.

Die Arbeitslosenquote verringerte sich 2011 auf Basis der Registerdaten von AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger um 0,2 Prozentpunkte auf 6,7% (Männer –0,4 Prozentpunkte auf 7,1%, Frauen unverändert 6,3%). Laut Eurostat (Labour Force Survey) lag die Arbeitslosenquote bei 4,2% (Männer 4,0%, Frauen 4,3%). Die erweiterte Arbeitslosenquote, die neben den registrierten Arbeitslosen auch Personen in AMS-Kursmaßnahmen, sofort verfügbare Lehrstellensuchende, Personen mit Pensionsvorschuss und Übergangsgeld berücksichtigt, lag 2011 bei 9,1% (2010: 9,6%).

Unter ausländischen Arbeitskräften sank die Arbeitslosigkeit bereits im I. Quartal 2011 nicht mehr, vor allem weil die Arbeitslosigkeit ausländischer Frauen seit 2010 kontinuierlich zunimmt. Aber auch ausländische Männer profitierten unterdurchschnittlich von der Arbeitsmarktentwicklung; nach einem schwächeren Arbeitslosigkeitsabbau im 1. Halbjahr stieg die Arbeitslosigkeit im 2. Halbjahr immer rascher. Insgesamt erhöhte sich die Arbeitslosigkeit ausländischer Arbeitskräfte um 2.388 oder 5,0% auf 50.555 (Männer +415 oder +1,4% auf 29.920, Frauen +1.973 oder +10,6% auf 20.635). Bedingt durch die starke Beschäftigungsausweitung sank ihre Arbeitslosenquote dennoch um 0,2 Prozentpunkte auf 9,4%, war damit allerdings weiterhin um 3,1 Prozentpunkte höher als die der österreichischen Staatsangehörigen.

Übersicht 32: Arbeitslose und Personen in AMS-Kursmaßnahmen nach Geschlecht und Alter

	Arbeitslose				Personen in Schulung			
	2010	2011	Veränderung 2010/11		2010	2011	Veränderung 2010/11	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Männer	145.106	139.096	– 6.010	– 4,1	36.641	30.833	– 5.808	– 15,9
Bis 24 Jahre	23.233	21.946	– 1.287	– 5,5	15.103	13.494	– 1.609	– 10,7
25 bis 49 Jahre	88.253	83.180	– 5.073	– 5,7	17.419	13.736	– 3.683	– 21,1
50 Jahre oder älter	33.621	33.970	+ 349	+ 1,0	4.121	3.603	– 518	– 12,6
Frauen	105.676	107.608	+ 1.932	+ 1,8	36.549	32.399	– 4.150	– 11,4
Bis 24 Jahre	16.851	16.902	+ 51	+ 0,3	12.915	11.651	– 1.264	– 9,8
25 bis 49 Jahre	70.000	70.788	+ 788	+ 1,1	20.840	18.227	– 2.613	– 12,5
50 Jahre oder älter	18.826	19.918	+ 1.092	+ 5,8	2.794	2.521	– 273	– 9,8
Insgesamt	250.782	246.703	– 4.079	– 1,6	73.190	63.232	– 9.958	– 13,6
Bis 24 Jahre	40.084	38.847	– 1.237	– 3,1	28.018	25.144	– 2.874	– 10,3
25 bis 49 Jahre	158.253	153.968	– 4.285	– 2,7	38.259	31.963	– 6.296	– 16,5
50 Jahre oder älter	52.447	53.888	+ 1.441	+ 2,7	6.915	6.125	– 790	– 11,4

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die bereits 2010 beobachtete Verbesserung der Situation auf dem Jugendarbeitsmarkt hielt an (Arbeitslose zwischen 15 und 24 Jahren 2011 –1.237 oder –3,1%). Nicht nur die registrierte Arbeitslosigkeit Jugendlicher war rückläufig, sondern auch die Schulungsteilnahmen. Flankiert wird diese Entwicklung vom Jugendbeschäftigungspaket, das seit Mitte 2008 in Kraft ist und Jugendlichen, die nach Beendigung der Pflichtschule keine geeignete Lehrstelle finden, Lehrausbildungsplätze in überbetrieblicher Form bzw. über spezielle Ausbildungseinrichtungen zur Verfügung stellt. Außerdem erhalten jugendliche Arbeitslose zwischen 19 und 24 Jahren im Rahmen der Aktion "Zukunft Jugend" innerhalb von sechs Monaten ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine zielgerichtete Schulung oder eine geförderte Beschäftigung.

Im Gegensatz zur Entwicklung auf dem Jugendarbeitsmarkt nahm die Arbeitslosigkeit Älterer weiter zu (z. B. über 50-Jährige +1.441 oder +2,7%). Die Wiederbeschäftigungschancen älterer Arbeitsloser sind geringer als die der Jüngeren. Zudem gehören nicht nur stärker besetzte Jahrgänge nun dieser Altersgruppe an, auch die Erwerbsbeteiligung nahm in den letzten Jahren – nicht zuletzt infolge der vergangenen Pensionsreformen – markant zu. In der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen erhöhte sich die Beschäftigung weniger stark als die Arbeitslosigkeit; die Arbeitslosenquote stieg von 10,0% auf 10,5%.

Übersicht 33: Arbeitslose nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung

	2010	2011	Veränderung 2010/11	
			Absolut	In %
Männer	145.106	139.095	– 6.011	– 4,1
Keine abgeschlossene Ausbildung	8.240	8.766	+ 526	+ 6,4
Pflichtschule	55.773	54.242	– 1.531	– 2,7
Lehre	58.671	54.264	– 4.407	– 7,5
Berufsbildende mittlere Schule	4.888	4.677	– 211	– 4,3
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	11.292	10.813	– 479	– 4,2
Akademie	230	235	+ 5	+ 2,2
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	5.363	5.430	+ 67	+ 1,2
Unbekannt	649	668	+ 19	+ 2,9
Frauen	105.678	107.607	+ 1.929	+ 1,8
Keine abgeschlossene Ausbildung	6.217	6.971	+ 754	+ 12,1
Pflichtschule	42.713	43.498	+ 785	+ 1,8
Lehre	29.537	29.250	– 287	– 1,0
Berufsbildende mittlere Schule	9.353	9.219	– 134	– 1,4
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	11.080	11.194	+ 114	+ 1,0
Akademie	615	622	+ 7	+ 1,1
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	5.504	6.119	+ 615	+ 11,2
Unbekannt	659	734	+ 75	+ 11,4
Insgesamt	250.783	246.702	– 4.081	– 1,6
Keine abgeschlossene Ausbildung	14.457	15.737	+ 1.280	+ 8,9
Pflichtschule	98.486	97.740	– 746	– 0,8
Lehre	88.208	83.514	– 4.694	– 5,3
Berufsbildende mittlere Schule	14.241	13.896	– 345	– 2,4
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	22.372	22.007	– 365	– 1,6
Akademie	845	857	+ 12	+ 1,4
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	10.867	11.549	+ 682	+ 6,3
Unbekannt	1.308	1.402	+ 94	+ 7,2

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit konzentrierte sich 2011 auf Personen mit abgeschlossener Lehrausbildung (–4.694 oder –5,3%), während die Arbeitslosigkeit unter den Personen mit höchstens Pflichtschulausbildung anders als 2010 wieder stieg. Auch die Zahl der Arbeitslosen mit akademischer Ausbildung nahm abermals zu – allerdings weiterhin von einem sehr niedrigen Niveau aus. Insgesamt verfügten 46,0% der registrierten Arbeitslosen höchstens über einen Pflichtschulabschluss, 39,5% hatten eine Lehre oder mittlere berufsbildende Schule absolviert.

Die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit verharrte 2011 bei knapp über 93 Tagen (–1 Tag gegenüber 2010), und auch die Zahl der langzeitbeschäftigten

gungslosen Arbeitslosen¹⁶⁾ (44.346, -194 oder -0,4%) und der Langzeitbeschäftigungslosen¹⁷⁾ insgesamt (73.629, -274 oder -0,4%) war unverändert hoch. Einzig die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit einer Vormerkdauer von mindestens einem Jahr verringerte sich um mehr als ein Viertel auf 4.900 (-1.796 oder -26,8%).

Im 1. Halbjahr, vor allem aber im I. Quartal (+5.306 oder +20,5%) erhöhte sich die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten sofort verfügbaren offenen Stellen deutlich. In der zweiten Jahreshälfte, insbesondere gegen Jahresende, zeichnete sich dagegen ein Rückgang ab. Insgesamt wurde das Stellenangebot im Jahresdurchschnitt 2011 um 1.301 oder 4,2% auf 32.310 ausgeweitet. Die Stellenandrangziffer verringerte sich zwar weiter von 8,1 auf 7,6 registrierte Arbeitslose je offene Stelle, lag damit allerdings weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die Stellenangebote in den Printmedien¹⁸⁾, die neben Teilzeittätigkeiten auch befristete Dienstverhältnisse (ab einer Beschäftigungsdauer von 2 Monaten), geringfügige Beschäftigung, selbstständige Tätigkeiten und freie Dienstverträge umfassen, erhöhten sich mit +10,8% deutlich stärker als die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen.

Julia Bock-Schappelwein (Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at),

Hedwig Lutz (Hedwig.Lutz@wifo.ac.at)

Statistik: Stefan Fuchs (Stefan.Fuchs@wifo.ac.at)

Sachgüterkonjunktur lässt in der zweiten Jahreshälfte nach

In der Sachgütererzeugung erwirtschafteten im Jahr 2011 rund 533.000 Beschäftigte (Durchschnitt 2011) eine nominelle Wertschöpfung von rund 157 Mrd. €. Die Produktivität war mit einer durchschnittlichen Wertschöpfung je unselbstständige Arbeitskraft von etwa 296.000 € wesentlich höher als im Vorjahr, während die Beschäftigung noch leicht zurückging. Der Nettoproduktionswert wurde im Vorjahresvergleich deutlich gesteigert (+10,4%).

2011 insbesondere im I. und II. Quartal expandierte die Sachgütererzeugung im Vorquartalsvergleich sehr stark, im weiteren Jahresverlauf ließ die Dynamik jedoch merklich nach. Dieses Konjunkturmuster folgte im Wesentlichen der internationalen Konjunktur und der Exportdynamik des österreichischen Warenhandels. Im I. Quartal wurde ein reales Wachstum gegenüber dem Vorjahr von 21% verzeichnet, im II. Quartal von 10,9%, im III. Quartal von 8,8% und im IV. Quartal von 2,9%. Kumuliert ergab sich aus dieser Entwicklung eine reale Steigerung des Nettoproduktionswertes gegenüber dem Vorjahr um 10,4%. Die saisonbereinigten Werte zeigen die Trendumkehr noch deutlicher: Während sich gegenüber dem Vorquartal in den ersten zwei Quartalen noch eine Steigerung ergab (I. Quartal +3,6%, II. Quartal +0,8%), war der Nettoproduktionswert ab der Jahresmitte rückläufig (III. Quartal -0,2%, IV. Quartal -1,4%).

Nach einem Rückgang um 2,0% im Jahr 2010 wurde die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung 2011 deutlich ausgeweitet (+2,5%). Auch unterjährig verlor die Entwicklung der Kernbelegschaft nicht an Dynamik (I. Quartal +1,9%, II. Quartal +1,7%, III. Quartal +2,1%, IV. Quartal +1,7% gegenüber dem Vorjahr). Die geleistete Arbeitszeit je Arbeitskraft nahm mit +0,2% nur unwesentlich zu, während sich die Produktivität insgesamt erheblich verbesserte (+8,2%). Auch die Exportdaten zeigen eine deutliche Expansion: Insgesamt stiegen die Exporte der Sachgütererzeugung gegenüber 2010 beträchtlich (+11,3%). Für die relativen Lohnstückkosten der österreichischen Sachgütererzeugung im Jahr 2011 liegen noch keine Daten vor.

Die meisten Branchen (ÖNACE-2008-Zweisteller; Übersicht 35) steigerten ihre Produktion 2011 kräftig: Die höchsten Wachstumsraten verzeichneten die Branchen Herstellung von sonstigen Waren (+38,3%), Kokerei und Mineralölverarbeitung (+28,3%), Metallserzeugnisse und -bearbeitung (+18,9%), Maschinenbau (+14,6%) und Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+14,1%), während die Herstellung von Bekleidung schrumpfte (-17,5%). Die Entwicklung war von branchen- und unternehmensspezifischen Effekten geprägt. So erholte sich der Maschinenbau erst 2011 signifikant vom

¹⁶⁾ Als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose gelten zum jeweiligen Stichtag beim AMS als arbeitslos vorgemerkte Personen, die mehr als ein Jahr mit Unterbrechungen von weniger als 62 Tagen immer wieder den Status "vorgemerkt arbeitslos" erhalten haben.

¹⁷⁾ Alle Vormerkepisoden als arbeitslos, lehrtellensuchend und in Schulungsmaßnahmen mit Unterbrechungen bis zu 62 Tagen werden als eine Episode gezählt. Wenn eine Episode länger als ein Jahr dauert, gilt die Person als langzeitbeschäftigungslos.

¹⁸⁾ Kostera, D., Der Stellenmarkt in Österreich: Jahresbericht 2011. Analyse der Personalsnachfrage in Medieninseraten, Studie von GfK Austria im Auftrag des AMS Österreich, Wien, 2012.

Einbruch während der Wirtschaftskrise, während die enorme Steigerung des Produktionswertes von Kokerei und Mineralölverarbeitung auch die Erdölverteuerung widerspiegelt.

Übersicht 34: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Nettoproduktionswert real ¹⁾	+ 4,9	+ 7,7	+ 8,3	+ 0,9	- 15,3	+ 7,4	+ 10,4
Beschäftigte ²⁾	- 0,8	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,7	- 5,3	- 1,3	+ 1,9
Stundenproduktivität ³⁾	+ 6,3	+ 7,4	+ 5,9	- 0,3	- 7,3	+ 5,6	+ 8,2
Relative Lohnstückkosten ⁴⁾	+ 0,4	- 1,5	- 1,0	- 3,7	+ 3,7	- 0,7	.
Warenexporte (SITC 5 bis 8)	+ 3,4	+ 12,3	+ 9,8	+ 1,4	- 20,9	+ 16,3	+ 11,3

Q: WIFO-Datenbank, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut VGR. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; 2005 bereinigt um Umschichtungen vom Fahrzeugbau zum Bereich Verkehr (unbereinigt: -2,1%). Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Wirtschaftsklassifikation auf ÖNACE 2008; 2008: WIFO-Schätzung. – ³⁾ Nettoproduktionswert je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁴⁾ In einheitlicher Währung gegenüber 26 Handelspartnern; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Übersicht 35: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Herstellung von Waren 2011

Nach ÖNACE 2008

	Produktionswert Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Beschäftigung Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Produktion pro Kopf In €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Erzeugerpreisindex 2005 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	13.494,7	+ 10,2	54.105	+ 2,0	249.419	+ 8,0	105,5	+ 5,5
Getränkeherstellung	4.603,0	+ 8,1	8.113	- 0,9	567.338	+ 9,1	100,4	+ 0,4
Herstellung von Textilien	1.316,0	+ 5,4	7.890	+ 1,9	166.786	+ 3,4	108,0	+ 8,0
Herstellung von Bekleidung	811,8	- 17,5	5.804	- 4,3	139.875	- 13,8	103,9	+ 3,9
Herstellung von Leder-, -waren und Schuhen	768,5	+ 11,6	3.478	+ 2,8	220.934	+ 8,5	101,2	+ 1,2
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren	7.168,8	+ 8,7	28.098	+ 3,6	255.140	+ 4,9	103,4	+ 3,4
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	6.217,5	+ 5,6	16.382	- 0,0	379.542	+ 5,7	102,7	+ 2,7
Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	2.314,4	- 7,6	11.419	- 3,5	202.683	- 4,3	98,6	- 1,4
Kokerei und Mineralölverarbeitung	10.171,5	+ 28,3	1.335	- 11,8	7.619.577	+ 45,5	.	.
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	6.497,0	+ 9,9	16.059	+ 1,4	404.571	+ 8,4	108,5	+ 8,5
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	3.233,0	+ 2,3	11.705	+ 3,4	276.201	- 1,1	98,0	- 2,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	5.673,4	+ 14,1	26.301	+ 5,8	215.714	+ 7,8	104,3	+ 4,3
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	6.353,6	+ 3,9	29.982	+ 1,3	211.914	+ 2,6	102,2	+ 2,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	16.508,6	+ 18,9	33.657	+ 3,4	490.503	+ 15,0	109,9	+ 9,9
Herstellung von Metallerzeugnissen	12.724,8	+ 9,2	62.570	+ 3,5	203.370	+ 5,5	102,0	+ 2,0
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	4.325,0	- 0,4	19.059	+ 2,9	226.932	- 3,2	99,9	- 0,1
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	10.841,7	+ 8,3	40.733	+ 2,5	266.163	+ 5,6	100,3	+ 0,3
Maschinenbau	17.449,5	+ 14,6	67.086	+ 4,8	260.107	+ 9,4	101,5	+ 1,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	13.116,3	+ 14,0	29.367	+ 4,4	446.635	+ 9,2	100,4	+ 0,4
Sonstiger Fahrzeugbau	2.084,2	+ 5,9	5.537	+ 1,9	376.408	+ 3,9	101,7	+ 1,7
Herstellung von Möbeln	2.367,2	+ 2,8	18.893	+ 0,9	125.297	+ 1,8	102,3	+ 2,3
Herstellung von sonstigen Waren	5.263,1	+ 38,3	11.855	+ 2,1	443.972	+ 35,4	100,7	+ 0,7
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	4.259,8	- 1,2	22.912	+ 0,5	185.919	- 1,7	101,3	+ 1,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

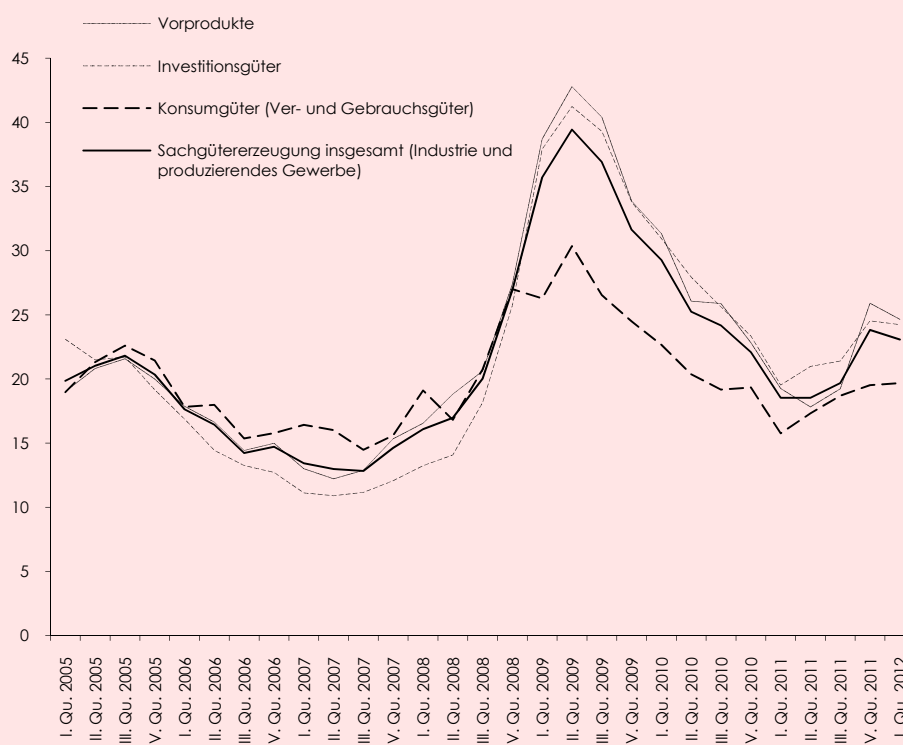
Die Beschäftigung wurde 2011 in den meisten Branchen ausgeweitet, am deutlichsten in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (+5,8%), im Maschinenbau (+4,8%) und in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+4,4%). Be-
trächtliche Einbußen waren in der Branche Kokerei und Mineralölverarbeitung (-11,8%) und in der Herstellung von Bekleidung (-4,3%) zu verzeichnen. Aufgrund der
divergierenden Entwicklung von Nettoproduktionswert (+18,9%) und Beschäftigung
(-11,8%) erhöhte sich die Beschäftigtenproduktivität in der Kokerei und Mineralöl-
verarbeitung um fast die Hälfte (+45,5%). Auch die Herstellung von sonstigen Waren
(+35,4%) und die Metallerzeugung und -bearbeitung (+15%) verzeichneten einen

überdurchschnittlichen Produktivitätsanstieg. Eine Verringerung der Produktivität war vor allem in den Branchen mit Produktionseinbußen zu verzeichnen: Herstellung von Bekleidung (–13,8%), Herstellung von Druckerzeugnissen und Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern (–4,3%) und Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (–3,2%).

Die Erzeugerpreise stiegen insbesondere in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+9,9%), Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+8,5%) sowie der Herstellung von Textilien (+8%), während sie in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (–2,0%) und Herstellung von Druckerzeugnissen und Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern (–1,4%) im Vorjahresvergleich zurückgingen.

Mit rund 67.000 Beschäftigten waren auch 2011 der Maschinenbau vor der Produktion von Metallerzeugnissen (rund 62.500) sowie der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (rund 54.100) die beschäftigungsstärksten Branchen in der Sachgütererzeugung. Diese drei Branchen stellen rund 35% der Beschäftigung und 28% der Sachgüterproduktion. Insgesamt betrug 2011 der Anteil der Sachgütererzeugung an der Entstehung des realen BIP 18,9%, der Anteil an der gesamtwirtschaftlichen unselbständigen Beschäftigung 16,5%, der Anteil an den Erwerbstätigen 14,5%.

Abbildung 15: Index der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Geschäftslage



Q: WIFO-Konjunkturtest. 0 . . . geringste Unsicherheit, 100 . . . höchste Unsicherheit.

Im internationalen Vergleich hatte die Wirtschaftskrise in Österreich geringe Auswirkungen auf die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. 2009 stieg die Zahl der Insolvenzen in der Gesamtwirtschaft von niedrigem Niveau um 9,3%, das Insolvenzvolumen erhöhte sich um 33,3%. 2010 verringerte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 7,6%, das Volumen nahm aber um 17,5% zu. 2011 schätzt der Kredit-schutzverband von 1870 die Zahl der Insolvenzen auf 5.869 Fälle (–8% gegenüber 2010; 3.260 eröffnete und 2.609 mangels Masse nicht eröffnete Verfahren), das damit verbundene Insolvenzvolumen auf 2,8 Mrd. € (–40,4%). Dieser Rückgang ist insbesondere auf die gute Konjunkturlage zurückzuführen. Die Zahl der eröffneten Insolvenzen von Industrieunternehmen war um rund ein Viertel niedriger als im Vorjahr (2010: 19, 2010: 14 Fälle). Die seit 2010 geltende neue sanierungsfreundliche Insol-

venzordnung hat, wie die Daten zeigen, positive Auswirkungen: 2010 waren rund 10,5% der eröffneten Konkursverfahren Sanierungsverfahren (371 Fälle), 2011 stieg der Anteil auf 22,3% (728 Fälle). Somit ist mittlerweile fast jedes fünfte eröffnete Verfahren ein Sanierungsverfahren, in dem versucht wird, das Unternehmen zu retten.

Allerdings steht diesen positiven Zahlen eine zunehmende Unsicherheit in der Einschätzung der künftigen Geschäftslage gegenüber (Abbildung 15). Dieser Indikator war vor der Wirtschaftskrise weit unter dem langfristigen Durchschnitt gelegen und stieg im Zuge der Krise deutlich. 2010 und bis zum II. Quartal 2011 hatte er sinkende Tendenz. Im III. und IV. Quartal 2011 erhöhte sich die unternehmerische Unsicherheit im Zuge der Schuldenkrise empfindlich.

Abbildung 16: Konjunkturbeurteilung der Unternehmen



Die Branchenklimaindizes "Index der aktuellen Lagebeurteilungen" und "Index der unternehmerischen Erwartungen" werden vom WIFO auf Basis der Unternehmensbefragungen des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung insgesamt sowie für die drei Branchengruppen Vorprodukt-, Investitionsgüter- sowie Konsumgütererzeugung erstellt. Die Indizes haben einen Wertebereich von -100 bis +100. Negative Werte stehen für eine negative Einschätzung, positive Werte für überdurchschnittliche Einschätzungen.

Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen der Sachgütererzeugung insgesamt wies ab April 2011 einen deutlichen Abwärtstrend auf, der sich erst zum Jahresende stabilisierte. Der Index der unternehmerischen Erwartungen begann bereits im Februar 2011 zu sinken, eine Stabilisierung und Trendwende zeichnete sich erst gegen Ende des III. Quartals ab. In der Erzeugung von Vorprodukten hatten beide Indizes eine

relativ hohe Dynamik. In den Investitionsgüterbranchen entwickelte sich die Lagebeurteilung deutlich günstiger als der Erwartungsindex. In den Konsumgüterbranchen wiesen beide Indizes eine viel geringere Dynamik aus. Auch in den drei Branchengruppen zeigte der Index der unternehmerischen Erwartungen erst zum Jahresende eine Stabilisierung und Trendumkehr der Konjunktur an.

Werner Hölzl (Werner.Hoelzl@wifo.ac.at)

Statistik: Elisabeth Neppl-Oswald (Elisabeth.Neppl@wifo.ac.at)

Bauwirtschaft wächst 2011 kräftig

Nach den Produktionseinbußen der Vorjahre verzeichnete die österreichische Bauwirtschaft im Jahr 2011 ein kräftiges Wachstum. Die reale Bruttowertschöpfung stieg um 2,7%, die realen Bauinvestitionen um 2,6%. Das Niveau des Vorkrisenjahres 2008 wurde damit aber noch nicht wieder erreicht. Sowohl Wohnbauinvestitionen als auch sonstige Bauinvestitionen (sonstiger Hochbau, Tiefbau) entwickelten sich 2011 dynamisch. Dieses VGR-Aggregat verdeckt jedoch die Diskrepanz zwischen der positiven Entwicklung im sonstigen Hochbau und der schwachen Tiefbaukonjunktur. Dieses Muster hängt eng damit zusammen, dass Impulse für die Bauwirtschaft 2011 insbesondere aus der privaten Nachfrage kamen.

Übersicht 36: Produktionswert des Bauwesens

	2010	2011	2011			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Laut ÖNACE ¹⁾	- 2,2	+ 4,9	+ 1,8	+ 6,0	+ 3,2	+ 7,4
Hoch- und Tiefbau	- 4,6	+ 4,9	- 1,0	+ 6,7	+ 2,4	+ 8,9
Baunebengewerbe ²⁾	+ 0,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 5,1	+ 4,2	+ 5,8
Laut GNACE ³⁾	- 4,6	+ 2,9	- 4,0	+ 5,0	+ 1,3	+ 6,6
Hochbau	- 1,5	+ 7,9	+ 1,5	+11,1	+ 8,7	+ 8,0
Wohnhaus- und Siedlungsbau	- 0,5	+ 6,2	- 3,6	+ 6,3	+ 9,5	+ 8,4
Sonstiger Hochbau	- 5,9	+11,9	+ 4,7	+20,0	+ 8,2	+12,9
Adaptierungen im Hochbau	+ 3,9	+ 4,7	+12,1	+10,3	+ 3,5	- 2,5
Tiefbau	- 8,9	- 3,2	-12,3	- 2,6	- 7,0	+ 5,6
Verkehrswegebau ⁴⁾	-12,0	- 8,0	-26,9	- 6,5	-11,5	+ 5,2
Sonstiger Tiefbau ⁵⁾	- 5,3	+ 1,8	+17,7	+ 1,6	- 1,8	+ 6,0
Vorbereitende Baustellenarbeiten	- 3,2	- 2,8	- 6,8	+ 0,9	- 5,2	- 1,5

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Klassifikation laut EU, Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Bauinstallation, Aus- und Bauhilfsgewerbe. – ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ⁴⁾ Brücken- und Hochstraßenbau, Straßenbau, Eisenbahnoberbau, Tunnelbau. – ⁵⁾ Rohrleitungs-Kabelnetzbau, Wasserbau, Spezial- und sonstiger Tiefbau.

Aufschluss über die aktuelle Entwicklung der österreichischen Bauproduktion liefert in erster Linie die Konjunkturstatistik. Die abgesetzte Produktion im Bauwesen nahm demnach 2011 um 4,9% zu (ÖNACE). Das Baunebengewerbe setzte um 5% mehr um als im Vorjahr, der Hochbau um 1,6% und der Tiefbau um 10,6% – diese Klassifikation bezieht sich auf die Haupttätigkeit der Betriebe bzw. Unternehmen. Jedoch gibt es Hinweise auf eine Strukturverschiebung der Haupttätigkeit, vermehrt sind Tiefbaubetriebe in Hochbauparten tätig¹⁹⁾: Gemessen an der technischen Produktion nach GNACE (Güterklassifikation), erhöhte sich der Produktionswert von Hochbauten um 7,9%, während jener von Tiefbauten um 3,2% zurückging. Für das Baunebengewerbe stehen Daten in dieser Klassifikation nicht zur Verfügung. Insgesamt übertraf die technische Produktion das Vorjahresniveau im Bauhauptgewerbe um 2,9%. Die Produktionstätigkeit für öffentliche Auftraggeber (GNACE) ging dabei insgesamt neuerlich zurück (-4%), und zwar im Tiefbau stärker als im Hochbau; sie wurde in nur wenigen Sparten ausgeweitet, etwa im Bereich der Adaptierungen im Hochbau (z. B. thermische Sanierung).

¹⁹⁾ Huber, P., Bierbaumer-Polly, J., Kunnert, A., Nowotny, K., Schönfelder, St., Die Wirtschaft in den Bundesländern. II. Quartal 2011, WIFO, Wien, 2011, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/43152>.

Übersicht 37: Auftragslage im Bauwesen

	Auftragsbestände		Auftragseingänge	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2010	8.344	- 6,5	24.083	+ 0,5
I. Quartal	8.663	- 6,2	5.442	- 0,7
II. Quartal	8.655	- 8,0	6.031	+ 1,0
III. Quartal	8.337	- 7,6	6.150	- 3,8
IV. Quartal	7.720	- 3,8	6.459	+ 5,8
2011	8.629	+ 3,4	24.858	+ 3,2
I. Quartal	8.213	- 5,2	5.036	- 7,5
II. Quartal	9.035	+ 4,4	6.410	+ 6,3
III. Quartal	8.770	+ 5,2	6.561	+ 6,7
IV. Quartal	8.498	+ 10,1	6.851	+ 6,1

Q: Statistik Austria, ÖNACE.

Im Hochbau expandierten alle Sparten, am stärksten der Industrie- und Ingenieurbau sowie der sonstige Hochbau. Diese Sparten befriedigen eine große private (insbesondere gewerbliche) Nachfrage und profitierten daher am meisten vom Konjunkturaufschwung. Nach mäßigen Zuwächsen im I. Quartal 2011 war insbesondere im II. Quartal eine kräftige Aufwärtstendenz zu verzeichnen. Der milde Winterbeginn begünstigte zudem die Entwicklung im IV. Quartal 2011.

Übersicht 38: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitslose in der Bauwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Absolut		Veränderung gegen das Vorjahr	
	Absolut		Absolut	In %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>				
2008 ²⁾	247.112			
2009	243.099	- 4.014	- 1,6	
2010	241.668	- 1.430	- 0,6	
2011	245.370	+ 3.702	+ 1,5	
<i>Arbeitslose nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE)</i>				
2008 ²⁾	24.518			
2009	30.544	+ 6.026	+ 24,6	
2010	30.570	+ 26	+ 0,1	
2011	27.928	- 2.642	- 8,6	
<i>Arbeitslose nach Bauberufen</i>				
2008	21.865	- 2.237	- 9,3	
2009	26.662	+ 4.796	+ 21,9	
2010	26.212	- 449	- 1,7	
2011	24.698	- 1.514	- 5,8	
<i>Offene Stellen</i>				
2008	2.926	- 414	- 12,4	
2009	2.439	- 486	- 16,6	
2010	2.592	+ 153	+ 6,3	
2011	2.379	- 213	- 8,2	

Q: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe. – ²⁾ Aufgrund der Umstellung der ÖNACE-Klassifikation mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

Im Tiefbau wurde nach den empfindlichen Einbußen im Vorjahr die Produktion von Wasserbauten und in geringerem Ausmaß auch von Brücken und Hochstraßen ausgeweitet. Vom I. bis zum III. Quartal 2011 blieb die Tiefbauproduktion aber insgesamt unter dem Vorjahresniveau, wobei die Einbußen im II. Quartal mit -2,6% mäßig waren. Erst im IV. Quartal zeichnete sich auch im Tiefbau eine leichte Erholung ab (+5,6%).

Die Bauzulieferindustrie profitierte bereits im I. Quartal 2011 mit Wachstumsraten von über 10% vom Aufschwung der österreichischen Bauwirtschaft. Während die Holzverarbeitende Industrie ihre Produktion auch im weiteren Jahresverlauf zum Teil kräf-

tig ausweitete (2011 +8,8%), verlor die Entwicklung der Stein- und keramischen Industrie und der Glasindustrie ab dem II. Quartal deutlich an Dynamik. In der Glasindustrie ergab sich gegenüber dem außergewöhnlich hohen Vorjahresniveau (+17%) 2011 ein Rückgang des Produktionswertes um 2,3%. Etwas stabiler verlief die Entwicklung in der Stein- und keramischen Industrie: Nach sehr geringen Wachstumseinbußen im Jahr 2010 wuchs die Produktion 2011 nur mäßig (+1,5%).

Übersicht 39: Produktionswert der Bauzulieferbranchen

	Stein- und keramische Industrie ¹⁾	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2009	- 12,8	- 25,0	- 17,2
2010	- 0,5	+ 17,0	+ 13,2
2011	+ 1,5	- 2,3	+ 8,8
I. Quartal	+ 11,3	+ 15,8	+ 17,6
II. Quartal	+ 0,7	+ 0,6	+ 13,0
III. Quartal	- 2,7	- 4,8	+ 2,5
IV. Quartal	+ 0,8	- 18,0	+ 3,8

Q: Statistik Austria, ÖNACE. – ¹⁾ Gliederung laut Wirtschaftskammer.

Die aktuelle Entwicklung der Baupreise spiegelt ebenfalls die unterschiedliche Dynamik in Hoch- und Tiefbau wider: Gegenüber der schwachen Preissteigerung 2010 beschleunigte sich der Preisauftrieb in den Hochbausparten 2011 etwas, insbesondere im II. Quartal 2011. Im Tiefbau hatten die Preise in den Vorjahren aufgrund der Baukostensteigerung durch die Rohstoff- und Energieverteuerung merklich angezogen (2010 über +6%). 2011 fielen die Preiserhöhungen geringer aus (+3,5%), allerdings stärker als im Hochbau. Insgesamt blieb der Anstieg der Baupreise somit 2011 (+3,2%) erstmals seit Jahren unter der Inflationsrate (Verbraucherpreisindex +3,3%).

Übersicht 40: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

2000 = 100

	2008	2009	2010	2011
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Hochbau</i>	+ 4,8	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,8
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 4,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,8
Baumeisterarbeiten	+ 4,7	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,8
Sonstige Bauarbeiten	+ 4,6	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,3
Sonstiger Hochbau	+ 4,8	+ 2,8	+ 2,1	+ 3,2
<i>Tiefbau</i>	+ 5,1	+ 4,6	+ 6,2	+ 3,5
Straßenbau	+ 4,7	+ 3,9	+ 5,4	+ 3,2
Brückenbau	+ 5,0	+ 2,0	+ 2,9	+ 3,6
Sonstiger Tiefbau	+ 5,3	+ 6,1	+ 7,6	+ 3,8
<i>Hoch- und Tiefbau</i>	+ 5,0	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,2

Q: Statistik Austria.

Die Steigerung der Bauproduktion erlaubte 2011 eine Ausweitung der unselbständigen Beschäftigung im Bauwesen um 1,5% (+3.700 Personen). Im Jahresdurchschnitt 2011 waren 245.370 Unselbständige beschäftigt. Überdurchschnittlich war der Anstieg im I. Quartal (vor allem im Hochbau). Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen (sowohl nach Bauberufen als auch nach ÖNACE-Klassifikation) 2011 wieder beträchtlich. Jedoch deutet der Rückgang der Zahl der offenen Stellen (-213, -8,2%) auf eine Abschwächung der Beschäftigungsdynamik hin.

Entsprechend der Produktionsentwicklung war auch die Auftragslage 2011 äußerst günstig. Die Auftragsbestände wurden, nach einem merklichen Rückgang im Jahr 2010 und im I. Quartal 2011, wieder leicht ausgeweitet (Jahresdurchschnitt 2011 +3,4%, IV. Quartal +10,1%). Auch die Auftragseingänge übertrafen das Vorjahresniveau insgesamt um 3,2%. Nach den Einbußen im I. Quartal 2011 erreichten die Zuwächse im II. bis IV. Quartal 2011 6% bis 7%. Gegliedert nach der Haupttätigkeit der

Betriebe (ÖNACE) erhöhten sich sowohl die Bestände als auch die Eingänge am stärksten im Tiefbau, während sie im Hochbau leicht abnahmen. Wie erwähnt war dies teilweise auf eine Umstrukturierung der Haupttätigkeit zurückzuführen.

Der WIFO-Konjunkturtest von März 2012 bestätigt die stabilen Aussichten für die österreichische Bauwirtschaft: Nach einer Eintrübung Mitte 2011 weisen die Beurteilung der aktuellen Bautätigkeit und der Auftragsbestände und ähnlich die Beschäftigungs- und Preiserwartungen (saisonbereinigt gegenüber Februar 2012) eine Aufwärtstendenz auf. Dämpfend könnten sich die angekündigten Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte im Bereich der Infrastrukturinvestitionen auswirken.

Andrea Kunnert (Andrea.Kunnert@wifo.ac.at)

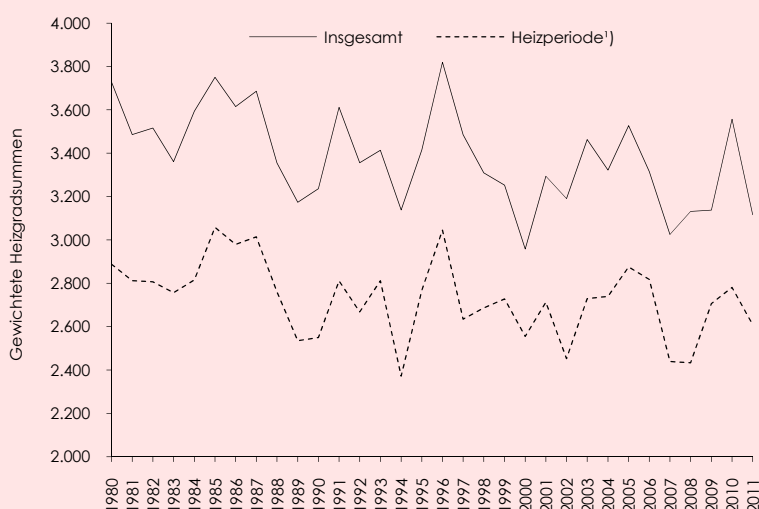
Statistik: Michael Weingärtler (Michael.Weingaertler@wifo.ac.at)

Nachdem der Energieverbrauch im Jahr 2009 aufgrund des Konjkturereinbruches gegenüber dem Vorjahr um rund 5,4% gesunken war, stieg er 2010 bedingt durch die Konjunkturerholung und die Zunahme der Heizgradtage deutlich (+6,7%). Nach den vorläufigen Daten und ersten Schätzungen verringerte er sich 2011 gegenüber dem Vorjahr um 3% bis 5%, bei einem Wachstum des realen BIP von 3,1%. Dieser Rückgang war vor allem auf die geringere Zahl der Heizgradtage und auf eine deutliche Verteuerung von Rohöl- und Erdgasprodukten zurückzuführen. Das Wetter beeinflusst die Energienachfrage insbesondere über die Veränderung der Heizgradtage in der Heizperiode. Insgesamt war die Zahl der Heizgradtage 2011 um 12,4% und in der Heizperiode um 6,2% niedriger als im Vorjahr (Abbildung 17). Langfristig (seit 1980) hat sie sinkende Tendenz. Dies spiegelt den Trend der weltweiten Klimaerwärmung wider.

Witterungsbedingter Rückgang des Energieverbrauches

Aufgrund der Witterungsbedingungen (Heizgradtage -12,4%) und der neuerlichen starken Rohölverteuerung (+33,3% auf Euro-Basis) verringerte sich der Energieverbrauch im Jahr 2011 nach vorläufigen Schätzungen deutlich (-3% bis -5%). Weil sich der Gaspreis anhaltend vom Rohölpreis entkoppelte, verteuerte sich Erdgas (+8,7%) schwächer als die Rohölprodukte (z. B. Heizöl +21,4%). Aufgrund der geringen Wasserführung der Flüsse erzeugten die Wasserkraftwerke um 9,7% weniger Strom als im Vorjahr. Die Einfuhr von elektrischem Strom stieg folglich um 26,5%, der Saldo im Außenhandel mit Strom war negativ.

Abbildung 17: Gewichtete Heizgradsummen für Österreich



Q: Statistik Austria nach Daten der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik. – ¹⁾ Heizperiode: Jänner, Februar und März, November und Dezember des betreffenden Kalenderjahres. Um den Einfluss des Wetters auf den Energieeinsatz beurteilen zu können, kann man den saisonalen Temperaturverlauf anhand der "Heizgradsummen" darstellen. Sie werden als Summe der Heizgradtage eines Zeitabschnittes berechnet. Die Heizgradtage oder Gradtagszahl (GTZ) ergeben sich als Summe der Temperaturdifferenzen zwischen einer konstanten Raumtemperatur ($BT = 20^{\circ}\text{C}$) und dem Tagesmittel der Lufttemperatur (T_n), falls diese gleich oder niedriger als eine angenommene Heizgrenztemperatur von 12°C ist:

$$GTZ = \sum (BT - T_n).$$

Neben dem Wetter und der Wirtschaftsentwicklung gelten die Veränderungen der Energiepreise als zentrale Einflussfaktoren des Energieverbrauches. Die Energiepreise zogen 2011 deutlich an: Rohöl verteuerte sich im Jahresdurchschnitt 2011 auf Dollarbasis um 40% und auf Euro-Basis um 33,3%, von 79,5 \$ auf 111,3 \$ je Barrel. Der kontinuierliche Preisanstieg hält seit dem Jahr 2000 an und wird in erster Linie auf den

weltweiten Anstieg der Nachfrage nach Erdöl insbesondere in den schnell wachsenden Schwellenländern sowie auf einen Engpass an Raffineriekapazitäten zurückgeführt.

Übersicht 41: Entwicklung der Energiepreise

	2009	2010 2000 = 100	2011	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Heizöl, extra leicht	136,3	167,0	202,7	+ 21,4
Strom	126,9	128,2	128,3	+ 0,1
Gas	158,1	151,1	164,2	+ 8,7
Feste Brennstoffe	129,7	131,4	136,2	+ 3,7
Kraftstoffe				
Benzin (Normal und Super)	112,3	128,0	146,3	+ 14,3
Dieselkraftstoff	126,6	143,7	172,9	+ 20,4

Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindexgruppe "Energie".

Der Gaspreis stieg für den Endverbrauch im Jahresverlauf 2011 mit +8,7% viel schwächer als der Erdölpreis, während der Preis von leichtem Heizöl um 21,4% anzog. Dieses Muster ist auf eine anhaltende Entkoppelung von Gas- und Mineralölpreisen zurückzuführen, wie auch die Entwicklung in den Vorjahren zeigt (Rückgang des Gaspreises bei gleichzeitigem Anstieg der Heizölpreise). Weltweit werden Gaskontrakte zunehmend auf der Basis von Angebot und Nachfrage geschlossen. Damit ist die Indexierung an die Rohölpreisentwicklung rückläufig. Die Zunahme der technologischen Möglichkeiten zur Förderung von Gas, auch aus unkonventionellen Ressourcen, sorgt für eine Angebotserweiterung und somit für eine preisliche Entspannung auf dem Gasmarkt²⁰⁾. Die Entwicklung der Kraftstoffpreise (Superbenzin +14,3%, Dieselkraftstoff +20,4%) folgt im Trend dem Anstieg der Rohölpreise und setzt sich ebenfalls fort. Die Preise fester Brennstoffe (Kohle, Biomasse) stiegen nur mäßig (+3,7%), der Strompreis blieb nahezu konstant.

Übersicht 42: Verbrauch von Mineralölprodukten

	2009	2010 1.000 t	2011	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Insgesamt	11.332	11.650	11.036	- 5,3
Flüssiggas	143	161	137	- 14,9
Normalbenzin	150	111	35	- 68,3
Superbenzin	1.692	1.710	1.720	+ 0,6
Flug- und Leuchtpetroleum	633	675	675	+ 0,0
Dieselmotorkraftstoff	5.952	6.227	6.065	- 2,6
Gasöl für Heizzwecke	1.457	1.449	1.271	- 12,2
Heizöle	658	721	474	- 34,2
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	646	596	657	+ 10,3

Q: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Der Verbrauch von Mineralölprodukten nahm folglich in Zusammenhang mit der Preisentwicklung und der geringeren Zahl der Heizgradtage um 5,3% ab; insbesondere an Heizölen (-34,2%), Gasöl für Heizzwecke (-12,2%) und Flüssiggas (-14,9%) wurde weniger verbraucht als im Vorjahr. Aber auch die Nachfrage nach Dieselmotorkraftstoff blieb 2011 aufgrund der Preissteigerungen um 2,6% unter dem Vorjahresniveau. Das Wetter beeinflusste auch den Verbrauch von Erdgas (-6,3%).

²⁰⁾ IEA, Are We Entering a Golden Age of Gas? Special Report, World Energy Outlook, Paris, 2011.

Übersicht 43: Erdgas

	2009	2010 Mio. m³	2011	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	1.578	1.713	1.594	– 7,0
+ Saldo zwischen Importen und Exporten	7.563	7.133	9.270	+ 30,0
– Speicherbewegung	428	–709	1.972	.
= Inlandsverbrauch	8.802	9.558	8.981	– 6,0
– Eigenverbrauch, Fernleitungsverluste	585	441	435	– 1,4
= Abgabe an Verbraucher	8.217	9.117	8.546	– 6,3

Q: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Übersicht 44: Elektrischer Strom

	2009	2010 GWh	2011	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	68.852	70.827	65.481	– 7,5
Wasserkraft	38.673	37.318	33.716	– 9,7
Wärmekraft	20.750	24.753	23.135	– 6,5
Sonstige	9.428	8.755	8.630	– 1,4
Einfuhr	19.542	19.745	24.980	+ 26,5
Ausfuhr	18.762	17.531	16.751	– 4,4
Verbrauch¹)	65.667	68.477	68.651	+ 0,3

Q: E-Control. – ¹) Ohne Pumpstrom.

Bei einer Abnahme der Erzeugung von elektrischer Energie um insgesamt 7,5% und unverändertem Verbrauch (+0,3%) wuchsen die Importe laut vorläufigen Zahlen der E-Control um 26,5%. Die Exporte nahmen um 4,4% ab. Die Erzeugung von Wasserkraft sank gegenüber dem Vorjahr um 9,7%. Dies ist auf eine geringe Wasserführung der Flüsse im Jahr 2011 zurückzuführen. So lag die Wasserführung im Bereich des Verbundes in den ersten neun Monaten um 12% unter dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre. Auch die Wärmekrafterzeugung war rückläufig (–6,5%). Daher war der Saldo im Außenhandel mit elektrischem Strom 2011 negativ. Während der Verbrauch von elektrischer Energie weitgehend konstant war und der Verbrauch an Mineralölprodukten und Erdgas sank, wuchs das reale BIP um 3,1%, d. h. die Entwicklung des Energieverbrauches entkoppelte sich witterungs- und preisbedingt vom Wirtschaftswachstum.

Ina Meyer (Ina.Meyer@wifo.ac.at)Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Vor dem Hintergrund der guten Konjunktur des Jahres 2011 entwickelten sich die Rahmenbedingungen der Verkehrswirtschaft und die Indikatoren der Mobilitäts- und Transportnachfrage fast ausnahmslos positiv. Der Aufschwung wurde durch den merklichen Anstieg der Kraftstoffpreise aufgrund der Mineralölsteuererhöhung Anfang 2011 und insbesondere der Rohölverteuerung nicht nachdrücklich beeinträchtigt.

Die fachliche Diskussion war in Österreich von den Auswirkungen dieser Preiserhöhungen auf private Haushalte und Unternehmen sowie von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der großen Transport- und Verkehrsdienstleister Rail Cargo Austria (RCA) und Austrian Airlines (AUA) geprägt. Mit Spannung wurde darüber hinaus der Beginn des Wettbewerbs im österreichischen Schienenpersonenverkehr durch den Markteintritt des Unternehmens "Westbahn" erwartet (Dezember 2011). Auswirkungen auf die Verkehrswirtschaft haben auch die Maßnahmen von Verkehrsministerium und ÖBB als Beitrag der Infrastrukturpolitik zur Budgetkonsolidierung. Das aktuelle Sparpaket der Bundesregierung, das Anfang 2012 konkretisiert wurde, sieht nunmehr im Bereich des Bahnausbaus Einsparungen von über 900 Mio. € über den Zeitraum

**Verkehrswirtschaft
2011: Stabilisierung
und Aufschwung**

von fünf Jahren vor. Davon sind einzelne kleinere Ausbauprojekte betroffen (etwa die Elektrifizierung der Strecke Gänserndorf–Marchegg), aber auch die Großprojekte Semmering-, Koralm- und Brennerbasistunnel. Hier sollen eine Änderung des Auftragsvergabezeitpunktes, eine Redimensionierung und eine Effizienzsteigerung der Bauleistungen deutliche Einsparungen und damit eine Minderbelastung für das Bundesbudget gewährleisten. Auch die Asfinag hat inzwischen bekanntgegeben, dass sie einzelne Autobahn- und Schnellstraßenprojekte zwecks Kosteneinsparung redimensionieren wird.

Auf dem Arbeitsmarkt des Bereiches Verkehr und Lagerei, der von der Wirtschaftskrise 2008/09 aufgrund der hohen Konjunkturabhängigkeit der Transportnachfrage besonders negativ betroffen war, setzte sich der Aufschwung fort: In den Wirtschaftsabschnitten Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt, Luftfahrt, Lagerei, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr sowie Post-, Kurier- und Expressdienste sank die Arbeitslosigkeit aggregiert um 5,9%. Im gesamten Dienstleistungssektor (Wirtschaftsabschnitte G bis O) war dagegen eine leichte Zunahme der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen (+0,7%).

Übersicht 45: Güterverkehr

		2011 Absolut	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2007/2011 Veränderung in %
ÖBB	Mio. n-t-km	14.723	+ 4,0	- 0,5
Inland	Mio. n-t-km	4.089	- 4,1	+ 2,3
Einfuhr	Mio. n-t-km	4.485	+ 8,9	+ 0,3
Ausfuhr	Mio. n-t-km	3.193	+ 5,4	- 0,2
Transit	Mio. n-t-km	2.956	+ 7,4	- 5,1
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	158.648	+ 23,9	- 0,9
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.219	+ 3,5	- 0,0
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.004	+ 10,0	+ 0,5
Transit	Mio. n-t-km	3.915	- 1,5	+ 0,4
Luftfahrt ¹⁾	1.000 t	172 ²⁾	- 7,9 ²⁾	+ 1,4

Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Fracht, An- und Abflug. – ²⁾ Jänner bis Oktober.

Übersicht 46: Arbeitslosigkeit im Verkehrssektor

	2011 Absolut	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitslose insgesamt	246.702	- 1,6
Produzierender Bereich	52.871	- 11,3
Dienstleistungssektor	180.814	+ 0,7
Verkehrssektor	12.334	- 5,9

Q: AMS.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen von Transport und Verkehr

Das für den internationalen Transport relevante Wachstum des Außenhandels war im Jahr 2011 mit +3,2% überdurchschnittlich, die Tonnage übertraf das Vorjahresniveau mit 149,4 Mrd. t um 4,3%. Die Einfuhr entwickelte sich dabei dynamischer (+4,8%) als die Ausfuhr (+3,6%). Die transportintensiven und verstärkt international ausgerichteten Branchen der Sachgütererzeugung steigerten ihre Wertschöpfung arbeitstagsbereinigt gegenüber 2010 um 5,8%.

Jene Branchen, die Leistungen des Inlandsgüterverkehrs nachfragen, verzeichneten im Jahr 2011 fast ausnahmslos und zum Teil deutliche Umsatzsteigerungen. So stieg etwa die Wertschöpfung der Mineralölindustrie und der Metallerzeugung um 20% bzw. 10,3% (Be- und Verarbeitung von Holz arbeitstagsbereinigt +6,9%, Herstellung von Papier und Pappe +3,5%, Chemie +3,0%, Nahrungs- und Genussmittelindustrie +1,3%, Glasindustrie +0,5%). Unter dem Vorjahresergebnis blieben die Umsätze im österreichischen Bergbau (-6,4%). Aufgrund der weiterhin äußerst robusten Konsum-

nachfrage der österreichischen Haushalte expandierte der Umsatz des Einzelhandels gegenüber 2010 um 2,0%.

Abbildung 18: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, Wiener Linien.

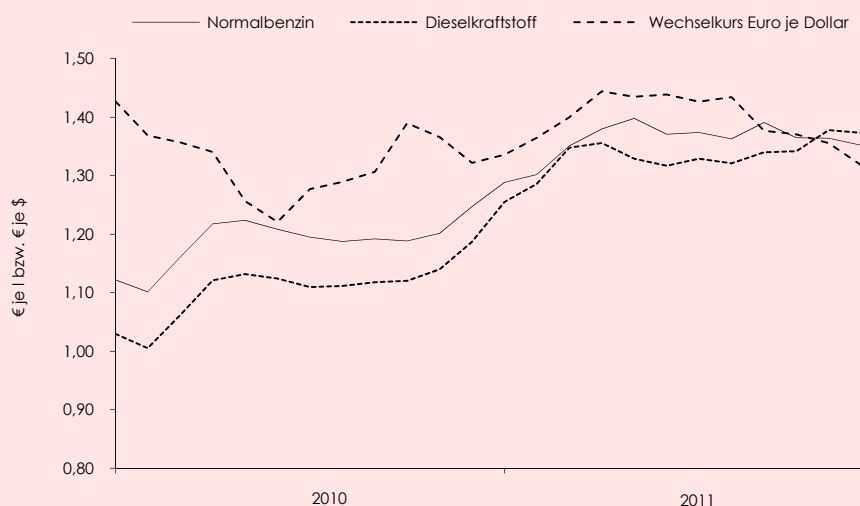
Dank der guten Konjunktur entwickelte sich 2011 auch der Arbeitsmarkt als wichtige Determinante des Berufs- bzw. Pendelverkehrs günstig: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg um 1,8%, die Arbeitslosigkeit sank im Jahresdurchschnitt um 1,6% auf 246.700 Personen.

Entwicklung der Treibstoffpreise

Die Gäste- und Nächtigungszahlen erhöhten sich im österreichischen Tourismus gegenüber dem hohen Vorjahresniveau neuerlich. Dies sollte zum Wachstum des Reise- und Freizeitverkehrs beigetragen haben. Die Ankünfte erreichten mit fast 35 Mio. (+3,7%) einen neuen Höchstwert, die Zahl der Nächtigungen (126 Mio., +0,9%) war bisher in nur vier Jahren höher gewesen. Die Nachfrage aus dem Ausland entwickelte sich dabei dynamischer als die Inlandsnachfrage (Ankünfte +4,6% bzw. +2,0%).

Einer der wesentlichen Treiber der deutlichen Inflation im Jahr 2011 (+3,3%) waren die Ausgaben für den Verkehr und darunter vor allem für Treibstoffe. Über alle Kraftstoffarten betrug die Teuerung gegenüber 2010 im Jahresmittel 18%. Dieselkraftstoff verteuerte sich sogar um 21%, Ottokraftstoff (Eurosper, Super Plus und Normalbenzin) laut Wirtschaftsministerium um etwa 15%. Der in Österreich aufgrund der unterschiedlichen Besteuerung traditionell wesentlich niedrigere Dieselpreis hat sich inzwischen fast dem Benzinpreis angeglichen. Die enorme Verteuerung aller Treibstoffarten resultiert vor allem aus der weltweit anhaltend hohen Nachfrage nach fossilen Energieträgern, den geopolitischen Unsicherheiten in verschiedenen Erdöl-Erzeugerregionen (Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten) und dem Wertverlust des Euro gegenüber dem Dollar seit April 2011 aufgrund der europäischen Staatsschuldenkrise. Auch die Mineralölsteuererhöhung im Jahr 2011 hatte Einfluss auf die Preissteigerung im Inland.

Abbildung 19: Treibstoffpreise



Q: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Statistik Austria.

Wegen der empfindlichen Verteuerung sank die Nachfrage nach Kraftstoffen für Straßenfahrzeuge und mobile Maschinen 2011 leicht. Bis zum November 2011 wurde gemessen an der Kraftstoffmenge um 3,1% weniger Benzin und um 1,4% weniger Dieseldkraftstoff abgesetzt als im Vorjahr. Welche Nachfragegruppe wie weit zum Rückgang beigetragen hat, wird aktuell diskutiert²¹⁾. Nach wie vor ist das Preisniveau in Österreich niedriger als in Deutschland und Italien (derzeit um bis zu 0,25 € je Liter), sodass in den letzten Jahren häufig "Arbitrage tanken"²²⁾ im Personen- wie auch im Güterverkehr zu beobachten ist. Mit der Anhebung der Mineralölsteuer Anfang 2011 verringerten sich die Kraftstoffpreisunterschiede zwischen Österreich und den großen Nachbarländern etwas. Aufgrund der tendenziell höheren Preiselastizität im Arbi-

²¹⁾ Vgl. Kummer, S., Schramm, H. H., Dieplinger, M., Lenzbauer, S., Ist eine Mineralölsteuererhöhung zur Budgetsanierung geeignet? Analyse MÖSt-Erhöhen im Jahre 2011, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich, Wien, 2012.

²²⁾ Als Arbitrage werden Transaktionen zur Nutzung von Preisunterschieden auf räumlich oder zeitlich getrennten Teilmärkten verstanden.

tragetanken sollte die zeitweilige²³⁾ Annäherung der österreichischen Preise an das Niveau der Nachbarländer die Nachfrage hier stärker gedämpft haben als im Inlandsverkehr.

Die Nutzung des hochrangigen Straßennetzes durch den Güterverkehr stieg aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen für den Warentransport stärker als das Bruttoinlandsprodukt in Österreich und deutlich stärker als das BIP im Euro-Raum (+3,2%) und in der EU insgesamt (+1,7%). Die Fahrleistungen von schweren Nutzfahrzeugen (höchstzulässiges Gesamtgewicht über 3,5 t) auf dem Autobahn- und Schnellstraßennetz waren im Jahr 2011 um 3,6% höher als im Vorjahr²⁴⁾. Überdurchschnittliche Zuwächse wurden auf dem Donaukorridor (+5,1%) und im Großraum Wien (+4,5%) gemessen. Aus der fahrleistungsabhängigen Lkw-Maut erlöste die Asfinag 2011 mit 1,1 Mrd. € um knapp 2% mehr als im Jahr zuvor. Mit dem Verkauf von Pkw-Vignetten setzte der Straßenerhalter 373 Mio. € um (+5% gegenüber 2010). Maut- und Vignettentarife wurden gegenüber 2010 um 1,1% bzw. 0,5% angehoben.

Das Straßengüterverkehrsgewerbe reagierte auf die allgemein gute Konjunktur der letzten zwei Jahre mit einer Ausweitung der Transportkapazitäten (neu zum Verkehr zugelassene Lkw- und Anhängerlast) um 13,9% gegenüber 2010. Die Neuzulassungen von Pkw und Lkw nahmen im gewerblichen Bereich kräftig zu (Kleintransporter und Fiskal-Pkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht unter 3,5 t +33.000 bzw. +15,6%, mittlere Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von unter 12 t +1.900 bzw. +22,1%, schwere Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von über 12 t +1.400 bzw. +16,5%, Sattelzugfahrzeuge +3.800 bzw. +74,4%).

Das Transportaufkommen der österreichischen Eisenbahnverkehrsunternehmen auf dem heimischen Schienennetz stieg in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 gegenüber dem Vorjahr um 1,5%, die Transportleistung²⁵⁾ um 4,0%. Die Transportleistung im Binnenverkehr war rückläufig (-4,1%), offenbar aufgrund der Anhebung der Inlandstarife und der Serviceanpassungen im Zuge der Sanierung der ÖBB-Tochter Rail Cargo Austria (RCA)²⁶⁾, während für die weiteren Verkehrsarten ein zum Teil deutliches Wachstum zu beobachten war (grenzüberschreitender Empfang +9%, Versand +5%, Transit +7%).

Das Transportaufkommen auf der Donau nahm 2011 nach dem deutlichen Zuwachs im Vorjahr etwas ab (Jänner bis Oktober -5,7%), die Transportleistung blieb sogar um 10,6% unter dem Vorjahresergebnis. Der gemessen am Aufkommen weniger bedeutende Inlandsverkehr wurde wie im Vorjahr ausgeweitet (+25,6%), während der bilaterale Verkehr und der Transit zum Teil deutlich schrumpften (Transportleistungen -9,3% bzw. -13,9%).

Der Güterverkehr mittels Rohrleitungen auf österreichischem Gebiet (Erdöl und Erdgas) nahm im Jahr 2011 vor allem aufgrund der Steigerung des Erdgastransportes kräftig zu, die Transportleistung stieg um 9,1% auf fast 1,6 Mrd. tkm (Erdöl +3,3%, Erdgas +14,6%).

Auf den österreichischen Flughäfen erreichte das Aufkommen der Luftfracht nicht das Niveau des Vorjahres. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 wurden insgesamt 172.000 t Fracht umgeschlagen, nach 187.000 t im Vergleichszeitraum 2010. Dabei wurde das Ergebnis für die Verkehrsbereiche Versand ins Ausland und Transit zum Teil erheblich gesteigert (+17,3% bzw. 12,6%), im Import und im – gemessen am Aufkommen kleinen – Inlandsverkehr sank die Tonnage um 14,3% bzw. 20,8%. Austrian Cargo, die inzwischen weitgehend in Lufthansa Cargo integrierte Luftfracht-

Entwicklungen im Güterverkehr

²³⁾ Ende 2011 hob Italien die Steuersätze für Treibstoffe im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogrammes drastisch an (bis zu +0,16 € je Liter).

²⁴⁾ Im Laufe des Jahres 2010 wurden verschiedene Netzabschnitte vor allem in der Ostregion neu eröffnet. Die hier angegebenen Veränderungsdaten beziehen sich auf eine einheitliche Vergleichsbasis, d. h. Fahrleistungen auf dem Autobahnen- und Schnellstraßennetz ohne die Neueröffnungen.

²⁵⁾ Die Transport- oder Verkehrsleistung beschreibt die Kombination aus von Aufkommen bzw. Tonnage und Transportdistanz.

²⁶⁾ Die RCA hat in den Jahren 2010 und 2011 ihr Angebot im inländischen Schienengüterverkehr gestrafft und teils deutliche Preiserhöhungen umgesetzt.

Personenverkehr und Fahrzeugmarkt

Tochter der Austrian Airlines, erzielte 2011 eine Transportleistung von 2.159 Mio. tkm (+1,6% gegenüber 2010).

Im öffentlichen Personennahverkehr wurden im Jahr 2011 erneut mehr Fahrgäste befördert als im Vorjahr²⁷⁾. Neben dem Bevölkerungszuwachs in den Agglomerationen als natürlicher Determinante war dies auch auf die wachsende Attraktivität des Angebotes von Bus und Bahn angesichts der Treibstoffverteuerung zurückzuführen. Die städtischen Verkehrsbetriebe verzeichneten Wachstumsraten von 0,2% (Graz) bis 4,5% (Salzburg).

Trotz der Unsicherheiten über die internationale Wirtschaftsentwicklung und der anhaltenden Probleme des größten heimischen Carriers Austrian Airlines nahmen die Passagierzahlen im österreichischen Flugverkehr zu. Der Flughafen Wien-Schwechat verzeichnete um 7,2% mehr Fluggäste als im Vorjahr, wobei das Marktsegment Osteuropa erneut eine überdurchschnittliche Steigerungsrate aufwies (+14,9%). Die AUA und ihre Tochterunternehmen als Teil des Lufthansa-Konzerns beförderten 11,2 Mio. Fluggäste, um 3,4% mehr als 2010.

Übersicht 47: Personenverkehr

	2011 Mio. Personen	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2007/2011 Veränderung in %
Verkehrsbetriebe insgesamt	1.145	+ 3,6	+ 1,7
Salzburger Verkehrsbetriebe	25	+ 4,5	+ 0,3
Innsbrucker Verkehrsbetriebe	47	+ 2,3	+ 1,3
Linzer Verkehrsbetriebe	98	+ 1,2	+ 0,7
Grazer Verkehrsbetriebe	100	+ 0,2	+ 0,3
Wiener Verkehrsbetriebe	875	+ 4,3	+ 2,0
Luffahrt ¹⁾	21.955 ²⁾	+ 5,9 ²⁾	+ 1,9 ²⁾

Q: ÖBB-Geschäftsberichte, Wiener Linien, Statistik Austria, Austrian Airlines Group. – ¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. – ²⁾ Jänner bis Oktober.

Nach dem Höchstwert im Jahr 2010 wurden 2011 neuerlich wesentlich mehr Pkw neu zum Verkehr zugelassen (356.000 Fahrzeuge, +8,4% gegenüber 2010). Damit waren zum Stichtag 31. Dezember 2011 österreichweit mehr als 4,5 Mio. Pkw in Betrieb. Auch 2011 war der Anteil der Tageszulassungen groß (6,2%), was auf eine Verstärkung dieses Trends hindeutet. Die Nachfrage nach neuen Fahrzeugen tendierte im Jahr 2011 vermehrt zu leistungsstarken Modellen mit großem Hubraum: Mit +19,8% stieg der Anteil der Fahrzeuge in der Klasse ab 89 kW stärker als in allen anderen Kategorien. Der Anteil der schwächer motorisierten Pkw (41 kW bis 67 kW) ging dagegen leicht zurück (–4,1%). Ähnlich stiegen die Neuzulassungen von Pkw mit großem Hubraum (über 1.500 cm³ +10,8%) wesentlich stärker als jene von Pkw mit kleinerem Motor (bis 1.500 cm³ +5,1%). Die Nachfrage nach neuen Fahrzeugen mit sehr kleinem Motor (Hubraum 501 cm³ bis 1.250 cm³) wächst zwar ebenfalls seit Jahren, der Marktanteil an den Neuzulassungen blieb aber auch im Jahr 2011 gering (23%).

Der Anteil der Dieselfahrzeuge an den neuzugelassenen Pkw erhöhte sich 2011 auf 55% (2010: 51%), die Diesel-Pkw-Flotte wuchs auf mehr als 2,5 Mio. Fahrzeuge. Erwartungsgemäß war noch keine (kurzfristige) Nachfragerreaktion auf die Tendenz zur Angleichung der Diesel- an die Benzinpreise infolge der Steuer- und Marktentwicklung zu beobachten. Auch aufgrund der bisher deutlichen Steuerbegünstigung von Dieselmotoren ist der Anteil der Diesel-Pkw in Österreich wesentlich höher als in anderen europäischen Ländern (z. B. Deutschland 27%, Italien 37% oder Schweiz 17%). Die Nachfrage nach gebrauchten Pkw stieg leicht um 0,5%.

Nach wie vor äußerst gering sind die Verkaufszahlen von Pkw mit alternativem Antrieb (Elektro-, Erdgas- oder Hybridantrieb). Ihr Anteil an den Neuzulassungen betrug 2011 nur 0,7%. Die Zahl der neuzugelassenen reinen Elektrofahrzeuge, die seit einigen

²⁷⁾ Fahrgastzahlen der ÖBB lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Jahren besonders in der öffentlichen und fachlichen Diskussion stehen und seit kurzem von großen Herstellern als Serienfahrzeuge angeboten werden, vervielfachte sich gegenüber dem Vorjahr (631). Um die Verkaufszahlen erheblich zu steigern und damit dem Ziel eines energieeffizienteren und weniger erdölabhängigen Verkehrssystems näher zu kommen, bedarf es jedoch noch großer Anstrengungen auf der Anbieterseite, aber auch auf Seiten der Politik. Letztere steht vor der Aufgabe, die Rahmenbedingungen für den E-Pkw-Erwerb (Förderungen, gesetzliche Regelungen) der aktuellen Marktsituation und ihren eigenen Zielen (z. B. Energiestrategie Österreich) anzupassen.

Übersicht 48: Neu- und Gebrauchtzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2011 Stück	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2007/2011 Veränderung in %
Neuzulassungen			
Pkw	356.145	+ 8,4	+ 3,6
Hubraum bis 1.500 cm³	144.968	+ 5,1	+ 6,6
Hubraum 1.501 cm³ oder mehr	211.178	+ 10,8	+ 1,8
Lkw	36.123	+ 16,0	- 0,3
Gesamtgewicht bis 3.499 kg	32.892	+ 15,6	+ 0,1
Gesamtgewicht 3.500 bis 11.999 kg	1.853	+ 22,1	- 3,2
Gesamtgewicht 12.000 kg oder mehr	1.378	+ 16,5	- 4,7
Anhänger	28.189	+ 11,4	+ 2,9
Nutzlast bis 2.999 kg	22.483	+ 6,3	+ 3,9
Nutzlast 3.000 bis 6.999 kg	299	+ 2,4	+ 2,0
Nutzlast 7.000 kg oder mehr	5.407	+ 39,8	- 0,8
Sattelfahrzeuge	3.785	+ 74,4	- 1,4
Gebrauchtzulassungen			
Pkw	798.652	+ 0,5	+ 1,5
Lkw	44.772	- 3,8	+ 2,1

Q: Statistik Austria.

Stefan Schönfelder (Stefan.Schoenfelder@wifo.ac.at)
Statistik: Michael Weingärtler (Michael.Weingaertler@wifo.ac.at)

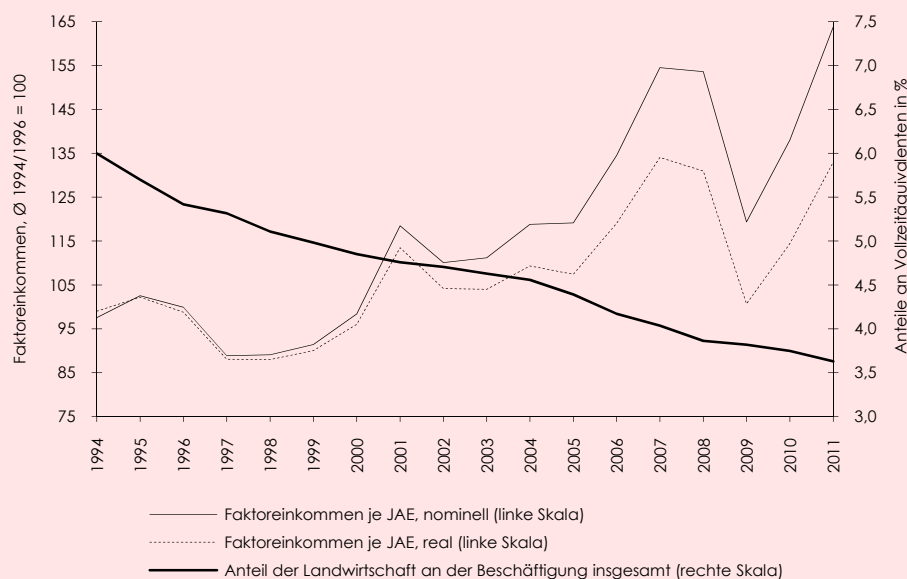
Seit 2006 setzt sich eine für die Landwirtschaft vorteilhafte Entwicklung durch: Günstige Marktbedingungen für Agrargüter, die von einer beständig steigenden Nachfrage getragen werden, haben einen Anstieg der Agrareinkommen zur Folge. Stärker als in der Vergangenheit, als die Agrarmärkte von Maßnahmen der Agrarpolitik bestimmt wurden, schlägt sich jedoch die Volatilität der internationalen Rohstoffpreise in großen Einkommensschwankungen nieder. 2011 war für die österreichische Landwirtschaft ein gutes Jahr: Nominell überschritt das Einkommen den bisherigen Höchstwert von 2007, real erreichte es nahezu dasselbe Niveau. Gemäß den Ergebnissen der zweiten Vorausschätzung der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria mit Stand Februar 2012 stiegen die realen Faktoreinkommen je JAE (Jahresarbeits Einheit; dies entspricht einem Vollzeitäquivalent) in der Landwirtschaft 2011 gegenüber dem Vorjahr um 16,1%, nachdem 2010 bereits eine Steigerung um 13,6% gegenüber 2009 verzeichnet worden war. Der Zuwachs des nominellen Faktoreinkommens je JAE gegenüber 2010 betrug 18,7%, nach fast +16% im Vorjahr.

Ein Teil des Einkommenszuwachses war 2011 auf die Verringerung des Arbeitseinsatzes um 1,5% zurückzuführen (Abbildung 20). Der Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft ist im internationalen Vergleich gering. Der seit einem Jahrzehnt beobachtete Trend einer Zunahme der Zahl entlohnter Arbeitskräfte in der Landwirtschaft hielt auch 2011 an (+8,9% gegenüber 2010). Das Arbeitsvolumen von unselbstständig Erwerbstätigen (gemäß LGR-Terminologie "entlohnter Arbeitseinsatz") betrug 17.400 JAE. Dies entsprach 12,4% des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft insgesamt.

**Gutes Ergebnis
der Landwirtschaft
trotz Vorleistungs-
verteuerung**

**Einkommen nahe dem
Höchstwert von 2007**

Abbildung 20: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 2011, Stand Februar 2012. JAE ... Jahresarbeits-einheit (Vollzeitäquivalent).

Schrittweise Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik in den kommenden Jahren absehbar

Die Europäische Kommission legte am 12. Oktober 2011 Vorschläge zur weiteren Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vor. Diese sehen eine neue Partnerschaft zwischen der EU und der Landwirtschaft vor, um den Herausforderungen Ernährungssicherheit, nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Wachstum zu begegnen. Die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit soll in den kommenden Jahren so gestärkt werden, dass der Agrarsektor dem Klimawandel und der internationalen Konkurrenz standhalten kann und zugleich den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Dazu formulierte die Kommission vier Vorschläge für neue Grundverordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gemeinsamen Agrarpolitik über Direktzahlungen, die gemeinsame Marktorganisation (einheitliche GMO), die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie eine horizontale Verordnung über die Finanzierung, Verwaltung und das Kontrollsystem der GAP.

Die reformierte GAP schafft gemäß den Vorstellungen der Kommission neue Voraussetzungen, um Innovationen voranzutreiben, die wirtschaftliche wie auch die ökologische Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors zu stärken, den Klimawandel zu bekämpfen sowie Beschäftigung und Wachstum zu fördern. Sie wird damit einen Beitrag zur Strategie "Europa 2020" leisten.

Tieferegehende Konsequenzen der Reform für Österreich sind vor allem in drei Bereichen abzusehen:

- Der Übergang vom historischen Modell der Bemessung von Betriebsprämien zu einem Modell regional einheitlicher Prämien wird eine Verlagerung von EU-Förderungen innerhalb des Agrarsektors zur Folge haben.
- Die mit dem Bezug von Betriebsprämien verbundenen Auflagen für eine umweltgerechte Produktion dürften verschärft werden; dies wird einige Betriebe veranlassen, auf Agrarförderungen zu verzichten.
- Die Kürzung der Mittel für das Programm der ländlichen Entwicklung wird wahrscheinlich mit einer Verringerung der Agrarumweltförderungen einhergehen.

Eine ursprünglich noch als Option diskutierte weitgehende Beseitigung agrarpolitischer Instrumente dürfte nicht umgesetzt werden. Gleichwohl wird der nominelle Betrag des EU-Agrarbudgets im neuen Finanzrahmen um 12% gekürzt werden. Das finanzielle Gewicht der Landwirtschaft als Politikfeld der EU wird daher abnehmen. Damit wird dem anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft Rechnung getragen, der sich in den kommenden Jahren beschleunigen dürfte, da zwei Drittel der aktiven Landwirte und Landwirtinnen älter als 55 Jahre sind.

Erhebliche Ausweitung des Produktionswertes in Pflanzenbau und Tierhaltung

Im Jahr 2008 hatte die Landwirtschaft in Österreich eine außerordentlich gute Ernte erzielt. 2011 wurde nach zwei eher ertragsschwachen Jahren wieder eine hohe Erntemenge eingebracht. Im Pflanzenbau übertraf das Ergebnis den Vorjahreswert um 19,5%. Besonders hoch war der Anstieg der Weinernte (+56,7%) gegenüber dem von einer Missernte geprägten Jahr 2010. Die Getreideernte (+21,1%) und der Ertrag von Frischgemüse (+14,4%), Erdäpfeln (+19,3%) und Obst (+19,9) lagen ebenfalls deutlich über dem Vorjahresniveau, und auch die Erträge von Zuckerrübe (+9,8%) sowie Öl-

saaten und Ölfrüchten (+9,0%) waren 2011 höher als im Jahr zuvor. Der Mangel an Niederschlägen in den Grünlandgebieten begrenzte das Wachstum von Feldfutter, dessen Erntemenge nur geringfügig höher war als 2010 (+3,2%).

Als "natürliches Hedging" in der Landwirtschaft bezeichnet man den Umstand, dass in Jahren mit hohen Erntemengen häufig niedrige Preise zu beobachten sind. Für die pflanzliche Produktion insgesamt traf dies 2011 zu. Die Erzeugerpreise über alle Pflanzenbauprodukte waren im Durchschnitt um 0,7% niedriger als im Jahr zuvor. Besonders deutlich verfielen die Preise von Frischgemüse (-13%), Erdäpfeln (-13,2%) und Wein (-9,7%). Auch die Getreidepreise waren 2011 niedriger als 2010 (-5,6%). In den anderen Produktkategorien wurden jedoch neben steigenden Erntemengen auch höhere Preise als im Jahr 2010 verzeichnet. Stark ausgeprägt war der Preisanstieg auf dem Zuckermarkt; dies hatte eine signifikante Verteuerung von Zuckerrüben zur Folge (+25,7%).

Die größte Steigerung des Produktionswertes gemessen zu Erzeugerpreisen war für Eiweißpflanzen (+58,2%), Zuckerrüben (+38,0%), Wein (41,4%) und Obst (27,6%) gemeldet. Im Gemüsebau ging der Produktionswert trotz guter Ernte leicht zurück (-0,5%). In den anderen Produktionszweigen waren zumindest leichte Zuwächse zu beobachten. Der Produktionswert der pflanzlichen Erzeugung gemessen zu Erzeugerpreisen betrug im Jahr 2011 3,4 Mrd. € und war um 18,6% höher als 2010.

Im Pflanzenbau schwanken die Erträge häufig aufgrund der Wetterbedingungen, während die Entwicklung in der Tierhaltung eher gleichmäßig verläuft, da die Produktion unter kontrollierten Bedingungen erfolgt. Die Fleischerzeugung nahm im Jahr 2011 geringfügig ab (Rindfleisch -0,2%, Schweinefleisch -1,5%), während die Produktionsmenge von Milch (+3,1%) und Eiern (+7,5%) zunahm. Mit Ausnahme der Erzeugerpreise von Eiern (-0,7% gegenüber 2010) zogen die Preise durchwegs deutlich an. Die Erzeugerpreise stiegen in der Tierhaltung insgesamt um 10,3%; dazu trug vor allem die Verteuerung von Rindfleisch bei (+15,3%). Insgesamt erhöhte sich der Produktionswert gemessen zu Erzeugerpreisen um 12% auf 3,2 Mrd. €.

Der Produktionswert der landwirtschaftlichen Güter betrug im Jahr 2011 6,7 Mrd. € (zu Herstellungspreisen; zu Erzeugerpreisen 6,6 Mrd. €). Er war somit erstmals höher als in den Jahren der Hochpreispolitik vor dem EU-Beitritt Österreichs. 1990 und 1991 hatte der nominelle Produktionswert landwirtschaftlicher Güter (zu Herstellungspreisen) rund 6 Mrd. € betragen, 1999 und 2005 sogar unter 5 Mrd. €.

Auch der Umfang landwirtschaftlicher Dienstleistungen und die Produktion nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten waren 2011 höher als im Jahr zuvor. Einschließlich der landwirtschaftlichen Güter betrug der Wert der Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereiches zu Herstellungspreisen 7,3 Mrd. € (+13,5% gegenüber 2010).

Der Wert des Vorleistungsbezuges der Landwirtschaft stieg bereits 2007 gegenüber dem Vorjahr um beinahe 9% und wurde 2008 neuerlich um über 9% ausgeweitet. 2009 war eine leichte Verringerung zu verzeichnen, 2010 jedoch wieder eine Ausweitung. 2011 erhöhte sich der Vorleistungsbezug neuerlich stark (+10,9%). Vor allem für Düngemittel (+31%), Energie und Schmiermittel (+21,2%) sowie Futtermittel (+15,6%) wurde 2011 deutlich mehr ausgegeben als im Jahr zuvor. Der Wert der Vorleistungen betrug 2011 insgesamt 4,2 Mrd. €.

Die Bruttowertschöpfung der österreichischen Landwirtschaft zu Herstellungspreisen erhöhte sich 2011 das zweite Jahr in Folge (auf 3,1 Mrd. €, +17,1% gegenüber 2010). Der beträchtliche Rückgang des Jahres 2009 (-17% gegenüber 2008) wurde somit mehr als wettgemacht. Die Abschreibungen nahmen ebenfalls zu, jedoch in viel geringerem Ausmaß (+3,2% auf 1,7 Mrd. €). Die Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen stieg gegenüber 2010 um 38,4% auf 1,5 Mrd. €.

Das nominelle Faktoreinkommen war 2011 um 16,9% höher als im Vorjahr, da der Saldo aus sonstigen Produktionsabgaben und Subventionen positiv war. Die an den Agrarsektor ausgezahlten Förderungen umfassen zwei wesentliche Komponenten: Gütersubventionen und sonstige Subventionen. Deren relatives Gewicht blieb in den letzten Jahren nahezu unverändert (Übersicht 50). Die Agrarförderungen wurden 2011 leicht verringert (-1,4%) und erreichten einen Wert von 1,7 Mrd. €.

**Ausgaben für
Vorleistungen 2011
wieder kräftig gestiegen**

Übersicht 49: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft

	2010	Wert 2011 Mio. €	2011 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2011 2010 = 100	Preise 2011
Zu Erzeugerpreisen					
Pflanzenbau ¹⁾	2.901	3.442	+ 18,6	119,5	99,3
+ Tierproduktion	2.840	3.181	+ 12,0	101,5	110,3
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.742	6.623	+ 15,4	110,6	104,3
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	243	260	+ 6,8	102,5	104,2
= Landwirtschaftliche Erzeugung	5.985	6.883	+ 15,0	110,3	104,3
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	378	386	+ 2,3	98,8	103,5
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	6.363	7.270	+ 14,3	109,6	104,2
Zu Herstellungspreisen					
Pflanzenbau	2.897	3.439	+ 18,7	119,5	99,3
+ Tierproduktion	2.921	3.224	+ 10,4	101,5	108,8
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	5.819	6.663	+ 14,5	110,4	103,7
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	243	260	+ 6,8	102,5	104,2
= Landwirtschaftliche Erzeugung	6.062	6.923	+ 14,2	110,1	103,7
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	378	386	+ 2,3	98,8	103,5
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	6.440	7.310	+ 13,5	109,4	103,7
– Vorleistungen insgesamt ¹⁾	3.761	4.173	+ 10,9	101,0	109,9
= Bruttowertschöpfung	2.679	3.137	+ 17,1	121,3	96,5
– Abschreibungen	1.620	1.672	+ 3,2	100,7	102,5
= Nettowertschöpfung	1.059	1.466	+ 38,4	152,8	90,5
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.377	1.383	+ 0,4		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.436	2.849	+ 16,9		
Nominales Faktoreinkommen je JAE ²⁾	1.000 €	17,17	20,37	+ 18,7	

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 2011, Stand Februar 2012. – ¹⁾ Einschließlich im Betrieb erzeugter und verbrauchter Futtermittel. – ²⁾ Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht entlohnt).

Übersicht 50: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2009	2010	2011	Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
Förderungen insgesamt	1.696	1.702	1.678	– 1,4
Gütersubventionen	155	151	140	– 7,6
Pflanzenbau	5	2	4	+ 46,6
Tierprämien	104	103	89	– 13,5
Sonstiges ¹⁾	47	46	47	+ 2,8
Sonstige Subventionen	1.541	1.551	1.539	– 0,8
Zahlungsansprüche ²⁾	617	635	631	– 0,6
Agrarumweltförderungen	573	581	579	– 0,5
Ausgleichszulagen	272	272	266	– 2,1
Andere	79	63	63	– 0,0
Steuern und Abgaben	213	202	208	+ 2,9
Gütersteuern	21	28	52	+ 86,9
Sonstige Produktionsabgaben	192	174	156	– 10,6

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 2011, Stand Februar 2012. – ¹⁾ Ab 2005 Mineralölsteuerrückvergütung für Agrardieseltreibstoff. – ²⁾ Häufig auch als "einheitliche Betriebsprämie" bezeichnet, wurde bis 2004 unter anderen Bedingungen als Gütersubventionen gewährt.

**Agraraußenhandel
weiterhin lebhaft**

Österreich ist traditionell Nettoimporteur von Agrargütern und Nahrungsmitteln. Die Differenz zwischen Importen und Exporten hatte sich seit dem EU-Beitritt nach einigen Anpassungsjahren kontinuierlich verringert, und zwar bis auf einen Saldo von –166 Mio. € im Jahr 2006. Im Jahr 2007 kehrte sich diese Entwicklung jedoch um, und der Überhang der Importe von Agrargütern vergrößerte sich. 2009 erreichte der Importüberschuss einen Höchstwert (gemäß KNO-Klassifikation 912 Mio. €); 2010 sank er leicht auf 904 Mio. €, 2011 aber deutlich auf 503 Mio. €. Die Importe (+11,1% gegenüber 2010) wuchsen schwächer als die Exporte (+17,5%), sodass sich der Agrarhandelsaldo aus österreichischer Sicht merklich verbesserte (Übersicht 51).

Übersicht 51: Agraraußenhandel 2010

Kombinierte Nomenklatur – KNO

	Export	Import	Insgesamt	Saldo EU 15 Mio. €	EU 27
	Anteile in %				
01 Lebende Tiere	2,0	2,2	– 26,4	– 22,9	– 107,7
02 Fleisch und Fleischwaren	11,3	8,6	+ 209,2	– 57,6	+ 36,7
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,2	2,1	– 190,1	– 115,4	– 127,0
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	10,9	6,8	+ 335,9	+ 256,9	+ 291,1
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,6	0,8	– 26,6	– 1,5	+ 3,8
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,4	3,6	– 312,7	– 321,4	– 307,1
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,5	4,8	– 326,4	– 303,2	– 281,4
08 Früchte	2,3	7,5	– 513,3	– 243,9	– 219,8
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	1,5	4,7	– 313,6	– 163,7	– 117,5
10 Getreide	3,9	4,1	– 38,4	+ 155,0	– 53,4
11 Müllereierzeugnisse	1,6	1,0	+ 56,0	+ 25,3	+ 42,1
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	2,0	3,4	– 146,1	– 8,5	– 135,9
13 Schellack, Gummien, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,4	– 30,0	– 13,4	– 12,4
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	– 2,1	– 0,7	– 0,6
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	2,9	5,6	– 275,7	– 238,5	– 227,4
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	3,6	3,6	– 13,7	– 1,7	+ 4,4
17 Zucker und Zuckerwaren	2,2	2,7	– 56,6	– 91,1	– 87,0
18 Kakao, Kakaozubereitungen	3,9	4,2	– 50,1	– 123,2	– 70,2
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	8,0	7,4	+ 15,6	– 95,7	– 41,8
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,3	6,3	– 27,9	+ 54,9	+ 39,8
21 Verschiedene Lebensmittel- zubereitungen	6,7	6,3	+ 3,2	– 242,9	– 161,9
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	23,8	5,8	+ 1.608,5	+ 737,2	+ 854,5
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	3,6	4,1	– 70,1	– 136,9	– 78,2
24 Tabak und Tabakwaren	0,7	3,9	– 311,3	– 207,5	– 304,2
	Mio. €				
Agrarhandel insgesamt laut KNO	9.135,7	9.638,5	– 502,8	– 1.160,2	– 1.061,1
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	9.060,6	9.723,3	– 662,7	– 1.251,0	– 1.152,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Agrarhandel insgesamt laut KNO ²⁾	+ 17,5	+ 11,1	+ 44,4	+ 23,0	+ 20,3
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	+ 16,9	+ 11,0	+ 34,4	+ 20,0	+ 16,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2011: vorläufige Werte. – ¹⁾ Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des gewählten Aggregationsverfahrens (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4) und der zunehmenden Zahl von Positionen mit Geheimhaltung in der KNO-Außenhandelsdatenbank voneinander ab. – ²⁾ + ... Rückgang des Importüberschusses.

Der Agrarhandelssaldo mit den 12 neuen EU-Ländern betrug 2011 nur noch +99 Mio. €, also nur noch ein Drittel des Wertes von 2009. Gegenüber den anderen EU-Ländern verringerte sich der Importüberhang von 1,5 Mrd. € im Jahr 2010 auf 1,2 Mrd. € im Jahr 2011. Insgesamt importierte Österreich 2011 aus den EU-Ländern um 1,1 Mrd. € mehr an Agrargütern als exportiert wurde.

Im Durchschnitt der EU 27 stieg das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft im Jahr 2011 nach ersten Schätzungen von Eurostat ebenfalls, allerdings um nur 6,7% (2010 +12,6%). Dieser Einkommensanstieg ergab sich aus einer Zunahme des realen landwirtschaftlichen Einkommens (+3,9%) und einer Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (–2,7%). Längerfristig (2005/2011) erhöhte sich das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft in der EU 27 um 18,3%, während der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz um 15,2% zurückging. Im selben Zeitraum nahm der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz in Österreich um 9,8% ab, das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft stieg um 21%.

Höher als im Vorjahr war das Einkommen je Arbeitskraft 2011 vor allem in Rumänien (+43,7%), Ungarn (+41,8%), Irland (30,1%) und der Slowakei (25,3%). In Belgien (–22,5%), Malta (–21,2%), Portugal (–10,7%), Finnland (–9,6%) und den Niederlanden (–8,1%) waren empfindliche Einbußen zu verzeichnen.

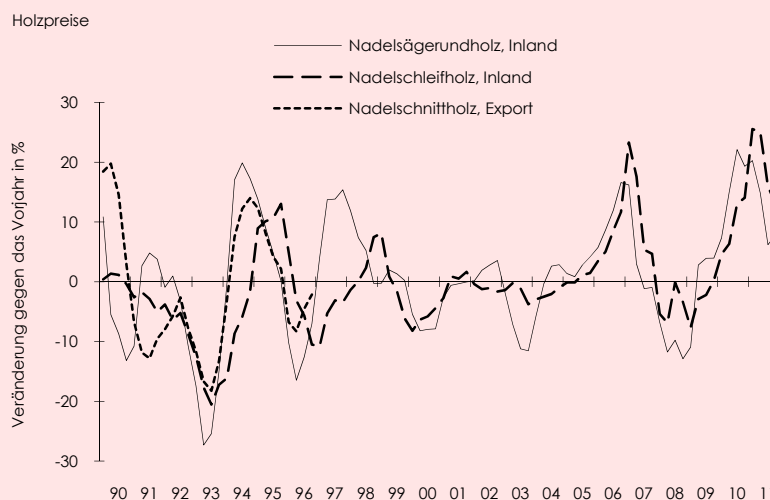
**Landwirtschaftliche
Einkommen auch in der
EU deutlich gestiegen**

Holzpreise neuerlich gestiegen

Im Durchschnitt der EU 27 war der Einkommenszuwachs hauptsächlich das Ergebnis einer Steigerung des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion zu realen Erzeugerpreisen (+7,5%), während auch die realen Vorleistungskosten zunahmen (+9,7%). Die Abnahme des realen Wertes der Subventionen abzüglich Steuern (-1,2%) und der realen Abschreibungen (-0,1%) hatte nur geringen Einfluss.

Die Inlandspreise von Nadel sägerundholz erhöhten sich im Laufe des Jahres 2011 von knapp 90 € je fm auf fast 97 € je fm. Im Jahresdurchschnitt lag der Preis bei 93,65 € je fm (+12%). Nadelholz gesägt (über 6 mm) kostete im Export um 6,3% mehr als 2010.

Abbildung 21: Holzversorgung und Holzpreise



Q: Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise.

The Austrian Economy in 2011: Recovery Continued – Summary

In 2011, the world economy grew rapidly once again (by almost 4 percent). The recovery after the severe economic crisis of 2008 and 2009 thus continued. However, in many countries the economy still failed to return to its pre-crisis output level. As a consequence, the stance of monetary and fiscal policy remained expansionary in many parts of the world.

In the USA aggregate output showed a comparatively sluggish trend in 2011. GDP increased by an annual average of 1.7 percent only but gained momentum over the course of the year. As the US economy had not yet overcome the consequences of the crisis of 2008-09 even in 2011, supportive monetary and fiscal policies were kept in place during the whole of the year.

In the euro area growth slowed from 1.9 percent in 2010 to 1.5 percent in 2011. Differences in growth rates observed between the euro-area countries already in 2010 widened in 2011. Whereas the export-oriented economies benefited from the overseas economic upturn, there was a lack of stimulus in many other euro-area countries. Financial markets' loss of confidence in the solvency of some euro-area member country, which could already be observed in 2010, intensified and spread to further countries. Despite the increase of the inflation rate above 3 percent the difficulties in the banking sector required a continuously expansionary monetary policy.

For the Austrian economy 2011 was a very successful year with real aggregate output increasing by 3.1 percent. All main demand components contributed positively to growth. Real exports expanded strongly by 6.7 percent, albeit less vigorously than a year earlier. Gross fixed capital formation was another important growth driver. Investment in machinery and equipment grew especially strongly (+11.3 percent in real terms; above all vehicles). By contrast, construction investment expanded only sluggishly. Despite noticeable increases of nominal household income, consumption expenditures of private households returned to a flatter trend in 2011, because the inflation rate of 3.3 percent was the highest since 1993. The increase in consumption thus involved a further reduction of the savings ratio.

Although the economy increasingly lost momentum over the course of the year, employment expanded continuously. New jobs were created both in manufacturing and in services. At 4.2 percent the harmonised unemployment rate was the lowest in the whole of the EU in 2011. However, a considerable increase in the number of unemployed persons was observed at the end of the year.

Auch die Preise von Faser- und Schleifholz zogen 2011 neuerlich kräftig an (+20%). Im Jahresdurchschnitt zahlte die Papierindustrie für Rohholz etwas über 40 € je fm. Importiertes Nadelrohholz war im Jahresdurchschnitt um 14,5% teurer als 2010.

2011 erzeugten laut dem arbeitstagsbereinigten Produktionsindex (ÖNACE 2008, EU-harmonisiert) sowohl die Papierindustrie (C17, +4%) als auch die Herstellung von Holz- und Korkwaren (C16, +7,3%) mehr als im Vorjahr. Ein Rückgang von 0,3% wurde hingegen im Bauwesen (F) verzeichnet. Die Entwicklung in den holznachfragenden Branchen hat unmittelbare Auswirkungen auf die Absatzsituation in der Forstwirtschaft.

Franz Sinabell (Franz.Sinabell@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)

Holzverarbeitende Industrie expandiert